

Hartwig Hummel

"Japan Bashing"

Die Ethnisierung der Handelsbeziehungen zu Japan im politischen Diskurs der USA¹

Gliederung:

Glossar

1. "Bashing Japan" - Einführung in das Thema

- 1.1 Einführung
- 1.2 Stand der Literatur

2. "Managed Trade" - Die Handelspolitik der USA

- 2.1 Handelspolitik und Identität
- 2.2 Die Entwicklung der Handelsgesetzgebung und der handelspolitischen Institutionen in den USA
- 2.3 Die Handelsdiplomatie zwischen den USA und Japan

3. "Gang of Four" - Der revisionistische Diskurs gegenüber Japan

- 3.1 Der Japan-Revisionismus als Denkschule
- 3.2 Entwicklung des Japan-Revisionismus
 - 3.2.1 Theodore H. White: "The Danger from Japan"
 - 3.2.2 Chalmers Johnson - "Godfather" des Revisionismus
 - 3.2.3 Karel van Wolferen: Das japanische System
 - 3.2.4 James Fallows: "Containing Japan"
 - 3.2.5 Clyde Prestowitz: Strategische Wirtschaftspolitik
 - 3.2.6 Sekundäre Revisionisten
- 3.3 Der Japan-Revisionismus als Ethnisierungsdiskurs
- 3.4 Öffentlichkeit und Japan-Revisionismus in den USA

4. "Foreign Affairs" - Fallstudie zum Einfluß des revisionistischen Diskurses auf die Meinungsbildung der politischen Eliten

5. "Who is US?" - Die Bedeutung des Japan Bashing für die USA

¹ Dieser Beitrag entstand im Kontext des vom niedersächsischen Wissenschaftsministerium im Rahmen des Projektverbunds Friedensforschung aus Mitteln der Volkswagen-Stiftung geförderten Forschungsprojekts "Ethnisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und daraus entstehende Konflikte", das unter Leitung von Prof. Dr. Ulrich Menzel an der TU Braunschweig durchgeführt wird. Für die Hilfe bei der sprachlichen Überarbeitung des Manuskripts bedankt sich der Autor bei Nicole Reuter.

Glossar

APEC	Asia Pacific Economic Cooperation
EAEC	East Asian Economic Caucus
FSX	Fighter Supporter Aircraft, Projekt eines neuen japanischen Kampfflugzeugs
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade, allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
LDP	Liberal Democratic Party, Liberaldemokratische Partei Japans (langjährige Regierungspartei)
LTA	Long-Term Arrangement on Cotton Textiles
MITI	Ministry of International Trade and Industry, japanisches Ministerium für Außenhandel und Wirtschaft
MOSS	"market-oriented sector-selective" Verhandlungen zwischen den USA und Japan über die branchenspezifische Marktöffnung
NAFTA	North American Free Trade Area
SII	Structural Impediments Initiative
TRIM	Trade Related Investment Measures, handelsbezogene Fragen der Regulierung ausländischer Direktinvestitionen (Begrenzung des ausländischen Aktienanteils, local content-Regeln)
TRIP	Trade Related Intellectual Property, handelsbezogene Fragen des Schutzes des geistigen Eigentums (Patente, Lizenzen, Copyright, Markenzeichen)
USTR	United States Trade Representative, (Amt des) US Handelsbeauftragten
VER	voluntary export restraint, freiwillige Exportbeschränkung
WTO	World Trade Organization, Welthandelsorganisation

Abbildung 1: Japan Bashing und der Toshiba-Skandal (Japan Times 03.07.1987)

1. "Bashing Japan" - Einführung in das Thema

1.1 Einführung

Im Sommer 1987 löste die Meldung große Empörung in der politischen Öffentlichkeit der USA aus, die japanische Firma Toshiba Machine Co., ein Unternehmen des Toshiba-Konzerns, habe in die feindliche Sowjetunion militärisch wichtige U-Boot-Technologie exportiert. Toshiba Machine Co. hatte zwischen 1982 und 1984 Präzisions-Fräsmaschinen an eine sowjetische Werft geliefert und damit das CoCom-Embargo² verletzt. Das Pentagon behauptete nun, mit Hilfe dieser Maschinen seien sowjetische Atom-U-Boote mit leiseren Antriebsschrauben gebaut worden, die von der US Navy nur noch schwer geortet werden könnten. Den symbolischen Höhepunkt erreichten die Proteste Anfang Juli 1987. Eine Gruppe republikanischer Kongreßabgeordneter zerschmetterte vor dem Kapitol unter großer Anteilnahme der Medien mit Vorschlaghämmern einen Radiorekorder der Firma Toshiba (vgl. Abbildung 1).³ Dieses Bild besitzt eine hohe Suggestivkraft, denn es demonstriert das eigentlich nur verbal gemeinte "Japan Bashing", das auf Japan "Dreinschlagen", als patriotischen Akt von Volksvertretern vor dem Kapitol, einem Sinnbild der Nation. "Japan Bashing" wurde damit zu einer Angelegenheit der nationalen Sicherheit. Mit Toshiba Machines stand ganz Japan als Verräter am Westen da - und Verräter werden üblicherweise aus der Gemeinschaft, in diesem Fall der Gemeinschaft des Westens, ausgeschlossen.

Der Toshiba-Skandal stand nur vordergründig im Zeichen des Ost-West-Gegensatzes. Viel besser paßte er in den sich zuspitzenden Handelskonflikt zwischen den USA und Japan. Im Frühjahr 1987 hatte die US-Regierung hohe Strafzölle gegen Importe ausgewählter japanischer Elektronikprodukte - darunter Toshiba Computer - verhängt, um die Einhaltung des Halbleiterabkommens mit Japan zu erzwingen. Im Juni 1987 hob US-Präsident Reagan im Zusammenhang mit dem G-7 Gipfeltreffen einen Teil der Sanktionen wieder auf.⁴ Da die betreffenden Exporte von Toshiba Machines der US-Regierung schon längere Zeit bekannt waren, diente die "Aufdeckung" dieses Falls also in erster Linie der Fortsetzung des handelspolitischen Drucks auf die japanische Regierung und die japanischen Elektronikkonzerne.⁵ Die US-Proteste konzentrierten sich deswegen fast ausschließlich auf die japanische Firma. Kaum die Rede war von den anderen in den Exportfall verwickelten Unternehmen aus Norwegen, Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland. Das Pentagon mußte übrigens im folgenden Jahr einräumen, daß ein ursächlicher Zusammenhang zwischen den Maschinenlieferungen und den leiseren U-Booten nicht belegt werden konnte.⁶

Der Toshiba-Fall ereignete sich zu einer Zeit, als der Kalte Krieg, die bislang für den Westen identitätsstiftende geopolitische Konfliktformation, zuende ging. Die Idee der auch ökonomisch freien Welt wurde seit den 80er Jahren durch "geoökonomische" bzw. neomerkantilistische

² Im informellen Coordinating Committee (CoCom) koordinierten die wichtigsten westlichen Industrieländer während des Kalten Krieges ihre Exportkontrollen, um Lieferungen militärisch relevanter Waren und Technologien an den Ostblock zu unterbinden.

³ Herrmann (1989:257, 275), Dryden (1995: 336-337), Japan Times 3.7.87

⁴ Dryden (1995:336)

⁵ Dryden (1995:336), Herrmann (1989:275), Frost (1988:ix) schreibt zum Japan-Bashing im Zusammenhang mit dem Toshiba-Fall. "Observers on both sides of the Pacific wondered whether these episodes - coming after nearly two years of sporadic 'Japan-bashing' in the U.S. Congress - signaled a more pervasive deterioration of the U.S.-Japan partnership."

⁶ Herrmann (1989:275)

Diskurse in Frage gestellt. Den Hintergrund dieses Umdenkens bildet die Neuordnung der Weltwirtschaft, die bereits Anfang der 70er Jahre einsetzte. Diese Neuordnung der Weltwirtschaft wird je nach theoretischem Standpunkt als Niedergang bzw. Fragmentierung des Bretton Woods-Systems im Zusammenhang mit dem "American decline", als Herausbildung regionaler Freihandelszonen mit möglicherweise protektionistischen Außenwirkungen oder als Krise des Fordismus als hegemonialem Wirtschaftsmodell verstanden. Die "Revisionisten" in den USA, in Japan und auch anderswo stellen nun jedenfalls die relativen nationalen Machtpositionen und Marktanteile in den Vordergrund. In dieser geopolitischen Identitätsbestimmung geht es nicht mehr in erster Linie um militärische Macht, sondern um die Potenz der eigenen Industrie. Daher beziehen sich die Revisionisten primär auf Warenhandel und Direktinvestitionen in Industrieunternehmen; den Wandel der Industrie- zur Informationsgesellschaft und die Globalisierung und Virtualisierung der Wirtschaft blenden sie weitgehend aus.

Die Revisionisten treten offensiv für den Schutz der "eigenen" Wirtschaft, für politisches Handelsmanagement und für aktive staatliche Industriepolitik ein. Es geht nicht mehr um die Integration möglichst aller Beteiligten in die freie Weltwirtschaft (unter US-amerikanischer Hegemonie), sondern um die nationale oder regionale Formierung ökonomischer Einheiten und deren gegenseitige Abgrenzung, also um ökonomische "Diskriminierung".

In diesem Diskurs haben die Warenhandelsbeziehungen zwischen Japan und den USA eine besondere Bedeutung. Diese bilateralen Handelsbeziehungen gehören zwar mit zu den bedeutendsten bilateralen Handelsströmen der Welt, umfaßten 1995 aber dennoch nur etwa 4 % des gesamten Welthandelsvolumens.⁷ Japan ist zudem nicht einmal der größte, sondern nach Kanada nur der zweitgrößte Handelspartner der USA.⁸ Anders als den Liberalen geht es den Revisionisten aber nicht nur um den Umfang, sondern auch um die Qualität des bilateralen Handels. Japan steht nämlich für den industriellen Verdrängungswettbewerb, dem sich die USA ausgesetzt sehen, da Japan fast nur Industriewaren in die USA liefert, im Gegenzug aber aus den USA nicht in gleichem Umfang Industriegüter, sondern statt dessen auch Agrargüter und Rohstoffe bezieht. Im merkantilistischen Denken der Revisionisten wird eine solche Handelsstruktur als feindselig betrachtet und als Aushöhlung der industriellen und technologischen Potenz der USA interpretiert. Diese Unterscheidung in "freundlichen" und "feindlichen" Handel führt auch zur Frage der zukünftigen geopolitischen Orientierung der USA. Sollen sie sich auf eine pazifische Gemeinschaft mit Japan, China und den südostasiatischen "Tigern" im Rahmen einer liberalen Weltwirtschaftsordnung einlassen, oder sollen sie einen westlichen (transatlantischen oder kontinentalamerikanischen) Wirtschaftsblock gegen das Vordringen Asiens errichten?

Diese Studie analysiert den revisionistischen Diskurs in den USA über die Handelsbeziehungen mit Japan und seine Bedeutung für die geopolitische Identitätsbestimmung der US-Eliten. Die

⁷ Laut UNO-Angaben belief sich das Welthandelsvolumen im Jahre 1995 auf 4740 Mrd. US\$. Das bilaterale Handelsvolumen zwischen Japan und den USA betrug nach US-Angaben 190 Mrd. US\$ und nach japanischen Angaben 196 Mrd. US\$, also 4,0 bzw. 4,1 % des Welthandelsvolumens (Fischer Weltalmanach 1997, Frankfurt/M: Fischer, 1996, Sp.338, 339, 672, 1082; eigene Berechnungen)

⁸ Wichtigstes Herkunftsland für US-Warenimporte war 1995 Kanada mit 142 Mrd. US\$, an zweiter Stelle stand Japan mit 127 Mrd. US\$. Bei den US-Warenexporten war Kanada der wichtigste Abnehmer mit 127 Mrd. US\$, gefolgt von Japan mit 63 Mrd. US\$. (Fischer Weltalmanach 1997, Frankfurt/M., 1996, Sp.672,; eigene Berechnungen).

Diskursanalyse wird zunächst in den Kontext der handelspolitischen Ereignisse eingebettet (Kapitel 2). Im nächsten Schritt (Kapitel 3) geht es um den revisionistischen Diskurs selbst, um seine Hauptvertreter und zentralen Texte. Dabei steht die Frage im Vordergrund, inwieweit der revisionistische Diskurs als "Ethnisierung" der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und der geopolitischen Identitätsbildung im Sinne des Huntingtonschen "clash of civilizations" interpretiert werden kann.⁹ Mit anderen Worten: Bedeutet das "Japan Bashing", daß "Japan" aufgrund seiner Andersartigkeit aus dem "Westen" ausgegrenzt werden muß, eine weitergehende wirtschaftliche Integration jedenfalls nicht akzeptabel erscheint? Welchen Einfluß der Revisionismus auf das Denken der politischen Elite in den USA besitzt, wird anschließend am Beispiel der Zeitschrift "Foreign Affairs" geprüft (Kapitel 4). Welche Bedeutung spielt Japan und spielen ethnisierende Argumente in der außenpolitischen Meinungsbildung? Wieweit werden revisionistische Diskurse dadurch innerhalb des Elitendiskurses legitimiert, daß auf sie Bezug genommen wird oder gar revisionistische Autoren selbst zu Wort kommen? Auf der Basis dieser empirischen Befunde lassen sich dann Aussagen über die politische Bedeutung des Revisionismus in den USA treffen (Kapitel 5). Es geht zum einen um die Frage nach der Hegemonie im politischen Denken, nach der Konkurrenzfähigkeit des revisionistischen Diskurses gegenüber anderen Elitendiskursen und zum anderen um die konkreten politischen Folgen des revisionistischen Diskurses.

1.2 Stand der Literatur

In der unüberschaubaren Fülle ökonomischer und politischer Studien zum Handelskonflikt zwischen den USA und Japan wird der Revisionismus als handelspolitischer Diskurs zwar meist oberflächlich wahrgenommen, aber kaum systematisch und detailliert analysiert, und wenn, dann in erster Linie von sozialwissenschaftlichen Außenseitern. Die meisten Studien konzentrieren sich auf die Sache selbst, das heißt auf die ökonomischen Argumente oder die politischen Auseinandersetzungen und Strategien zum Handelskonflikt. In den meisten Untersuchungen werden die revisionistischen Texte nicht selbst zum Untersuchungsobjekt gemacht, sondern als Belegtexte zustimmend oder ablehnend zitiert.

Ellen Frost, ehemalige hohe Beamtin im US Verteidigungsministerium und spätere Beraterin der Westinghouse Electric Corporation, veröffentlichte bereits 1987 in Zusammenarbeit mit dem Council on Foreign Relations eine Studie über das Verhältnis zwischen Japan und den USA, in dem sie auch ausführlich auf das "Japan Bashing" eingeht. Sie definiert "Japan-bashing" als "virulent, emotional criticism of Japan as a whole, without distinguishing among its components"¹⁰ bzw. "undifferentiated hostility expressed in public"¹¹. Sie führt diese emotionellen Spannungen auf die Plötzlichkeit des ökonomischen Strukturwandels in den USA und im Verhältnis zu Japan zurück, die sich im Handels- und Haushaltsdefizit der USA und in den hohen Export- und Investitionsüberschüssen Japans ausdrückten. Vor diesem Hintergrund verlegten sich Teile der US-Eliten aus innenpolitischen, wahltaktischen oder lobbyistischen Gründen auf das Japan Bashing.¹² Frost hält das Japan Bashing angesichts der faktisch bestehenden Interdependenz zwischen der japanischen und der US Ökonomie letztlich für irrational und kontraproduktiv und fordert zum Einstellungs-

⁹ zum konzeptionellen Hintergrund vgl. Hummel/Wehrhöfer (1996); vgl. auch Huntington (1993, 1996b)

¹⁰ Frost (1988:2)

¹¹ Frost (1988:158)

¹² Frost (1988:14)

wandel auf. Sie empfiehlt insbesondere, Koalitionen zwischen kooperativ eingestellten Politikern, Institutionen und Unternehmen aus beiden Ländern aufzubauen und zu festigen.

Masao Miyoshi (1991), ein an der University of California in San Diego lehrender Literaturwissenschaftler, analysiert den handelspolitischen Diskurs zwischen Japan und den USA mit Mitteln postmoderner Kulturkritik. Er untersucht nicht die Handelspolitik an sich, sondern interpretiert die handelspolitischen Diskurse im Rahmen der jeweiligen sozialen Kontexte. So bezieht er z.B. die liberale Wirtschaftsideologie als "Metaerzählung" (metanarrative) auf die westliche Moderne. Nach Miyoshi ist der Handelskonflikt zum Dauerthema in den Diskursen in den USA und in Japan geworden. Diese Diskurse enthüllten tief liegende kulturelle Ichbezogenheit ("solipsism") und Unverständnis ("misapprehension") und seien durch bewußte Verdrehungen und Auslassungen gekennzeichnet. Im Kern bleibt Miyoshis Analyse aber selbst der "Moderne", der Aufklärung verpflichtet, denn seine Argumentation bedeutet letztlich, die handelspolitischen Diskurse als ideologisch, als falsches Bewußtsein zu entlarven.

Ó Tuathail (1993), ein Vertreter der britischen Politischen Geographie, erklärt die Existenz und die begrenzte Wirkung des Japan Bashing bzw. "Revisionismus" in den USA als Konflikt zwischen dem "geoökonomischen" Diskurs, d.h. dem ökonomischen Nationalismus, und dem transnationalen Liberalismus. Geoökonomische Diskurse sind seiner Meinung nach in den 1980er Jahren als Reaktion auf die Transnationalisierung von Staat, Wirtschaft und Kultur als "dissent discourses from transnational liberalism"¹³ entstanden. Sie würden von der transnationalen liberalen Elite als potentielle Bedrohung ihrer politischen Hegemonie betrachtet. Letztlich schwimmen Ó Tuathail zufolge aber in der politischen Praxis die Unterschiede zwischen geoökonomischem und transnationalem liberalem Diskurs. Beide Diskurse dienen letztlich dem transnationalen Kapital, und beide Diskurse würden beispielsweise von den US-Automobilkonzernen unterstützt. Ó Tuathails Ansatz deckt sich ausgezeichnet mit der theoretisch-methodologischen Konzeption der vorliegenden Studie. Der Aufsatz beruht aber nur auf einer sehr begrenzten empirischen Basis, geht nicht sehr ins Detail und deutet die theoretischen Schlußfolgerungen nur an.

Max Otte und William Grimes (1993¹⁴), zwei Forscher an der Princeton University, vertreten dagegen eine Kulturkonflikt-Theorie. Sie meinen, daß das Ausmaß der "revisionistischen Debatte" mit dem Ende des Kalten Kriegs Ende der 80er Jahre plötzlich unerwartet groß geworden sei. Revisionisten auf beiden Seiten seien sich einig, daß Japan "anders" sei, zögen daraus aber völlig unterschiedliche Schlußfolgerungen. Die US-Revisionisten beklagten sich über ökonomische Unfairness, weil der japanische Markt Ausländern verschlossen bleibe. Japanische Revisionisten kritisierten - manchmal arrogant - die "amerikanische Großmannssucht und einen Mangel an Respekt für die Leistungen Japans"¹⁵, die auf faire Weise errungen worden seien. Sie träten für eine Reorientierung Japans nach Asien ein. Sie kritisierten die amerikanischen Arbeits- und Managementpraktiken (überbezahlte Manager, kurzfristiges Denken, hemmende Gewerkschaften, schlechte Bildung, rassische Fragmentierung). Die Zuspitzung des Revisionismus stellt nach Ansicht von Otte/Grimes nicht nur die "Wertegrundlagen der amerikanisch-japanischen Beziehungen", sondern auch "das Axiom in Frage..., daß Kapitalismus gleich Kapitalismus sei und daß der

¹³ Ó Tuathail (1993:182)

¹⁴ insbesondere der Abschnitt zu "Die revisionistische Debatte in beiden Ländern" in Otte/Grimes (1993:117-122).

¹⁵ Otte/Grimes (199:117)

freie Welthandel alle wesentlichen Unterschiede und Inkonsistenzen zwischen verschiedenen Wirtschaftssystemen ausgleichen könne."¹⁶

Für David Campbell (1994), einen postmodern orientierten Sozialwissenschaftler, drückt die Problematisierung Japans als wirtschaftliche Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA nur die Praktiken der Identitätsbildung in den USA aus, nämlich die Verknüpfung des Frontier-Mythos und der Vorstellung einer zivilisatorischen Mission des amerikanischen Volkes mit der notfalls auch gewaltsamen Öffnung ausländischer Märkte. Der wirtschaftliche Bedrohungsdiskurs ist Campbell zufolge also keineswegs durch die Qualitäten der japanischen Gesellschaft bedingt. Allerdings geht Campbell wie Ó Tuathail kaum ins Detail.

Als Autoren aus dem japanischen Kontext, die sich mit dem Revisionismus befassen, können u.a. Homma (1990) und Kataoka (1995) genannt werden. Sie sind in erster Linie bestrebt, die Argumente der Revisionisten als Fehlwahrnehmung, als mangelndes Wissen zurückzuweisen, und gehen davon aus, daß die US-Eliten im Eigeninteresse den Revisionismus letztlich nicht akzeptieren werden.

Die genannten Studien sind nützlich, um die Vertreter und die Argumente des revisionistischen Diskurses zu bestimmen. Was aber bisher fehlt, ist eine systematische historische Rekonstruktion und eine Analyse der politischen Bedeutung des Revisionismus. Ó Tuathails Aufsatz entspricht von der theoretischen Konzipierung her am ehesten der hier verfolgten Richtung.

¹⁶ Otte/Grimes (1993:122)

2. "Managed Trade" - Die Handelspolitik der USA

2.1 Handelspolitik und Identität

Der Toshiba-Skandal ist nicht der erste Fall, in dem handelspolitische Ereignisse eine Rolle bei der bilateralen Identitätsbildung in den USA und Japan spielten. Schon von Anfang an übte gerade die Handelspolitik großen Einfluß auf das gegenseitige Selbstverständnis aus. Die Beziehungen zwischen Japan und den USA beginnen Mitte des 19. Jahrhunderts mit der durch einen US-Flottenverband, die "schwarzen Schiffe" des Commodore Perry, erzwungenen "Öffnung" japanischer Häfen für den Handel mit den USA. Lange Zeit diente dieses Trauma des gewaltsamen Eindringens einer ausländischen Macht dem japanischen Imperialismus als Rechtfertigung der militärischen Aufrüstung und schnellen (Rüstung-) Industrialisierung. Auf US-Seite dagegen erscheint diese Episode eher als zivilisatorischer Fortschritt, weil die verkrustete feudale Gesellschaftsordnung Japans aufgebrochen und dadurch erst die Modernisierung Japans ermöglicht worden sei. Immer wieder zitiert werden auch weitere handelspolitische Ereignisse: die Weltwirtschaftskrise im Gefolge des protektionistischen Wettlaufs der USA u.a. mit Japan¹⁷; das Ölembargo der USA gegen Japan im Sommer 1941, das der japanischen Seite als Anlaß für den Angriff auf Pearl Harbour am 7.12.1941 diente;¹⁸ die Nixon-Schocks Anfang der 70er Jahre, mit denen nicht nur das abrupte Ende fester Wechselkurse und die Anerkennung der Volksrepublik China durch die USA gemeint sind, sondern auch der 10%-Extrazoll auf alle Importe in die USA und ein "short-lived, but psychologically upsetting"¹⁹ Embargo der USA für Sojabohnenexporte nach Japan im Jahr 1973.²⁰ Während des arabischen Ölembargo von 1973 stellte sich die japanische Regierung gegen die US-Linie und erkannte die PLO an. 1979/80 akzeptierte dann die japanische Regierung anders als das zögernde Westeuropa bereitwillig die von der US-Regierung initiierten Wirtschaftsembargos gegen den Iran in Verbindung mit der Besetzung der US-Botschaft in Teheran bzw. gegen die Sowjetunion nach dem Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan.

Hinsichtlich der Identitätsbildung lassen sich diese Ereignisse folgendermaßen interpretieren: die Episode mit den "schwarzen Schiffen" des Commodore Perry symbolisierte das Verhältnis von "weißer" Zivilisation und "asiatischer" Rückständigkeit. Die Weltwirtschaftskrise belegte die Bedrohung der US-Ökonomie durch den industriellen Newcomer Japan, was sich später zum Gegensatz zwischen den Alliierten und den faschistischen Achsenmächten steigerte. In den Nixon-Schocks und der Ölkrise wurde das Ende der US-Hegemonie deutlich, während die Embargos von 1979/80 Japan als treuen Verbündeten der USA im "Zweiten Kalten Krieg" zeigten. Dieses Japanbild wurde schließlich in der Toshiba-Affäre buchstäblich zertrümmert.

Daß Identitätsbildung im Politikfeld Handel stattfindet bzw. versucht wird, hat also im Verhältnis zwischen den USA und Japan eine lange Tradition. Damit kann allerdings noch nichts über den relativen Einfluß dieser Symbole gegenüber konkurrierenden Identitätsversuchen oder der Identitätsbildung in anderen Politikfeldern, wie z.B. der Sicherheitspolitik oder der (Menschen)Rechtspolitik, gesagt werden. Auch die Interpretation der einzelnen Ereignisse, deren politische Sinngebung also, ist keinesfalls eindeutig oder unveränderlich. Die Nixon- und Ölschocks der frühen 1970er Jahre beispielsweise wurden in den USA teilweise als Argument für die

17 Turay (1991: 9)

18 Hall (1968: 340)

19 Frost (1988:4)

20 Turay (1991: 10)

Notwendigkeit von Entspannungspolitik - um den kostspieligen Vietnamkrieg beenden zu können - und trilateraler Zusammenarbeit - um die Stabilität der Weltwirtschaft zu sichern - gedeutet, eine Identität, die noch heute die G-7 prägt, in der die USA und Japan eng kooperieren. Dieselben Ereignisse dienten aber auch als Rechtfertigung für ein "Disengagement" der USA aus Asien, da die dortigen Länder den USA die gewährte militärische Zusammenarbeit offenkundig nicht dankten. Die genannten Punkte können also lediglich belegen, daß die Handelspolitik ein für die Identitätsbildung relevantes Politikfeld ist.

Der in der Toshiba-Affäre sichtbar gewordene revisionistische Diskurs bezieht sich jedenfalls wiederum auf die US-Handelspolitik. Daher erscheint es notwendig, die Entwicklung und die Strukturen der US-Handelspolitik näher zu beleuchten.

2.2 Die Entwicklung der Handelsgesetzgebung und der handelspolitischen Institutionen in den USA

Auf der ideologischen Ebene wird der herrschende Diskurs über die Außenwirtschaftspolitik der USA durch die liberale Ökonomie bestimmt, die für Freihandel und Nichtdiskriminierung eintritt und staatliche Regulierung ablehnt. In der Praxis enthielt die US-Außenwirtschaftspolitik aber bisher durchgängig merkantilistische Elemente. Die institutionellen und konzeptionellen Grundlagen für die heutige US-Handelspolitik wurden in der Weltwirtschaftskrise gelegt. 1930 beschloß der US-Kongreß den Smoot-Hawley Tariff Act und erhöhte damit die Außenzölle zum Schutz der US-Ökonomie drastisch. Andere Länder reagierten auf den Protektionismus der USA ihrerseits mit Zollerhöhungen, mit der Folge, daß sich die Weltwirtschaftskrise weiter verschärfte und der Welthandel fast zum Erliegen kam. Schließlich vollzog der US-Kongreß mit dem Reciprocal Trade Agreements Act von 1934 einen Kurswechsel. Dieses Gesetz räumte dem Präsidenten erstmals handelspolitische Kompetenzen ein, um den internationalen protektionistischen Wettlauf zu beenden. Es ermächtigte den Präsidenten, die Zölle in Verträgen mit anderen Ländern auf der Basis der Gegenseitigkeit um bis zu 50% zu senken.²¹ Das Handelsgesetz von 1934 bildete fortan die Grundlage der US-Handelspolitik. Es bereitete den Boden für das GATT-Abkommen von 1947, das auf multilateraler Ebene ebenfalls die Zölle auf der Basis der Gegenseitigkeit senken sollte. Es schuf auch die institutionellen Grundlagen für die heutige US-Handelspolitik. Alle nachfolgenden Handelsgesetze sind im Grunde Novellierungen des Gesetzes von 1934, und auch die handelspolitische Kompetenz des Präsidenten stammt aus dieser Zeit.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erreichte die US-Regierung über das Bretton-Woods-System und das GATT eine Öffnung des Welthandels zu ihren Bedingungen.²² Damit setzte sich aber nicht zwangsläufig die Freihandelsidee durch, auch wenn das GATT mit der Meistbegünstigungsklausel das Prinzip der Nichtdiskriminierung zwischen den Vertragsparteien einführte. Die US-Handelspolitik blieb im Grunde weiterhin der merkantilistischen Logik verhaftet, indem nicht unilaterale Zollsenkungen, sondern reziproke Konzessionen im GATT im Vordergrund standen.²³ Die Liberalisierung der Märkte nach außen wurde also als auszuhandelnde "Konzession" und nicht als

²¹ Pearson/Riedel (1990: 102); zwischen 1934 und 1945 schlossen die USA 32 derartige Abkommen (Benjamin/Yager 1993: 9).

²² "This often meant that international rules, including those governing fairness with regard to dumping and subsidies, developed along the lines of U.S. rules." (Benjamin/Yager 1993: 8)

²³ Tussie (1991)

unmittelbar im Eigeninteresse liegend betrachtet. Der Strukturwandel in der US-Ökonomie erforderte nach Pearson/Riedel lediglich eine Verlagerung der merkantilistischen Prioritäten vom Schutz vor Importen hin zur Förderung von Exporten.²⁴ Zur Hauptaufgabe des GATT wurde es, entsprechend dieser Prämissen Zollsenskrundungen zu organisieren und über die Meistbegünstigungsklausel die Ausweitung des Welthandelsregimes zu rationalisieren. Ein liberaler, auf die Marktkräfte bauender handelspolitischer Verhaltenskodex stand nicht im Vordergrund.²⁵

Obwohl die US-Regierung im Grundsatz für eine allgemeine Liberalisierung des Handels durch Zollsenskrundungen eintrat, griff sie bei einzelnen Waren immer wieder auf protektionistische Maßnahmen zurück und bediente sich dabei meist nichttarifärer Instrumente. 1961 wurde auf Initiative der USA im Rahmen des GATT das Long-Term Arrangement on Cotton Textiles (LTA) als Marktordnungsregelung für Textilien abgeschlossen. Mit 37 Ländern vereinbarte die US-Regierung daraufhin bilaterale "freiwillige Exportbeschränkungen".²⁶

Der Trade Expansion Act von 1962 brachte nach Benjamin/Yager die Wende in der US-Handelspolitik von der Liberalisierung durch multilaterale Diplomatie und durch das GATT zur offensiven Handelsexpansion mit Hilfe von unilateralen Sanktionsdrohungen und direkten Hilfen an Unternehmen. Section 252 des Trade Expansion Act, Vorläuferin der späteren Section 301 des Handelsgesetzes, gab dem US Präsidenten die Kompetenz, Handelshemmnisse bei Agrarprodukten als "unjustifiable" zu erklären und dagegen mit Sanktionen vorzugehen. Im Falle von nichtagrari-schen Waren durfte er nun Sanktionen gegen "unreasonable" Handelsbarrieren verhängen. Die offensive Ausrichtung der US-Handelspolitik fand auch darin ihren institutionellen Ausdruck, daß der Kongreß neben dem bisher mit der Handelsdiplomatie befaßten State Department als neue Behörde das "Office of the United States Trade Representative" (USTR) einrichtete.²⁷ Von den neuen Sanktionsmöglichkeiten machte die Administration aber nur sehr zurückhaltend Gebrauch. Von 1962 bis 1974 wurden bei über 200 Untersuchungen nur in 15 Fällen Strafzölle verhängt und nur 4 von 30 "import relief petitions" anerkannt.²⁸ Ebenfalls im Zusammenhang mit den im Rahmen des GATT ausgehandelten Zollsenskrundungen wurde 1962 die Trade Adjustment Assistance eingerichtet. Um die Strukturanpassung in den betroffenen Branchen zu erleichtern, sollten Unternehmen Kredite, technische Hilfe und Steuererleichterungen, die betroffenen Arbeitnehmer Umschulungs-, Arbeitslosen- und Umzugsbeihilfen erhalten. Die Wirkung war allerdings begrenzt: Bis Anfang der 70er Jahre flossen an etwa 50.000 Arbeitnehmer und 30 Unternehmen solche Beihilfen.²⁹

Mit dem neuen institutionellen Arrangement in der Handelspolitik, einem auf Rahmengesetze beschränkten Kongreß und einer Administration mit großem Ermessensspielraum, sollte das Lobbying von Einzelinteressen aus Rücksicht auf übergeordnete außenpolitische Ziele - die Sicherung des westlichen Bündnissystems und die Entwicklung der Weltwirtschaft im Rahmen des Bretton Woods System und des GATT - eingedämmt werden. Der vermeintlich für Einzelinter-

24 Pearson/Riedel (1990:103)

25 Benjamin/ Yager (1993: 9)

26 Keeling/ Wolf (1980), Pearson/ Riedel (1990:106)

27 Benjamin/Yager (1993:12); Dryden (1995) veröffentlichte eine detaillierte Geschichte des USTR seit seiner Gründung.

28 Destler (1992:141), Low (1993:55), Benjamin/ Yager (1993:12)

29 Benjamin/Yager (1993:12); Verweis auf USITC (1975:12) für Umfang der Unterstützungsmaßnahmen

essen empfänglichere Kongreß sollte gegenüber der eher am nationalen Interesse orientierten Administration in den Hintergrund treten. Tumlrir sieht allerdings gerade die Kompetenzverlagerung vom Kongreß zum Präsidenten als Hauptursache für die Instabilität der US-Handelspolitik an. Einzelinteressen könnten sich gegenüber der Administration leichter durchsetzen als gegenüber dem Kongreß, da der Zwang zur Interessenaggregation und Koalitionsbildung im parlamentarischen Prozeß entfalle und das Lobbying hier weniger als im parlamentarischen Prozeß der Öffentlichkeit ausgesetzt sei. Der Kongreß habe auch keinesfalls seinen politischen Einfluß an die Administration abgegeben. Vielmehr versuchten die Abgeordneten dem Zwang zu entgehen, für jedes Einzelinteresse aus ihrer Wählerbasis parlamentarische Mehrheiten mobilisieren zu müssen. Sie verabschiedeten vielmehr günstige Rahmengesetze und intervenierten in Einzelfällen lieber direkt bei der Administration.³⁰

Das (merkantilistische) Außenhandelsmanagement der USA intensivierte sich im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und der ersten Ölkrise, wurde auf der Diskursebene aber lange Zeit nicht mit "Japan" verbunden, sondern eher mit der ökonomischen Bedrohung des Westens durch OPEC und "Neue Weltwirtschaftsordnung" bzw. mit der militärischen Bedrohung westlicher Wirtschaftsinteressen durch die Sowjetunion. Der Kongreß verschärfte die Handelsgesetzgebung mit dem "Trade Act" von 1974. Section 301 erweiterte den Ermessensspielraum der Administration für Handelssanktionen. Sie autorisierte den USTR, die Handelspraxis einer ausländischen Regierung als "unfair" zu bezeichnen und gegebenenfalls Vergeltungsmaßnahmen nach eigenem Ermessen zu verhängen. "Unfairness" wurde definiert als jede Praxis, die die GATT-Bestimmungen oder andere Handelsvereinbarungen verletzt oder die als "unjustifiable, unreasonable or discriminatory against US goods" bewertet wird. Dies galt nun sowohl für agrarische als auch für nichtagrarische Waren sowie für außenhandelsbezogene Dienstleistungen. Die Definition unfairer Handelspraktiken wurde um diskriminierende Ursprungsregelungen, staatliche Beschaffungspraktiken, Genehmigungsverfahren, Quoten, Devisenkontrollen u.a. erweitert.³¹ Mit diesem Gesetz wurde das Instrumentarium unilateraler Maßnahmen jenseits etablierter internationaler Regime weiter ausgebaut. Pearson/Riedel meinen dazu, "... Section 301 goes well beyond enforcing the international legal rights of the United States".³²

Aber auch im GATT konnten sich teilweise protektionistische Tendenzen durchsetzen. Auf Initiative der USA wurde im GATT 1974 das Multifaser Abkommen (Multifiber Arrangement, MFA) beschlossen, das das LTA von 1961 ergänzen sollte. Die Folge waren weitere bilaterale Verhandlungen über "freiwillige Exportbeschränkungen" und die Ausdehnung der Exportkontrollbürokratie im Textilbereich.³³

Nach Abschluß der Tokyo-Zollsenkungsrunde des GATT im Jahre 1979 verabschiedete der Kongreß den "Trade Agreements Act". Damit wollte der Kongreß die zurückhaltende Administration bewegen, die gesetzlichen Sanktionsmöglichkeiten in der Handelspolitik energischer anzuwenden. Das novellierte Handelsgesetz verpflichtete die Administration, ausländische staatliche Subventionen zu benennen, durch die internationale Handelsverträge verletzt würden. Stellte die Administration derartige Subventionen fest, mußte sie innerhalb eines festgesetzten Zeitraums eine Untersuchung anstellen, inwiefern diese Subventionen US-amerikanische Wirtschaftsinteressen

30 Tumlrir (1985:14f), vgl. auch Pearson/Riedel (1990:114)

31 Pearson/ Riedel (1990: 108f), Bayard/ Elliott (1992: 686), Stoeckel/Pearce/Banks (1990: 56)

32 Pearson/Riedel (1990:108)

33 Pearson/ Riedel (1990: 106)

beeinträchtigten, und gegebenenfalls Sanktionen verhängen. Die Administration implementierte die verschärften Bestimmungen wiederum zurückhaltend: zwischen 1975 und 1985 lehnte der Präsident in 15 von 33 Fällen als unfair eingestufte Handelsbarrieren die Verhängung von Strafzöllen ab.³⁴ Die Administration verwies auf die Gefahr ausländischer Vergeltungsmaßnahmen, während im Kongreß die mangelnde Beachtung der Interessen betroffener Branchen kritisiert wurde.

Mit der Dollaraufwertung Anfang der 1980er Jahre sah sich die US-amerikanische Industrie wachsendem internationalem Konkurrenzdruck ausgesetzt. Dies führte zum Arbeitsplatzverlust in traditionellen Industrieregionen, zu verstärkten Auslandsinvestitionen US-amerikanischer Firmen, zu einer Fusionswelle unter US-amerikanischen Unternehmen und zur Zunahme protektionistischer Stimmungen im Kongreß.³⁵

Die Reagan-Administration präferierte in ihrer Handelspolitik zudem weniger die multilateralen Mechanismen des GATT, sondern eher regional begrenzte Freihandelsabkommen, so 1983 die Caribbean Basin Initiative, 1984 die US-Israel Free Trade Area und 1987 das US-Canada Free Trade Agreement.³⁶ Im Zusammenhang mit den anstehenden Präsidentschafts- und Kongreßwahlen im Jahre 1984 häuften sich im Kongreß 1983 Gesetzesinitiativen, in denen weitere unilaterale Schritte zur Öffnung ausländischer Märkte und Maßnahmen zum Schutz der bedrängten US-Industrie gefordert wurden. Der schließlich verabschiedete "Trade and Tariff Act" von 1984 erlaubte dem USTR, auf eigene Initiative Untersuchungen einzuleiten und dem Präsidenten Maßnahmen vorzuschlagen. Er erlaubte ausdrücklich Sanktionen auch im Dienstleistungsbereich und bezog erstmals außenhandelsrelevante Fragen des geistigen Eigentums (TRIP) und von Investitionsmaßnahmen (TRIM) ein. Das Gesetz verpflichtete die Administration, dem Kongreß ab 1985 jährlich einen "National Trade Estimate on Foreign Trade Barriers" vorzulegen. Besonderen Schutz erhielten Stahl, Schuhe, Kupfer, Eisenlegierungen, Wein, Textilien, Bromsalz und Milchprodukte.³⁷ US Präsident Reagan lehnte zur gleichen Zeit aber den Vorschlag ab, die handelspolitischen Institutionen in einem neu zu gründendem Department of Trade and Industry (DITI) nach dem Vorbild des japanischen MITI zu bündeln, und führte zur Begründung an, dies würde protektionistischen Tendenzen Vorschub leisten.³⁸

Die Handelspolitik blieb auch in den Folgejahren ein zentrales Wahlkampfthema. Der Bewerber um die demokratische Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen, Richard Gephardt, brachte 1987 bei den Beratungen über die Novellierung des Handelsgesetzes das vielbeachtete "Gephardt Amendment" ein. Nach dieser Gesetzesvorlage sollte die Administration verpflichtet werden, gegen Länder mit "exzessiven" Exportüberschüssen, das heißt mit Exporten in die USA, die mehr als das 1,75fache der Importe aus den USA ausmachten, ein Untersuchungsverfahren einzuleiten, um festzustellen, ob diese Länder "unjustifiable, unreasonable or discriminatory" Handelspraktiken anwendeten. Sollte das der Fall sein, sollten sie als Länder mit "unwarranted" exzessiven Exportüberschüssen eingestuft werden. Könnten bilaterale Verhandlungen mit einem solchen Land diese Handelspraktiken nicht beseitigen, sollte der USTR verpflichtet sein, Handelssanktionen gegen das betreffende Land zu verhängen. Das betreffende Land müßte dann den bilateralen Handelsüber-

34 Benjamin/ Yager 1993: 12

35 Ó Tuathail (1993:188)

36 Pearson/Riedel (1990: 105)

37 Pearson/ Riedel (1990: 109), Bayard/ Elliott (1992: 687)

38 Hodges (1990: 59), Dryden (1995:302)

schoß mit den USA jährlich um 10 % abbauen oder weitere Sanktionen in Kauf nehmen.³⁹ Richard Gephardt konnte seinen Gesetzesvorschlag nicht durchsetzen. Er mußte 1988 auch seine Präsidentschaftskandidatur nach schlechten Vorwahlergebnissen wieder aufgeben.⁴⁰

Im August 1988 beschloß der Kongreß nach langen Beratungen den "Omnibus Trade and Competitiveness Act". Der Kongreß erweiterte in der Section 301 des Handelsgesetzes die Definition von "unfairen" Handelspraktiken, indem so vage Kriterien wie "export targeting" oder die Verweigerung von Arbeiterrechten eingeführt wurden.⁴¹ Wichtigste Neuerung war nach allgemeiner Ansicht aber die Einführung der Super 301-Bestimmung, einer abgeschwächten Version des Gephardt Amendments. Dieser Artikel verpflichtet den USTR, bestimmte Handelspraktiken und bestimmte Länder für prioritäre Gegenmaßnahmen zu identifizieren, und zwar diejenigen Praktiken, deren Beseitigung zu einer signifikanten Vermehrung der US Exporte führen würde, und diejenigen Länder mit den gemessen an "number and pervasiveness" höchsten Handelsbarrieren. Die Benennung der prioritären Praktiken und Länder hat zur Folge, daß in diesen Fällen Untersuchungen eingeleitet und Verhandlungen zur Beseitigung der Handelshemmnisse begonnen werden müssen. Haben die Verhandlungen nach einer festgelegten Frist zu keinem Ergebnis geführt, muß die Administration Vergeltungsmaßnahmen verhängen, wenn die betreffenden Praktiken gegen Bestimmungen des GATT oder andere Handelsverträge verstoßen; andernfalls liegen Vergeltungsmaßnahmen im Ermessen des USTR. Eine weitere Bestimmung, Special 301, bezieht sich auf die Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte. Die prioritären Länder werden hier danach bestimmt, wie "onerous and egregious" ihre politischen Maßnahmen sind, durch die sie den USA eine faire Behandlung verweigern.⁴² In einer weiteren Bestimmung, dem sogenannten Exon-Florio Amendment, wird die Administration autorisiert, den Kauf von US-Firmen durch ausländische Investoren unter Hinweis auf die nationale Sicherheit zu verbieten. Diese weitreichende Bestimmung implementierte die Administration sehr zurückhaltend.⁴³

Die Super 301 Bestimmung wandte die US-Regierung erstmals im Mai 1989 an. Aus dem "National Trade Estimate on Foreign Trade Barriers" wählte der USTR drei "prioritäre" Länder aus: Japan,⁴⁴ Indien (Hemmnisse bei handelsbezogenen Investitionsmaßnahmen, Handelsbarrieren bei Versicherungsdienstleistungen) und Brasilien (Beschränkung der Einfuhrmengen durch Einfuhrverbote und Einfuhrgenehmigungspflichten). Die Drohung mit Special 301-Verfahren nutzte der USTR, um zum Beispiel mit China und Taiwan zu Vereinbarungen über den Schutz geistigen Eigentums im Außenhandel zu kommen. Der USTR richtete außerdem eine "priority watch list" für Copyrightverletzungen ein, auf die er z.B. Südkorea, Taiwan, Thailand, China und Indien setzte.⁴⁵

Das Handelsgesetz von 1988 kann als bisheriger Höhepunkt des Unilateralismus angesehen werden. In der Folgezeit traten wieder regionale und internationale Handelsregime in den Vordergrund. Der demokratische Präsident Bill Clinton konnte 1993 erfolgreich die Ratifizierung

³⁹ Pearson/ Riedel (1990: 109), Otte/ Grimes (1993: 125)

⁴⁰ Otte/Grimes (1993: 125), Pearson/ Riedel (1990: 109)

⁴¹ Pearson/Riedel (1990:109)

⁴² Stoeckel/Pearce/Banks (1990: 56)

⁴³ Pearson/ Riedel (1990: 108ff), Bayard/ Elliott (1992: 687), Bailey/ Harte/ Sugden (1994: 107f, 130ff), Hodges (1990:57f)

⁴⁴Näheres dazu im nächsten Kapitel.

⁴⁵ Stoeckel/Pearce/Banks (1990: 56), Dryden (1995: 357ff), Mastanduno (1992)

des NAFTA-Vertrags und des WTO-Abkommens im Kongreß durchsetzen. Auf dem ersten Gipfeltreffen der APEC im November 1993 in Seattle verständigten sich die USA mit den anderen APEC-Mitgliedern grundsätzlich darauf, im asiatisch-pazifischen Raum eine Freihandelszone einzurichten, deren konkrete Ausgestaltung späteren Treffen vorbehalten sein sollte. Handelskonflikte wurden unter der Clinton-Administration zum Teil zwar weiterhin bilateral ausgetragen, doch zeichnete sich gleichzeitig ein stärkere Neigung zur Einschaltung multilateraler Institutionen ab.

2.3 Die Handelsdiplomatie zwischen den USA und Japan

In diesem institutionellem und politischen Rahmen bewegte sich auch die US-Handelspolitik gegenüber Japan. Zwischen den USA und Japan gab es schon seit langem Handelskonflikte. Bis in die 1950er Jahre betrafen diese zunächst vor allem die Textilindustrie. Die Zollmauern, die die USA durch den Smoot-Hawley Tariff Act auch gegen japanische Importe errichteten, hatten die japanische Wirtschaft erschüttert und den japanischen Nationalisten als Argument für die Abwendung vom Westen gedient.⁴⁶ Mit dem militärischen Vordringen japanischer Truppen gegen China ab 1931 und der "Handelsoffensive" durch billige japanische Warenexporte⁴⁷ in die Industrieländer verschlechterten sich die Beziehungen zu den USA weiter. Die US-Regierung veranlaßte bereits damals die japanische Regierung zu freiwilligen Beschränkungen (VER) für Textilexporte in die USA.⁴⁸ Den Einmarsch japanischer Truppen in Südindochina im Sommer 1941 nahmen die Regierungen der USA, Großbritanniens und der Niederlande zum Anlaß für ein totales Handelsembargo gegen Japan und schnitten damit den für Japan wichtigen Öl- und Kautschuknachschub ab, was aber den japanischen Militaristen nur weiteren Auftrieb gab.⁴⁹

Nach der militärischen Bezwingung und Besetzung Japans durch US-Streitkräfte versuchte die US-Militäradministration in Japan zunächst, die durch Großkonzerne und Rüstungsbürokratie gelenkte japanische Wirtschaft zu entflechten und zu liberalisieren. Mit dem Korea-Krieg trat dann aber die strategische Bedeutung Japans für die USA in Asien gegenüber der US-Wirtschafts- und Handelspolitik deutlich in den Vordergrund. Die US-Regierung setzte 1955 gegen den Widerwillen der Regierungen anderer westlicher Industrieländer die Aufnahme Japans in das GATT durch.⁵⁰ Einzelne Branchen, z.B. die Hersteller von Baumwolltextilien, Fahrrädern oder Metallwaren, sahen sich allerdings in den 1950er Jahren erneut durch japanische Billigimporte gefährdet.⁵¹ So kam es beispielsweise 1955 zum Konflikt um die Einfuhr von "1-Dollar-Blusen" aus Japan.⁵² Wie in den 1930er Jahren mußte die japanische Regierung 1957 Beschränkungen (VER) für Textilexporte in

46 Hall (1968:320), Turay (1991: 9). Die Beziehungen zwischen den USA und Japan verschlechterten sich bereits 1924, als der Bundesstaat Kalifornien durch neue gesetzliche Maßnahmen Japaner von der Einwanderung ausschloß (Hall 1968: 320).

47 Hall (1968:327)

48 Pearson/ Riedel (1990: 106)

49 Hall (1968 :340)

50 Großbritannien, Frankreich, Australien und einige andere GATT-Mitglieder wendeten die Meistbegünstigungsklausel auf Japan nur beschränkt an und behielten gegen Japan bis 1963/64 gesonderte hohe Zölle nach Art. 35 des GATT bei (Fujiwara 1989: 171, 175)

51 Pearson/ Riedel (1990: 106)

52 Nihon keizai no kiso chishiki (1992:131)

die USA einführen.⁵³ Ende der 1950er Jahre richteten sich die Klagen von US-Unternehmen dann auch gegen die Überflutung des US-Marktes durch japanische Transistorradios.⁵⁴

Anfang der 1960er Jahre geriet die japanische Regierung durch die GATT-Zollsenkungsrunde, diplomatische Vorstöße der US-Regierung über ihren Botschafter in Tokyo sowie entsprechende Forderungen der Manager japanischer Großkonzerne unter starken Druck, die Schutzzollpolitik zum Aufbau der einheimischen Industrie zu lockern und den japanischen Handels- und Devisenverkehr zu liberalisieren. 1961 änderte die Regierung den Zolltarif und senkte das allgemeine Zollniveau.⁵⁵

Ende der 1960er Jahre verschärfte sich unter der Nixon-Administration der Handelskonflikt zwischen den USA und Japan, wobei Textilien, Fernsehgeräte und Stahl im Vordergrund standen. Der Kongreß erlebte eine Flut protektionistischer Gesetzesvorlagen.⁵⁶ 1968 kam es in den USA zu einem förmlichen Anti-Dumping-Verfahren gegen den Import japanischer TV-Geräte.⁵⁷ Im Januar 1969 führte die japanische Regierung VER für japanische Stahlimporte in die USA ein, die in einer zweiten Vereinbarung 1972 fortgeführt wurden.⁵⁸ Der Handelskonflikt spitzte sich dermaßen zu, daß US-Präsident Nixon sogar drohte, die angekündigte Rückgabe Okinawas zu verzögern, oder - bei den Textilverhandlungen - den "Trading with the Enemy Act" wieder einzuführen.⁵⁹ Zur Entschärfung der Krise willigte die japanische Regierung 1972 in ein Abkommen zur Regelung der japanischen Kunstfasereporte in die USA ein, das die bestehenden VER im Textilbereich ergänzte.⁶⁰ Einen weiteren Höhepunkt erreichte die Handelskrise mit den schon erwähnten Nixon-Schocks: die US-Regierung gab die Politik fester Wechselkurse auf, was zu einer Dollarabwertung und dementsprechend zu einer Verteuerung der Importe in die USA führte, die zudem mit einem Zusatzzoll von 10% belegt wurden. Kurze Zeit später verhängte die US-Regierung Ausfuhrrestriktionen für Sojabohnenexporte nach Japan.⁶¹

In den nachfolgenden Jahren entspannten sich die wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen den USA, Japan und den anderen westlichen Industrieländern wieder. Ihren institutionellen Ausdruck fand diese wirtschaftspolitische Entspannungspolitik in der Gründung der G-5 im Jahre 1975. Allerdings flackerte der Handelskonflikt zwischen den USA und Japan im Zuge der Rezession 1976/77 wieder auf. Betroffen waren wiederum die Fernsehgeräte-Importe⁶² und der Stahlsektor.

53 Pearson/ Riedel (1990: 106), Turay (1991), Nihon keizai no kiso chishiki (1992:131)

54 1959 beklagte sich beispielsweise die US Electronic Industries Association (EIA) beim Office of Civilian Defense Mobilization (OCDM) über die Importflut japanischer Transistorradios (Tsuru 1993: 198).

55 Fujiwara (1989: 172, 174)

56 Fujiwara (1989: 183)

57 Nihon keizai no kiso chishiki (1992: 131)

58 Pearson/ Riedel (1990: 107), Nihon keizai no kiso chishiki (1992:131), Turay (1991: 22)

59 Otte/ Grimes (1993:122)

60 1974 wurde auf Initiative der USA im Rahmen des GATT das Multifaserabkommen ausgehandelt (Multifiber Arrangement, MFA), auf dessen Basis die USA bilaterale VER-Abkommen im Textilbereich abschlossen, u.a. im Oktober 1974 mit Japan, vgl. Pearson/ Riedel (1990: 106), Nihon keizai no kiso chishiki (1992:131).

61 Turay (1991: 10)

62 Die Firma Sylvania Co. beklagt sich bei der US Regierung über eine angebliche Verletzung des Art. 337 des Custom Tariff Act durch 5 japanische TV-Geräte Hersteller, vgl. Tsuru (1993: 198)

1977 drohte der Kongreß mit Handelssanktionen gegen japanische TV-Geräte und andere Waren. Der USTR erreichte daraufhin im März 1977 eine als "Orderly Market Agreement" bezeichnete VER über den Export japanischer Farbfernsehgeräte in die USA. 1976 beschloß die japanischer Regierung VER für die Lieferung von sogenanntem Spezialstahl (Legierungen) in die USA. Die US-Regierung war damit nicht zufrieden und führte ihrerseits auf der Basis des Trade Act von 1974 Importquoten für Spezialstahl ein. Die japanische Regierung forderte daraufhin unter Berufung auf die GATT-Vereinbarungen Kompensationen von der US-Regierung für diese einseitigen Maßnahmen. Daraufhin nahmen die beiden Regierungen ihre Verhandlungen wieder auf, die schließlich 1983 in ein "Orderly Market Agreement" (OMA) mündeten.⁶³

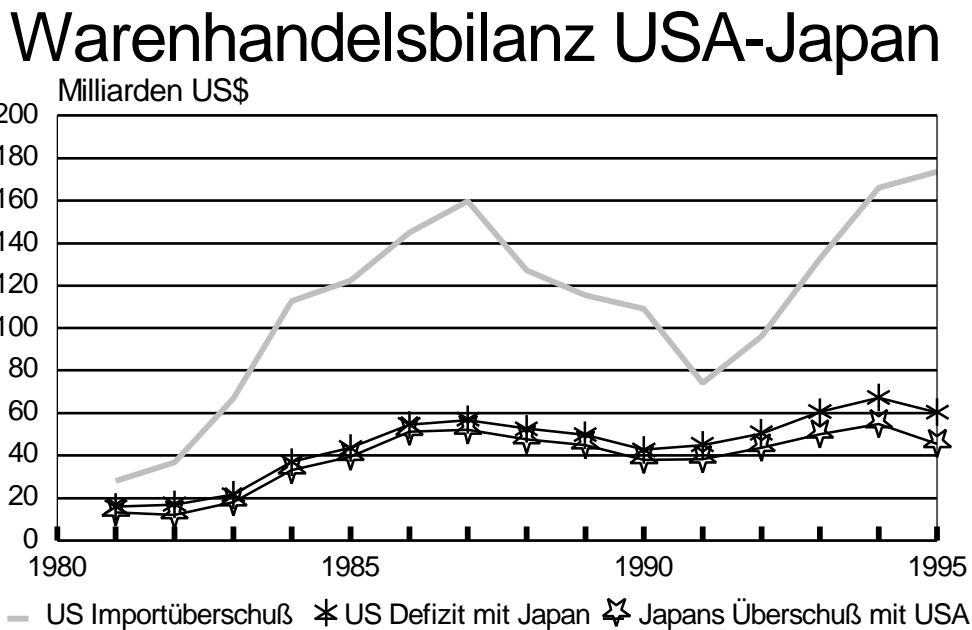
Dieser Handelskonflikt wurde Anfang 1978 schließlich durch die "Strauss-Ushiba-Vereinbarung" zwischen dem USTR und dem japanischem Botschafter in USA beigelegt. Die japanische Seite willigte in die grundsätzliche Öffnung des japanischen Marktes ein. Spezifische Punkte betrafen die Erhöhung der Importquoten für Agrargüter und Regierungsbeschaffungen von Flugzeugen sowie strategischen Metallen aus den USA.⁶⁴ Daß sich die Diskussion in den USA jetzt mehr auf die Öffnung des japanischen Marktes für US-Exporte als auf die Importprotektion für die US-Industrie richtete, zeigt auch der erste Jones-Report für das US Repräsentantenhaus von 1979. Dieser Bericht fordert die Liberalisierung des japanischen Binnenmarktes und eine Revision der staatlichen Industriepolitik, gleichzeitig aber auch mehr japanische Direktinvestitionen in den USA. Regierungsberichte spielten aber die Bedeutung japanischer Handelsbarrieren herunter und betonten statt dessen die sinkende industrielle Wettbewerbsfähigkeit der USA. Der zweite Jones-Report räumte ein, daß eine Beseitigung der japanischen Handelshemmnisse die Handelsprobleme der USA nur teilweise lösen würde.⁶⁵

⁶³ Nihon keizai no kiso chishiki (1992:131), Turay (1991: 22)

⁶⁴ Dryden (1995:229f), Prestowitz (1989: 420), Fujiwara (1989: 189), Tsuru (1993: 198)

⁶⁵ Fujiwara (1989: 196) verweist dazu auf Subcommittee ... (1979, 1980) und Comptroller General (1979)

Abbildung 2:



Quellen: Survey of Current Business (1995)6: 94, (1996)7: 78; Japan: Wirtschaft-Politik-Gesellschaft (1995)August:407 (Daten des japanischen Finanzministeriums und der Bank of Japan), MITI: Tsûshô Hakusho (Weißbuch des Außenhandels) Heisei 8 nenpan, 1996:19.

Die Handelspolitik in den 1980er Jahren stand unter dem Zeichen des wachsenden "Handelsdefizits" der USA, womit der Importüberschuß der USA gemeint ist. Abbildung 2 dokumentiert die Daten der US-Warenhandelsstatistik weltweit bzw. für den bilateralen Handel mit Japan. Die Angaben stammen aus der offiziellen US-Statistik und die etwas niedrigeren Angaben für die japanischen Exportüberschüsse in die USA aus der offiziellen japanischen Statistik.

Die Reagan-Administration beendete 1981 nicht nur die militärische, sondern auch die wirtschaftspolitische Entspannungspolitik. Einseitig versuchte sie, durch einen hohen Dollarkurs und eine Hochzinspolitik ausländisches Kapital in die USA zu locken und dadurch das durch Steuersenkungen und Erhöhung des Militärhaushalts immer größer werdende Haushaltsdefizit zu decken. In einer weit beachteten Abkehr von ihrer freihändlerischen Rhetorik setzte die Reagan-Administration im Mai 1981 japanische VER für PKW-Exporte in die USA durch, nachdem allerdings der Kongreß seinerseits mit Importquoten gedroht hatte. Die Vereinbarung begrenzte für zunächst drei Jahre (1981-83) die japanischen PKW-Exporte in die USA auf jährlich höchstens 1,67 Mill. Fahrzeuge. Die VER wurde anschließend weiter verlängert. Um die Importbeschränkung

gen zu umgehen, bauten japanische Autohersteller ihre Werke in den USA aus, was zu mehr Importen von Autoteilen aus Japan in die USA führte.⁶⁶

Für immer mehr Branchen verlangte die Reagan-Regierung die Öffnung des japanischen Marktes: 1981 zunächst für Computer, Sperrholz, Leder, Autoteile und Agrarprodukte⁶⁷, 1983 für Satelliten⁶⁸, 1984 für Rindfleisch⁶⁹. Die japanische Regierung verkündete noch 1981 Maßnahmen zur Liberalisierung des Außenhandels⁷⁰, denen in den Folgejahren mehrere weitere "Marktöffnungspakete" folgten.⁷¹ Senator John Danforth (Rep.-Missouri), Vorsitzender des "Trade Subcommittee" des Senats, legte 1982 dagegen einen Gesetzentwurf vor, der dem US-Präsidenten erweiterte Kompetenzen einräumen sollte, den Zugang anderer Länder, gemeint war jedoch Japan, zum US-Markt zu beschränken, die ihrerseits US-Exporten einen vergleichbaren Marktzugang verwehrten.⁷² Damit machte er sich für das Kriterium der "Reziprozität" in der Handelsdebatte stark, eine Forderung, die wie gezeigt durchaus der Tradition der US-Handelspolitik entspricht. Der Handelskonflikt mit Japan weitete sich 1982 auf weitere Branchen aus. Der Druck des Kongresses und drohende Unfair-Trade-Klagen von Unternehmen nach dem Handelsgesetz führten zu bilateralen Regierungsverhandlungen, japanischen Marktöffnungszusagen bei Halbleitern und VER beim Maschinenbau und in der Stahlindustrie.⁷³

Die US-Regierung versuchte im Präsidentschafts-Wahlkampfjahr 1984, durch allgemeinere Verhandlungen die protektionistischen Forderungen aus der Wirtschaft und entsprechende Gesetzesinitiativen im Kongreß⁷⁴ zu entschärfen. Beispielsweise nahmen die beiden Regierungen einen "Industrial Policy Dialogue" auf⁷⁵ und gründeten ein Komitee, das Maßnahmen erarbeiten sollte, um die japanische Wirtschaft weiter nach außen zu öffnen, z.B. durch die Erleichterung ausländischer Direktinvestitionen in Japan, die Liberalisierung in der Währungspolitik, die Kooperation in der Forschungspolitik und andere Marktöffnungsmaßnahmen. Diese Initiativen mündeten in die 1985 und 1986 durchgeführten bilateralen "Moss Talks", "market-oriented sector-selective" Gespräche über die Öffnung bestimmter Branchen des japanischen Marktes. Ausgewählt wurden die Branchen: Holzprodukte, Telekommunikation, Elektronik und pharmazeutische und medizin-

⁶⁶ Prestowitz 1989: 421f, Dryden (1995: chap. 13), Otte/ Grimes (1993:123), Turay (1991: 21) dokumentiert die vereinbarten Quoten nach Firmen.

⁶⁷ Turay (1991: 13)

⁶⁸ Prestowitz (1989: 248ff)

⁶⁹ Pearson/ Riedel (1990: 110)

⁷⁰ Diese Maßnahmen sahen u.a. vor: Erleichterung der Zollprozeduren, Überprüfung der Importquoten v.a. im Agrarsektor, mehr Importe durch Aufstockung der Vorräte strategischer Güter, Zurückhaltung bei "sensiblen" Exporten, industrielle Zusammenarbeit; Inländerbehandlung der Filialen ausländischer Banken in Japan; vgl. Turay (1991: 25), Prestowitz (1989: Kap. 3)

⁷¹ Turay (1991: 25), Nihon keizai no kiso chishiki (1992: 131)

⁷² Dryden (1995:280), Prestowitz (1989:184), Pearson/ Riedel (1990: 109)

⁷³ Prestowitz (1989:147ff), Turay (1991: 24). Der Stahlkonflikt wurde 1983 durch ein erneutes "Orderly Market Agreement", eine VER für japanische Exporte von Spezialstahl in die USA beigelegt.

⁷⁴ Die Demokraten forderten 1984 in ihren Gesetzentwürfen u.a. einen Zusatzzoll in Höhe von 25% gegen Japan und drei weitere Länder, falls diese ihre Handelsüberschüsse gegenüber USA nicht bis 1986 reduzieren (Ó Tuathail 1993: 188).

⁷⁵ Prestowitz (1989:252)

technische Produkte. Diese Gespräche blieben aber weitgehend ergebnislos.⁷⁶ Folgenreicher war das Plaza-Abkommen von 1985, in dem die Finanzminister beider Länder eine erfolgreiche konzertierte Aktion zur Aufwertung des Yen gegenüber dem US-Dollar vereinbarten. Dadurch sollten sich japanische Exporte in die USA schlagartig verteuern.⁷⁷

Dessen ungeachtet verschärfte sich die US-Handelspolitik gegen Japan im Jahre 1985 entscheidend.⁷⁸ Noch der US Trade and Tariff Act von 1984 war nicht speziell gegen Japan gerichtet gewesen, obwohl viele Bestimmungen durch den zunehmenden Handelsdruck japanischer Konkurrenten inspiriert worden waren. Dies änderte sich 1985, als beide Häuser des Kongresses Resolutionen verabschiedeten, in denen die japanischen Handelspraktiken verurteilt wurden.⁷⁹ Weitere Gesetzesinitiativen zur Novellierung der Handelsgesetze wurden vorbereitet. Auch die Administration wurde aktiv. Auf Kabinettsbene sollte das neu geschaffene interministerielle Economic Policy Council unter Leitung von Finanzminister Baker die offensive Marktöffnungspolitik vor allem gegenüber Japan koordinieren.⁸⁰ Unmittelbar nach dem Plaza-Abkommen kündigte Präsident Reagan an, eine "strike force" zum Kampf gegen unfaire Handelshemmnisse einzusetzen.⁸¹ Diese "strike force" wurde unter Leitung von Handelsminister Baldrige gebildet und sollte nun auch aus eigener Initiative Verfahren nach Section 301 des Handelsgesetzes durchführen. Die Administration konzentrierte sich auf ein Anti-Dumping-Verfahren gegen japanische Halbleiterhersteller.⁸² Mit diesen Maßnahmen vollzog die US-Regierung einen Rollenwechsel in der Handelspolitik vom Schiedsrichter zum Advokaten von US-Industrieinteressen.⁸³

Die japanische Regierung reagierte schnell auf diesen Kurswechsel. Eine vom japanischen Ministerpräsidenten eingesetzte "Advisory Group on Economic Structural Adjustment" unter Leitung des früheren Präsidenten der Bank of Japan, Haruo Maekawa, legte 1986 den vielbeachteten ersten "Maekawa-Report" vor. Der Report empfahl die Abkehr vom exportorientierten Wachstum und die Stärkung der Binnennachfrage. Ein konkreter Aktionsplan folgte im April 1987 (zweiter "Maekawa-Report").⁸⁴

Nach harten Verhandlungen unterzeichneten die Unterhändler Japans und der USA im September 1986 schließlich ein Halbleiterabkommen. Die US-Regierung sagte darin zu, die laufenden Anti-Dumping- und Unfair-Trade-Verfahren auszusetzen. Die japanische Regierung stimmte offiziell nur zu, den Zugang der US-Halbleiterproduzenten auf den japanischen Markt zu unterstützen und die Preise auf dem Chipmarkt zu beobachten. Die US-Regierung beharrte darauf, die japanische Regierung habe vertraulich zugesagt, den Marktanteil ausländischer Chipproduzenten in Japan

⁷⁶ Nihon keizai no kiso chishiki (1992: 131), Otte/ Grimes (1993:123), Turay (1991: 12); Prestowitz (1989:63)

⁷⁷ Otte/ Grimes (1993:124), Funabashi (1988)

⁷⁸ Zu der allgemeinen Verschärfung der US-Handelspolitik ungefähr um diese Zeit vgl. Bayard/Elliott (1994); kritisiert wurde diese Wende im Sammelband Bhagwati/Patrick (1990).

⁷⁹ Benjamin/ Yager (1993: 12), Cohen (1988: 211), Dryden (1995:305)

⁸⁰ Dryden (1995: 310, 320)

⁸¹ Dryden (1995:311f)

⁸² Prestowitz (1989: 161), Dryden (1995:312ff)

⁸³ Dryden (1995:309ff). Da die US-Regierung nun selbst die Initiative ergriffen hatte, ging die Zahl der in den USA gegen japanische Firmen eingereichten Klagen wegen "unfair trade" oder Dumping in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre deutlich zurück, vgl. Benjamin/Yager (1993:xvi).

⁸⁴ Ernst/Hilpert/Laumer (1993:73f)

innerhalb der nächsten fünf Jahre auf 20% zu steigern, eine Zusage, die die japanische Regierung aber bestreitet.⁸⁵ Mit der Begründung, die japanische Regierung mißachte das Halbleiterabkommen, verhängte die US-Regierung Ende März 1987 Strafzölle auf Importe bestimmter japanischer Elektronikprodukte im jährlichen Umfang von 300 Millionen US\$. Daraufhin unterband das japanische Industrie- und Außenhandelsministerium (MITI) durch administrative Maßnahmen zur Produktions- und Exportkontrolle die Dumpingpraktiken der japanischen Chipproduzenten. Die US-Regierung hob die Sanktionen teilweise im Juni 1987⁸⁶ und im November 1987 wieder auf.⁸⁷ Der Halbleiterkonflikt wurde zusätzlich angeheizt durch die Toshiba-Affäre.

Der Halbleiterkonflikt überschattete andere Handelskonflikte, die etwa zur selben Zeit ausgetragen wurden. Dabei ging es um die Öffnung des japanischen Marktes für ausländischen Reis und weitere ausländische Agrarprodukte⁸⁸, um ein VER für japanische Exporte von Werkzeugmaschinen in die USA⁸⁹, die Beschaffung von US-Supercomputern durch staatliche Universitäten in Japan⁹⁰, die Öffnung des japanischen Telekommunikationsmarktes⁹¹, die Beteiligung von US-Baufirmen beim Bau des New Kansai Flughafens von Osaka⁹² und den Verzicht der japanischen Firma Fujitsu auf die Übernahme von Fairchild Semiconductors, einer Pionierfirma des Silicon Valley, die zudem als militärisch wichtig eingestuft wurde.⁹³ Mehrere Jahre zog sich die Auseinandersetzung um die erstmals in Japan selbst zu entwickelnden FSX-Militärflugzeuge hin. Einerseits drängte die US-Regierung die japanische Regierung, US-Firmen am Bau der Militärflugzeuge "angemessen" zu beteiligen, worauf wiederum in den USA Proteste gegen den Ausverkauf von US-Technologie an die japanische Konkurrenz laut wurden. Daraufhin setzte die US-Regierung eine Neuverhandlung und Revision der FSX-Verträge bei der japanischen Regierung durch. Darin wurden die Geheim-

⁸⁵ Prestowitz (1989:172), als Mitglied der US-Delegation selbst an den Chipverhandlungen beteiligt, berichtet von einem "confidential side letter" mit folgendem Inhalt: "...the Japanese said they understood, welcomed, and would make efforts to assist the U.S. companies in reaching their goal of a 20-percent market share within five years." Seiner Darstellung zufolge basierte die Zahl von 20% auf einer Auftragsstudie des Ökonomen William F. Finan zunächst für den Verband der US-Halbleiterindustrie (SIA), später auch für die US-Regierung, die besagte, die US-Hersteller hätten diesen Marktanteil erreicht, wenn die japanische Regierung keine Industriepolitik ("industry-targeting policies") durchgeführt hätte (Prestowitz 1989:170, sowie die Fußnoten 32 und 33 im selben Buch).

⁸⁶ Prestowitz (1989: Kap.2) beschreibt ausführlich den Verlauf der Sanktionspolitik. Seiner Darstellung zufolge hob US Präsident Reagan kurz vor dem G-7-Treffen in Venedig im Juni 1987 als Geschenk an seinen Freund, den japanischen Ministerpräsidenten Nakasone, die Sanktionen teilweise wieder auf.

⁸⁷ Dryden (1995:328, 336), Prestowitz (1989: 171ff), Otte/ Grimes (1993: 123f), Tsuru (1993: 198), Pugel (1987), Dryden (1995: 326 ff). 1992 erreichte der ausländische Marktanteil am japanischen Halbleitermarkt das 20 %-Ziel (Nikkei Weekly 11.3.96). Die Sanktionen wurden erst 1991 vollständig aufgehoben, vgl. Dryden (1995:372).

⁸⁸ Nihon keizai no kiso chishiki (1992: 131)

⁸⁹ Nihon keizai no kiso chishiki (1992: 131), Pearson/ Riedel (1990: 110)

⁹⁰ Prestowitz (1989:265), Nihon keizai no kiso chishiki (1992: 131)

⁹¹ Prestowitz (1989:346)

⁹² Pearson/ Riedel (1990: 110), Otte/ Grimes (1993: 125), Dryden (1995: 346f)

⁹³ Hodges (1990: 56), Bailey/ Harte/ Sugden (1994: 129), Little (1988)

haltung bestimmter transferierter Technologien und ein höherer Produktionsanteil für US-Firmen vereinbart.⁹⁴

Das neue Handelsgesetz von 1988 war vor allem gegen die japanische Konkurrenz gerichtet. Die US-Regierung sah sich deshalb gezwungen, Japan gemäß der Super-301-Bestimmung auf die Liste der prioritären unfairen Handelspartner zu setzen. Im Mai 1989 stufte sie Japan neben Indien und Brasilien gemäß Super 301 als unfairen Handelspartner ein, beschränkte sich bei Japan aber auf die Branchen Holzprodukte, Supercomputer, Telekommunikation und Satelliten.⁹⁵ Daraufhin begannen die beiden Regierungen unter der Bezeichnung Structural Impediments Initiative (SII) Verhandlungen über den Abbau struktureller Handelshemmnisse. Die US-Regierung forderte dabei von Japan öffentliche Infrastrukturausgaben zur Ankurbelung des Binnenmarktes, Änderungen des Einzelhandelsgesetzes in Japan und Antimonopolmaßnahmen gegen die mächtigen japanischen Konzerngruppen ("keiretsu"). Die japanische Regierung verlangte die Verringerung des US-Haushaltsdefizits, die Verbesserung des US-Bildungssystems und höhere Spar- und Investitionsquoten in den USA.⁹⁶ Die SII-Gespräche wurden durch Abkommen im April und Juni 1990 abgeschlossen, in denen aber nur ein Teil dieser Punkte beschlossen wurde. Unter Hinweis auf die SII-Abkommen strich die US-Regierung Japan aber wieder von der Liste der unfairen Handelspartner⁹⁷ und setzte die Super-301-Bestimmung wieder außer Kraft.⁹⁸ Damit war der Höhepunkt des Handelskonflikts überschritten.

In den folgenden Jahren wurden die handelspolitischen Beziehungen wieder kooperativer. Im Mai 1991 fand ein Nachfolgetreffen zu den SII-Verhandlungen statt. Im Juni 1991 einigten sich beide Regierungen über die Zulassung ausgewählter US-Baufirmen zu öffentlichen Bauaufträgen in Japan.⁹⁹ Im Januar 1992 besuchte US-Präsident Bush erstmals in Begleitung führender US-Konzernchefs Japan.¹⁰⁰

Nach seinem Amtsantritt Anfang 1993 wurde der neugewählte Präsident Clinton in der Handelspolitik gegenüber Japan wieder aktiver. Im Sommer 1993 vereinbarten die beiden Regierungen unter der Bezeichnung "Framework for a New Economic Partnership" Gespräche über weitere Maßnahmen zur Öffnung des japanischen Marktes für ausländische Anbieter. Kurze Zeit später verlor die langjährige japanische Regierungspartei LDP allerdings die Parlamentswahlen und wurde durch eine Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Hosokawa abgelöst. Die US-Regierung ihrerseits konzentrierte sich bis zum Jahresende darauf, den NAFTA-Vertrag und das neue GATT-Abkommen durch den Kongreß zu bringen. Die Framework-Gespräche, für die die Sektoren Autos und Autoteile, medizinische Geräte, Telekommunikation und Versicherungsdienstleistungen ausgewählt worden waren, verliefen bis Anfang 1994 ergebnislos. Im Februar 1994 reiste der japanische Ministerpräsident Hosokawa zu einem Gipfeltreffen mit Clinton nach Washington. Während dieses Besuchs machten die beiden Delegationen einen Versuch, zu einer Einigung zu kommen, doch bei einer Pressekonferenz gestanden Clinton und Hosokawa ein, daß die Gespräche gescheitert waren. Folgende Punkte sollten dabei angesprochen werden: die Harmonisierung wirt-

94 Otte/ Grimes (1993: 129f).

95 ausführlich dazu Mastanduno (1992)

96 ausführlich dazu Schoppa (1992)

97 Miyoshi (1991), Otte/ Grimes (1993: 125)

98 Dryden (1995:392)

99 Nihon keizai no kiso chishiki (1992:131)

100 Dryden (1995: 375), Otte/Grimes (1993:121)

schaftlich relevanter gesetzlicher Bestimmungen z.B. bei Investitionen oder dem Schutz geistigen Eigentums, die Öffnung der Staatsaufträge für ausländische Bewerber, Deregulierungsschritte v.a. im Finanzsektor, besondere sektorale Probleme z.B. der Automobilindustrie, des Elektronik- und Computermarktes und der Holzindustrie.¹⁰¹

Nach diesem Debakel setzte Präsident Clinton die Super-301-Bestimmung wieder in Kraft.¹⁰² Unter der Drohung von US-Handelssanktionen wurden die Framework-Gespräche fortgesetzt. Die Verhandlungen spitzten sich im Frühjahr 1995 zu, als die US-Regierung drohte, Strafzölle gegen den Import von japanischen Luxuslimousinen in die USA zu verhängen, wenn bis Ende Juni keine Einigung über den gewünschten ausländischen Zugang zum japanischen Markt für Autoteile gefunden worden wäre. Kurz vor Ablauf der Frist verkündeten die beiden Delegationen eine Einigung, und die US-Regierung zog die Sanktionsdrohung zurück. Es handelte sich aber nur um eine symbolische Einigung zur Gesichtswahrung der US-Regierung, denn substantiell hatte sie sich diesmal nicht durchsetzen können.¹⁰³ Die US-Regierung schreckte nach dieser Erfahrung vor einer erneuten Eskalation des Handelskonflikts zurück. Die Klagen von Kodak gegen Fuji Film wegen unfairen Wettbewerbs verwies die US-Regierung an das WTO-Schlichtungsverfahren. Im letzten offenen Punkt der Framework-Verhandlungen, dem Zugang zum japanischen Versicherungsmarkt, erreichten beide Delegationen im Dezember 1996 eine gütliche Einigung.

Die japanische Wirtschaftszeitung Nikkei Weekly hat die wichtigsten Sanktionsdrohungen der USA gegen Japan für den Zeitraum 1985 bis 1994 in einer Tabelle zusammengestellt (vgl. Abbildung 3). Diese Übersicht zeigt, daß der Handelskonflikt keineswegs sektorspezifisch begrenzt blieb, sondern sich im Grunde auf die gesamte Wirtschaft von der Landwirtschaft über die Industrie bis zum Dienstleistungssektor ausdehnte. Die Aufstellung belegt auch einen ungefähren Vier-Jahres-Rhythmus der Sanktionsdrohungen in den Jahren 1985, 1989 und 1993/94 und damit einen Konflikt-Rhythmus, der interessanterweise die US-Präsidentschaftswahlkämpfe 1984, 1988 und 1992 nicht abdeckt. In Wahlkampfzeiten standen also nicht spezifische Branchenkonflikte im Vordergrund, sondern - wie oben gezeigt - gesetzgeberische Initiativen zur grundsätzlichen Behandlung des Handelskonflikts.

Abbildung 3: US-Sanktionsdrohungen und japanische Reaktionen 1985-1994

Produkt	Beginn des Sanktionsprozesses (1)	Art und Zeitpunkt der japanischen Reaktion
Halbleiter	Juni 1985	Zustimmung zur Verbesserung des Marktzugangs, Juli 1986; unzufrieden mit den Ergebnissen der japanischen Maßnahmen verhängten die USA im April 1987 einen 100%-Zoll auf japanische Farbfernsehgeräte, Elektrowerkzeuge und PCs
Tabakprodukte	Sept. 1985	Zustimmung zur Beseitigung von Zigarettenzöllen, Oktober 1986
Zitrusfrüchte	Mai 1988	Zustimmung zur Beendigung von Quoten und Importrestriktionen für Zitrusfrüchte, Juli 1988

101 Dryden (1995:390ff)

102 Dryden (1995:392)

103 dazu ausführlich Bhagwati (1996)

		striktionen für Zitrusfrüchte, Juli 1988
Satelliten	Juni 1989	Zustimmung zur Öffnung des japanischen Satellitenmarkts für ausländische Unternehmen, März 1990
Supercomputer	Juni 1989	Zustimmung zur Öffnung des Supercomputermarkts, März 1990
Holzprodukte	Juni 1989	Zustimmung zur Zollsenkung, Lockerung der Bauvorschriften, März 1990
staatliche Bauvorhaben	April 1993	Zustimmung zur Öffnung der Angebotseinreichung für öffentliche Vorhaben, Januar 1994
Mobiltelefone	Februar 1994	Zustimmung zur Erweiterung des Marktzugangs für Mobiltelefone, März 1994
staatliche Beschaffung von Telekommunikation und Medizingeräten	Juli 1994	?

Quelle: Nikkei Weekly 8.8.1994, nach Angaben des Office of USTR und des MITI

(1) Monat, in dem die US-Regierung die japanische Praxis als unfair erklärte und damit die Konsultationsperiode eröffnete, nach der Sanktionen verhängt werden können

3. "Gang of Four" - Der revisionistische Diskurs gegenüber Japan

3.1 Der Japan-Revisionismus als Denkschule

Am 7. Mai 1990 veröffentlichte das politische Wochenmagazin "US News & World Report" einen Artikel mit der Überschrift "The Gang of Four Defends the Revisionist Line".¹⁰⁴ In der Einleitung der Redaktion zu diesem Artikel heißt es, eine "neue Generation" von Asienexperten diskutiere nicht mehr über Fairness, sondern über die Andersartigkeit Japans. Die führenden Japan-Revisionisten, die gemeinsam den anschließenden Artikel verfaßt hatten, waren James Fallows, Chalmers Johnson, Clyde Prestowitz und Karel van Wolferen, die sogenannte "Viererbande".

Chalmers Johnson, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Berkeley und später der University of California San Diego, gilt als Begründer¹⁰⁵ bzw. "godfather"¹⁰⁶ des Revisionismus. Nach seiner Emeritierung blieb er weiter publizistisch aktiv und übernahm die Leitung des privaten Japan Policy Research Institute. Karel van Wolferen, Wirtschaftsjournalist für die niederländische Zeitung NRC Handelsblad, war Vorsitzender des Foreign Correspondents' Club in Tokyo. James Fallows, Journalist und Herausgeber der Zeitschriften "Washington Monthly" und "The Atlantic Monthly", arbeitete 1977 bis 1979 als Hauptredenschreiber für den demokratischen Präsidenten Jimmy Carter und hat auch zur demokratischen Clinton-Administration enge Verbindungen. Business Week nannte ihn einen "intellektuellen Meinungsmacher" über Japan.¹⁰⁷ Clyde Prestowitz war von 1983 bis 1986 als Japanspezialist beim US Handelsministerium direkt an der US-Handelsdiplomatie beteiligt. Nach seinem Ausscheiden aus dem öffentlichen Dienst wurde er Präsident des Economic Strategy Institute in Washington, eines privaten, der US-Industrie nahestehenden Think Tank.¹⁰⁸ Die genannten Autoren bilden auch ein enges persönliches Netzwerk. Sie kennen sich persönlich, treten z.T. gemeinsam an die Öffentlichkeit und danken sich in den Vorworten ihrer Bücher gegenseitig. Der Japan-Revisionismus stellt insofern eine nicht nur inhaltlich definierte, sondern auch sozial vernetzte Denkschule dar.

Der Artikel in US News & World Report stellt gewissermaßen eine authentische Zusammenfassung der Kernargumente der Japan-Revisionisten dar. Sie bekennen sich zur Bezeichnung "Revisionisten" und lehnen den Ausdruck Japan Bashing ab, der ihrer Ansicht nach ein rassistisches Vorteil gegenüber Japan unterstelle:

"Despite its historical overtones of Marxist infighting, revisionism is a clear improvement over 'Japan-bashing', the previous witless label for any critical analysis of the Japanese system."¹⁰⁹

Van Wolferen schreibt über die Herkunft des Ausdrucks "Bashing" für die Kritik an Japan:

¹⁰⁴ Fallows et al. (1990)

¹⁰⁵ Driete (1995:102)

¹⁰⁶ Johnson (1989), Kahler (1990:141, Fußnote 4), Miyoshi (1991:68)

¹⁰⁷ Angaben nach seiner Homepage "[http:// www2.TheAtlantic.com/ atlantic/ about/ people/ JFBio.htm](http://www2.TheAtlantic.com/atlantic/about/people/JFBio.htm)", eingesehen am 10.6.1996.

¹⁰⁸ Angaben nach der Einleitung der Paperback-Ausgabe seines Buches "Trading Places" (1989).

¹⁰⁹ Fallows et al (1990: 54). Der Ausdruck "Revisionismus" wurde nach Darstellung von Chalmers Johnson (1995:331, FN 2) von dem Journalisten Robert Neff in einem Artikel der Zeitschrift Business Week vom 7.August 1989 erstmals auf den Japandiskurs angewendet.

"Originally used by some American commentators who believe that US jealousies, frustration and even racism cause friction with Japan, the term has been enthusiastically adopted by Japanese commentators. It tends to be automatically applied to any critical assessment of Japan and any serious analysis of Japan's international problems that places responsibility at the feet of administrators."¹¹⁰

Nach Miyoshi wurde das Wort "to bash" ursprünglich im britischen Englisch für gewalttätige Handlungen wie knüppeln (to cudgel), schlagen (to beat) oder zerschmettern (to smash) verwendet, z.B. im Ausdruck "Paki-bash". Im US-amerikanischen Sprachgebrauch werde "to bash" weniger konkret und in einer abgemilderten Bedeutung im Sinne von Verurteilung, scharfer oder negativer Kritik benützt:

"A basher can be informed or uninformed, analytic or irrational, honest or deceptive; in short, anyone who is less than encouraging, enthusiastic, or euphoric about Japan seems to qualify as one."¹¹¹

Die ursprüngliche britische Bedeutung des Begriffs "Bashing" für gewalttätige Angriffe auf "Japanisches" im weitesten Sinn taucht gelegentlich aber auch im US-Kontext auf. Erste Anzeichen eines derartigen Japan Bashing in den USA sieht Miyoshi beispielsweise Anfang der 1980er Jahre in Protesten entlassener Industriearbeiter, die öffentlichkeitswirksam japanische Produkte zertrümmerten. Miyoshi zitiert weitere Beispiele: 1982 erschlugen in Detroit arbeitslose Arbeiter einen jungen Chinesen, den sie irrtümlich für einen Japaner gehalten hatten. Ein US Gericht verurteilte daraufhin lediglich zwei der Beteiligten zu Bewährungsstrafen. Empört über die milde Behandlung der Täter schlossen sich asiastämmige US-Amerikaner zum zu einem Protestbündnis zusammen. Von der Mehrheit der US-Öffentlichkeit wurde dieser Vorfall aber ignoriert oder als lokales Einzelereignis abgetan.¹¹² Dieser sehr konkrete Sinn des "Bashing" kam auch beim Toshiba-Skandal zum Vorschein, als Kongreßabgeordnete mit Vorschlagshämmern auf einen japanischen Radiorekorder einschlugen.

Die Autoren der Viererbande betonen in ihrem Artikel in "US News & World Report", daß sie ungeachtet ihrer unterschiedlicher Kontexte in sechs Punkten übereinstimmen:

1. Die unausgeglichene Wirtschaftsbeziehungen zwischen Japan und den USA bedrohten die bilateralen politischen Beziehungen zwischen Japan und den USA und das Weiterbestehen des Welthandelssystems, das auf die USA als Führungsmacht angewiesen sei. Besonders heben sie den Verlust industrieller Kapazitäten und Arbeitsplätze sowie den Verlust des technologischen Vorsprungs an Japan hervor:

"The main threat to both these systems, in our view, is the persistently unbalanced economic and industrial relationship between Japan and the rest of the world, including the continued displacement of industrial sectors and the shift of technological capability toward Japan."¹¹³

2. Die bisherige Verhandlungsstrategie gegenüber Japan zur Beseitigung des Handelsungleichgewichts sei falsch und trage nur zur emotionalen Verhärtung der Positionen bei. Die US-

¹¹⁰ van Wolferen (1990a:555)

¹¹¹ Miyoshi (1991:65)

¹¹² Miyoshi (1991:63)

¹¹³ Fallows et al. (1990:54)

Handelsdiplomatie gehe nämlich von einer falschen Konvergenzprämisse aus und erwarte die Verwestlichung Japans in Richtung auf eine konsumentenbestimmte, individualistische Gesellschaft.

3. Japan stelle aber ein Gesellschaftssystem dar, das von dem des Westens - damit meinen sie "North America and most of Western Europe" - grundsätzlich verschieden sei. Sie nennen vier Hauptunterschiede des "japanischen Systems" gegenüber dem westlichen System des "demokratischen Kapitalismus"¹¹⁴: die Bevorzugung der Unternehmen auf Kosten der Verbraucher bzw. des Massenwohlstands, die Förderung der wirtschaftlichen Konzentration, die Präferenz kollektiver, gesamtgesellschaftlicher Interessen vor Individualrechten und schließlich der geringe Stellenwert von rassen- oder geschlechtsbezogenen Antidiskriminierungsmaßnahmen in Japan.

4. Der gesellschaftliche Wandel in Japan verändere den Kern des japanischen Systems nicht:
"...the overall system in Japan is robust and internally stable and ... it is presumptuous for outsiders to assume that the country will necessarily alter values that have withstood tremendous stress and shock."¹¹⁵

5. Die richtige Antwort auf das Handelsproblem stelle vielmehr eine aktive staatliche Wirtschaftspolitik in den USA dar, die bereits im Sinne von "managed trade" oder "industrial policy" Realität sei. Es sei falsch, aktive staatliche Wirtschaftspolitik zu tabuisieren.

6. Um eine aktive staatliche Wirtschaftspolitik durchsetzen zu können, müsse in den USA eine klare Diskussion über nationale Interessen geführt werden, denen Partikularinteressen und Lobbyismus unterzuordnen seien.

Die Revisionisten grenzen sich hier, aber auch in vielen anderen Stellungnahmen, gegen die "Fairness"-Denkschule ab. Bei der Forderung nach "fair trade" bzw. "level playing fields" gehe es vordergründig um die Gleichbehandlung, die Nichtdiskriminierung von US-Unternehmen in Japan gegenüber einheimischen Firmen. Impliziert sei damit nach Ansicht der Revisionisten eine Gleichmachung der japanischen Gesellschaft, die so werden solle wie die US-amerikanische, sowie ein Verzicht auf wettbewerbsverzerrende staatliche Eingriffe und Industriepolitik. Demgegenüber fordern die Revisionisten, daß sich die USA auf die eigenen Werte besinnen und eine nationale Industriepolitik durchführen müßten.

Die Argumentation des Japan-Revisionismus impliziert eine Ethnisierung der japanisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen. Japan wird als vom Westen verschieden dargestellt; es sei keine westliche Demokratie und keine Marktwirtschaft im liberalen Sinn. Ein grundsätzlicher Wandel der japanischen Gesellschaft oder gar eine Konvergenz der Gesellschaftsentwicklung im Westen und in Japan wird abgestritten. "Japan" wird als outgroup behandelt und gegenüber Japan wird eine diskriminierende Politik gefordert. Damit setzt der Japan-Revisionismus grundsätzlich auf eine merkantilistische, auf das eigene nationale Wirtschaftsinteresse ausgerichtete Politik und fordert von Politikern und Unternehmen eine patriotische Gesinnung.

3.2 Entwicklung des Japan-Revisionismus

114 Fallows et al. (1990:55)

115 Fallows et al. (1990:55)

Der Artikel der Viererbande in US News & World Report faßt die zentralen Texte des Japan-Revisionismus zusammen. Die revisionistische Argumentation gewann in den 1980er Jahren mit der Veröffentlichung dieser Texte zunehmend an Profil. Die nachfolgende Rekonstruktion der Diskursentwicklung orientiert sich im wesentlichen an den genannten Autoren der Viererbande, auf die sich weitere Autoren immer wieder beziehen.

3.2.1 Theodore H. White: "The Danger from Japan"

Am 28.7.1985 erschien im New York Time Magazine ein von Theodore H. White, dem "Dean"¹¹⁶ des US-Journalismus, verfaßter Artikel mit der Überschrift "The Danger from Japan". Der Artikel erschien während der Senatsanhörungen für den von US Präsident Reagan für das Amt des USTR nominierten Clayton Yeutter, von dem eine neue offensive Verhandlungsstrategie in der Handelsdiplomatie gegenüber Japan erwartet wurde.¹¹⁷ Dieser Artikel wird in der Literatur nahezu einhellig als Beginn des aktuellen Japan-Revisionismus in den USA genannt.¹¹⁸

White hatte im Zweiten Weltkrieg als US-Offizier gegen Japan gekämpft, war lange Zeit Reporter in China gewesen und hatte für seine Arbeit den Pulitzerpreis erhalten. In dem Artikel erinnert White an die japanische Kapitulation an Bord der USS Missouri am Ende des Zweiten Weltkriegs. Er spannt dann einen Bogen zur Handelsoffensive Japans gegenüber der US-Industrie, durch die Japan den militärisch verlorenen Krieg im Pazifik letztlich mit wirtschaftlichen Mitteln gewinnen wolle. Japan setze dazu auf staatliche Lenkung und aggressive Handelspraktiken und nütze die Ignoranz und Unfähigkeit der US-Politiker und Manager aus. Die US-Gesellschaft sei letztlich der japanischen überlegen¹¹⁹, müsse aber gegen die japanische Offensive durch eine aktive staatliche Industriepolitik, gesellschaftliche Reformen¹²⁰ und eine energische Handelspolitik verteidigt werden. Auch sicherheitspolitisch müßten die Fronten geklärt werden: Japan solle sich stärker am "burden-sharing" beteiligen, andernfalls müßten sich die USA aus dem Bündnis mit Japan zurückziehen.

White weist die Etikettierung der Kritik an Japan als "Japan bashing" zurück.¹²¹ Er zeigt Verständnis für die seiner Meinung nach rationale Verfolgung japanischer Wirtschaftsinteressen, die nur wegen der Ignoranz der USA als "unfair" erscheine:

"It is impossible to blame the Japanese for accepting American mercy and the American invitation to thrive."¹²²

116 Dryden (1995:305)

117 Dryden (1995:305)

118 Miyoshi (1991:63), Dryden (1995:305-306), Frost (1988:ix), Packard (1987:352).

119 White nennt die Überlegenheit der US Streitkräfte (White 1985:19ff, 59), die Humanität der Gesellschaft (S.31, 37), die technologische und industrielle Basis (S.37) und das demokratische politische System (S.37).

120 Konkret nennt White eine aktive Bildungs- und Forschungspolitik, die Wiederbelebung der Arbeitsethik und der früheren gesellschaftlichen Werte und die Aufwertung der Bürokratie und kritisiert die einseitige Konsumorientierung.

121 White (1985:59); er nennt den damaligen Außenminister Baker als einen derjenigen, die die Japan-Kritik als Bashing denunzierten (S.59).

122 White (1985:37)

3.2.2 Chalmers Johnson - "Godfather" des Revisionismus

Chalmers Johnson kam erstmals 1953 nach Japan, als er während des Korea-Kriegs als Offizier bei der US Navy diente.¹²³ In seiner anschließenden wissenschaftlichen Karriere befaßte er sich dann aber lange Zeit mit dem kommunistischen China. Erst Mitte der 1970er Jahre begann er, sich im Zusammenhang mit der chinesischen Wirtschaftsentwicklung mit der politischen Ökonomie Japans zu beschäftigen. Er konzentrierte sich dabei auf die staatliche Industriepolitik in Japan und veröffentlichte dazu zwei Bücher: "Japan's Public Policy Companies" (1978) und "MITI and the Japanese Miracle: The Growth of Industrial Policy, 1925-1975" (1982). Diese Bücher wurden zunächst in wissenschaftlichen Kreisen rezipiert und stießen erst Mitte der 1980er Jahre auf breiteres öffentliches Interesse.¹²⁴ Die wichtigsten Aufsätze, die er danach schrieb, veröffentlichte er 1995 in einem Sammelband unter dem Titel "Japan: Who Governs? The Rise of the Developmental State".

In seinen Veröffentlichungen setzt sich Johnson kritisch mit der klassisch-liberalen Wirtschaftswissenschaft, verkörpert durch Ökonomen wie Jagdish Bhagwati oder Fred C. Bergsten, und mit japanfreundlichen Orientalisten wie den ehemaligen US-Botschaftern in Tokyo Edwin O. Reischauer oder Michael Mansfield auseinander.¹²⁵ Nach Johnson bedeutet Revisionismus, auf das Verständnis Japans angewandt,

"...merely the intellectual recognition that Japan's alleged fundamental similarity to the Western capitalist democracies was always based on ignorance of Japan itself. The idea of Japanese-American convergence is a Western intellectual conceit with roots in the American Occupation of Japan after World War II and in the United States' shift from an alliance with China to an alliance with Japan as the basis of its Cold War strategy in East Asia. Revisionism is thus also concerned with the ideological redefinition of Japan during the Cold War era in accordance with the interests of the Western alliance and with the role Japan will play now that the Cold War is ending."¹²⁶

Seine einflußreichste und am häufigsten zitierte Veröffentlichung ist das 1982 erschienene Buch über das japanische Industrie- und Außenhandelsministerium MITI. Johnson kritisiert die seiner Meinung nach kurzschlüssigen Erklärungen für das japanische "Wirtschaftswunder" der Nachkriegszeit, nämlich einzigartige ökonomische, politische oder soziokulturelle Merkmale oder besondere historische Umstände. Die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung Japans sei vielmehr Ergebnis der langfristigen, bewußten Steuerung der Wirtschaftsentwicklung durch den japanischen "Entwicklungsstaat" (developmental state), d.h. die sehr autonom agierende Elitebürokratie - er konzentriert sich auf das MITI -, der das politische System wirkungsvoll den Rücken freihalte. Dabei bediene sich das MITI sehr subtiler, aber äußerst wirkungsvoller Steuerungsmechanismen wie "administrative guidance" und "old boys"-Netzwerke. Bezeichnend für das Japan Bashing ist, wie Johnson die institutionelle und personelle Kontinuität des MITI seit der Zeit des japanischen Militarismus der 1930er Jahre herausarbeitet. Die Wirtschaftsgroßmacht Japan erscheint in seiner fast verschwörungstheoretischen Darstellung als Werk der nur militärisch von den USA besiegten

¹²³ Die biographische Angaben stammen aus dem Einleitungskapitel seiner Aufsatzsammlung "Japan: Who Governs" von 1995.

¹²⁴ Ein Indiz dafür ist, daß erst 1986 eine Paperback-Ausgabe des MITI-Buchs von 1982 erschien.

¹²⁵ vgl. dazu insbesondere Kapitel 3 und 4 in Johnson (1995)

¹²⁶ Johnson (1995:70)

japanischen Eliten. In seinem Schlußfazit warnt Johnson aber, die japanischen Institutionen einfach nachzuahmen: "This suggests that other nations seeking to emulate Japan's achievements might be better advised to fabricate the institutions of their own developmental states from local materials. It might suggest ... that what a country like the United States needs is not what Japan has ... the United States might be better advised to build on its own strengths ...".¹²⁷ Er begründet damit seine Forderung nach einer nationalen Industriepolitik in den USA.

Damit impliziert Johnson außerdem eine Konkurrenz der pluralistisch-marktwirtschaftlichen USA gegen das entwicklungsbürokratische Japan. Diese Konkurrenz könne letztlich bis zum Krieg führen, wobei er übrigens auch eine interessante Parallele zu Deutschland zieht: "The underdevelopment of democracy in modern Germany and Japan provoked two world wars against one and one world war against the other. ... Such an outcome is the ultimate danger in the soft authoritarianism that is inherent in the CDS [=capitalist developmental state] strategy."¹²⁸ Folgerichtig analysiert Johnson immer wieder neben den wirtschaftlichen auch die militärischen Beziehungen zwischen Japan und den USA. Er fordert, die bilaterale Militärallianz aus der Zeit des Kalten Krieges zu überdenken¹²⁹ und Japan gegenüber besser machtpolitisch im Sinne einer Gleichgewichtsstrategie gegenüberzutreten.

3.2.3 Karel van Wolferen: Das japanische System

Karel van Wolferen wurde 1986 mit einem Aufsatz in der Zeitschrift "Foreign Affairs" unter dem Titel "The Japan Problem" als Japan-Revisionist bekannt. Er veröffentlichte zwei weitere Aufsätze in "Foreign Affairs", in denen er seine Argumentation fortführte, und zwar 1990 "The Japan Problem Revisited" und 1993 "Japan's Non-Revolution". Sein Hauptwerk ist das 1989 erschienene umfangreiche und ausführlich dokumentierte Buch über "The Enigma of Japanese Power".

Van Wolferen argumentiert, daß Japan weder eine konstitutionelle Demokratie noch eine kapitalistische Marktwirtschaft westlichen Typs sei.¹³⁰ Die Macht in Japan teile sich vielmehr eine Administratorenklasse halbautonomer Gruppen von Ministerialbürokraten, politischen Cliquen und Wirtschaftsmanagern.¹³¹ Diese bedienten sich vielfältiger politischer, wirtschaftlicher, sozialer und ideologischer Manipulationsmittel zur Sicherung ihrer Herrschaft. Eine selbstbewußte Zivilgesellschaft und unabhängige politische Parteien als Gegengewicht gegen die Administratorenklasse fehlten im "japanischen System". Nicht vorhanden sei aber auch ein verantwortliches politisches Zentrum, das in der Lage wäre, ein vernünftiges Verhältnis zwischen Japan und den westlichen Ländern herzustellen. Wirtschaftlich rechnet van Wolferen Japan zu einem "dritten Typ" jenseits von Kapitalismus und Kommunismus, zum Typ der "kapitalistischen Entwicklungsstaaten". Er zitiert hier ausdrücklich den Begriff von Chalmers Johnson.¹³² Dieser kapitalistische Entwick-

¹²⁷ Johnson (1986:323)

¹²⁸ Johnson (1995:50)

¹²⁹ Im Zusammenhang mit der Okinawa-Krise machte er sich beispielsweise 1996 in den Medien für den Abzug der US-Streitkräfte von den Stützpunkten in Japan stark, vgl. Johnson (1996).

¹³⁰ van Wolferen (1986: 289ff; 1990a: 6ff)

¹³¹ van Wolferen (1990a:7); die Administratorenklasse beschreibt van Wolferen ausführlich im Kapitel 5 seines Buches.

¹³² Van Wolferen (1990a:8)

lungsstaat betreibe den westlichen Ländern gegenüber "adversarial trade"¹³³. Er stelle das gesamte System des freien Welthandels in Frage.¹³⁴

Van Wolferen betont die Kontinuität des "japanischen Systems" trotz der Niederlage im Zweiten Weltkrieg.¹³⁵ Er deutet angesichts der verschärften Spannungen zwischen Japan und dem Westen die Möglichkeit eines Wiederauflebens des japanischen Ultranationalismus der 1930er Jahre an.¹³⁶ Er sieht nur in "relentless and consistent outside pressure" eine Möglichkeit, die notwendigen inneren Veränderungen in Japan anzustoßen. Japan selbst sei aus eigener Kraft nicht in der Lage, diese Reformen durchzuführen, eine These die er auch angesichts des Regierungswechsels in Japan 1993 aufrechterhält.¹³⁷ Die USA müßten daher von einer allgemeinen "fair trade" Politik abrücken und gezielt gegen Japan Handelssanktionen anwenden.¹³⁸ Van Wolferen setzt hier einen anderen Akzent als die übrigen Revisionisten, indem er nicht auf Reformen in den USA selbst abhebt.

3.2.4 James Fallows: "Containing Japan"

James Fallows hat durch eine Vielzahl von Kommentaren in politischen Magazinen und im Rundfunk¹³⁹ zum revisionistischen Diskurs beigetragen. Vor allem vier seiner Texte werden immer wieder zitiert: der im Mai 1989 im politischen Magazin "The Atlantic" erschienene Beitrag "Containing Japan"¹⁴⁰ und ein Essay in "Atlantic Monthly" vom Dezember desselben Jahres mit dem Titel "Getting Along With Japan"¹⁴¹, sowie seine beiden Bücher "More Like Us: Making America Great Again" (1989)¹⁴² und "Looking at the Sun. The Rise of the New East Asian Economic and Political System" (1994).

Die Ursache des Handelskonflikts mit Japan sieht Fallows in der zügellosen Wirtschaftsexpansion Japans:

"The conflict arises from Japan's inability or unwillingness to restrain the onesided and destructive expansion of its economic power."¹⁴³

Er wirft Japan vor, die Logik der Reziprozität, die dem Welthandelssystem zugrunde liege, nicht zu akzeptieren.¹⁴⁴ Die mangelnde Fähigkeit, auf die Handelspartner Rücksicht zu nehmen, liege in der japanischen Kultur begründet, womit Fallows das Argument von van Wolferen vom "japanischen System" aufgreift. Fallows stellt dabei die japanische und die US-Gesellschaft dichotomisch gegenüber. Japan erscheint als rigide, geschlossene, statische, und kollektivistische Nation,

¹³³ Für den Begriff "adversarial trade" zitiert er Peter Drucker, vgl. van Wolferen (1986:303).

¹³⁴ van Wolferen (1990a:10)

¹³⁵ "... the defeat in the Second World War and the occupation represent less of a watershed in Japanese political life than has generally been thought." (van Wolferen 1990a:28f)

¹³⁶ van Wolferen (1990a:566f)

¹³⁷ van Wolferen (1993)

¹³⁸ van Wolferen (1986:302)

¹³⁹ Fallows ist regelmäßiger Kommentator im National Public Radio.

¹⁴⁰ Fallows (1989a)

¹⁴¹ Fallows (1989b)

¹⁴² Fallows (1989c)

¹⁴³ Fallows (1989a:41)

¹⁴⁴ Fallows (1989a: 43, 48)

die USA dagegen als flexibel, offen, mobil, und an individueller Freiheit orientiert. Da ein innerer Wandel in Japan nicht zu erwarten sei,¹⁴⁵ müsse Japan mit entschiedenem Druck von außen begegnet werden. Fallows argumentiert, daß es nun die Aufgabe der USA nach dem Kalten Krieg sei, Japan einzudämmen.¹⁴⁶ Als Mittel, die japanischen Exportflut in die USA einzudämmen, schlägt Fallows hohe US-Importzölle gegen Japan vor.¹⁴⁷ Er erinnert dabei an die Importzollaufschläge der Nixon-Administration aus dem Jahr 1971, die seinerzeit aber auf alle Importe erhoben wurden, nicht nur auf die aus Japan.

In seinem Buch "More Like Us. Making America Great Again"¹⁴⁸ fordert er die USA auf, ihre "Einzigartigkeit" wiederzubeleben. Die US-Gesellschaft solle nicht Japan nachahmen, sondern sich auf ihre eigenen Werte besinnen. In "Looking at the Sun" dehnt er seine Analyse auf das "New East Asian Economic and Political System" aus, in dem er "Ostasien" mit dem "Westen" konfrontiert. Allerdings entdeckt er hinter dem Wirtschaftswunder in Ostasien letztlich wieder Japan: japanische Banken, Handelshäuser und Investoren hätten sich nun auf die ganze Region Ostasien ausgedehnt. Fallows konfrontiert nach bewährtem Muster "Ostasien" mit dem "Westen" und fordert erneut, daß sich der Westen auf die Stärkung der eigenen Gesellschaften konzentrieren solle.¹⁴⁹

3.2.5 Clyde Prestowitz: Strategische Wirtschaftspolitik

Clyde Prestowitz ist vor allem durch sein Buch "Trading Places. How We Are Giving Our Future to Japan and How to Reclaim It" (1988/89)¹⁵⁰ bekanntgeworden. Er schildert darin ausführlich seine Erfahrungen als Mitglied der US-Verhandlungsdelegation bei den Handelsgesprächen mit Japan von 1983 bis 1986, wobei er besonders auf die Halbleiter-Verhandlungen eingeht. Prestowitz kritisiert die Ignoranz der dem "Adam Smith Liberalismus"¹⁵¹ anhängenden US-Politik, die den wahren machtpolitischen Charakter der japanischen Politik nicht erkenne. Im Abschnitt "What Makes Japan Run" geht er auf die seiner Ansicht nach wahren Merkmale des japanischen Systems ein: eine durch sozialen Druck durchgesetzte Kultur der Gruppenorientierung, eine mächtige Elitebürokratie, die eine strategische Industriepolitik durchführe,¹⁵² und strategisch vorgehende, vielfältig verflochtene Großkonzerne. Dem stellt er die Gründe für den Niedergang der USA ("What Makes America Wind Down") gegenüber, nämlich Unternehmenspartikularismus, unrealistische Konzepte in der Wirtschaftspolitik, sowie das fragmentierte wirtschaftspolitische System.

Prestowitz betont immer wieder, daß der frühere Wirtschaftserfolg der USA und der aktuelle Wirtschaftserfolg Japans nicht auf kulturelle Faktoren zurückzuführen sei, wie beispielsweise Unternehmerngeist und Demokratie in den USA¹⁵³ oder konfuzianisches Bildungsideal in

¹⁴⁵ Fallows (1989b: 60-62).

¹⁴⁶ Fallows (1989a)

¹⁴⁷ Fallows (1989b:64)

¹⁴⁸ Fallows (1989c)

¹⁴⁹ Fallows (1995:441)

¹⁵⁰ Das Buch ist 1988 als Hardcover, 1989 als Paperback erschienen. Im folgenden wird die Paperback-Ausgabe zitiert.

¹⁵¹ Prestowitz (1989:103)

¹⁵² Hier bezieht sich Prestowitz explizit auf Chalmers Johnson.

¹⁵³ Prestowitz (1989:392)

Japan¹⁵⁴. Entscheidend sei vielmehr jeweils das Wirken einer strategisch orientierten und aktiv eingreifenden staatlichen Industriepolitik gewesen. Interessant ist auch hier der Hinweis auf die Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Prestowitz schreibt, daß die ursprüngliche Wettbewerbsstärke der US-Unternehmen aus dem Zweiten Weltkrieg stamme, als die US-Regierung ebenfalls eine aktive Industriepolitik betrieben habe.

Prestowitz kritisiert, daß die US-Regierung aus strategischen Gründen, um Allianzen zu festigen, die Öffnung der US-Ökonomie ermuntert habe. Ähnlich wie Fallows tritt er dafür ein, die Unterordnung der Wirtschaftspolitik unter die militärische Sicherheitspolitik unter den veränderten internationalen Rahmenbedingungen aufzugeben. Der partikularistische Individualismus in den USA müsse überwunden und - wie schon der Untertitel seines Buchs fordert - die Orientierung am "Wir", am Gemeinwohl, am nationalen Interesse auch in der Wirtschaftspolitik wieder in den Mittelpunkt rücken.¹⁵⁵

3.2.6 Sekundäre Revisionisten

Die Autoren der Viererbande prägen den Japan-Revisionismus in den USA. Die von ihnen entwickelten Kernargumente des Japan-Revisionismus wurden von einer Vielzahl weiterer Autoren rezipiert, ergänzt und popularisiert. Die Viererbande als Kern des Japan-Revisionismus kann daher nicht nur als paradigmatisch im Sinne einer Denkschule, sondern auch als paradigmatisch im Sinne eines methodischen Leitbilds oder Musters für weitere Arbeiten bezeichnet werden.¹⁵⁶ Ó Tuathail nennt die Viererbande die primären Intellektuellen, deren Ideen von sekundären Intellektuellen weiterverbreitet worden seien:

"... Johnson, Fallows, Van Wolferen and Prestowitz ... are the primary organic intellectuals of geo-economic discourses, discourses whose production and diffusion depend on a variety of other secondary intellectuals who have plundered, popularized and propagandized their writings. The composition of this latter group is largely made up of professional business journalists ... freelance economic affairs writers ... and business executives turned authors. In contrast to the considered analysis found within certain texts by the Gang of Four the latter writings are often sensationalist and melodramatic."¹⁵⁷

Zu den bekannteren sekundären Japan-Revisionisten zählt beispielsweise Daniel Burstein, der in seinem Buch "Yen! Japan's New Financial Empire and Its Threat to America" (1988) Japan als egoistische neureiche Nation darstellt, die rücksichtslos die USA aufkaufen wolle. George Friedman und Meredith LeBard (1991) machten weniger wegen des Inhalts, sondern vielmehr wegen des Titels ihres Buches "The Coming War with Japan" von sich reden, in dem sie ein Kriegsszenario zwischen den USA und Japan entwickelten. Ähnlich konspirativ und kriegerisch argumentiert auch Michael Crichton in seinem Buch "The Rising Sun" (1992).

Die Argumentation von Chalmers Johnson wurde in einer Vielzahl von Studien aufgegriffen, die sich mit der strategischen Industriepolitik und der Rolle der Ministerialbürokratie in Japan beschäftigten. Ausdrücklich genannt werden soll hier nur Laura D'Andrea Tyson, die Präsident

154 Prestowitz (1989:253)

155 Prestowitz (1989:525ff)

156 Zu dieser doppelten Bedeutung des Begriffs "Paradigma" vgl. Kuhn (1988:186).

157 Ó Tuathail (1993: 191)

Clinton zur Vorsitzenden des Council of Economic Advisors und damit zu seiner ökonomischen Sicherheitsberaterin ernannt hat. Sie publizierte sowohl zusammen mit Chalmers Johnson als auch eigenständig Analysen zur japanischen Industriepolitik in der High-Tech-Industrie.¹⁵⁸

Eine besondere Rolle spielt der Journalist Pat Choate. Er erregte 1990 Aufsehen mit seinem Buch "Agents of Influence. How Japan's Lobbyists Manipulate America's Political and Economic System".¹⁵⁹ Wegen dieses Buchs wurde der Japan-Revisionismus generell der Inszenierung eines neuen McCarthyismus bezichtigt.¹⁶⁰ Choate schreibt, daß die japanische Wirtschaft und Regierung den mit Abstand größten Lobbyapparat in Washington unterhalte. Damit werde die im japanischen System fest etablierte "strukturelle Korruption", auch als "money politics" bezeichnet, auf die USA übertragen. Neben der Lobbyarbeit in Washington unterstütze und beeinflusse Japan durch Spenden und Förderprogramme lokale Netzwerke im ganzen Land, die Berichterstattung in den US-Medien und die Forschungs- und Ausbildungsaktivitäten der Universitäten und Think Tanks. Japan verfüge außerdem über ein ausgezeichnetes Informationsbeschaffungssystem. Die Japankritiker würden gezielt als "Japan Basher" denunziert. Freihändlerisch orientierte liberale Ökonomen sowie freundlich gesonnene Japanexperten (der sogenannte "Chrysanthemen Club") würden hingegen aktiv gefördert. Ähnlich wie Choate argumentiert auch John Judis, Journalist bei "The New Republic".¹⁶¹

Jagdish Bhagwati sieht inzwischen sogar eine zweite Generation von Japan-Bashern, eine neue "Viererbande", auftauchen:

"Interestingly, the Japan-baiters and Japan-worriers of yesteryear were the so-called 'revisionists': Chalmers Johnson (a scholar), Clyde Prestowitz, James Fallows and Pat Choate (now Ross Perot's inhouse economist). They seem to have been replaced in prominence by John Judis (The New Republic), Michael Lind (a journalist), Thomas Friedman and Pat Buchanan."¹⁶²

3.3 Der Japan-Revisionismus als Ethnisierungsdiskurs

Der revisionistische Diskurs in den USA läßt sich als "Ethnisierung" der Handelspolitik bezeichnen. Ethnisierung wurde an anderer Stelle¹⁶³ definiert als politisch wirksame Formierung einer "ingroup" und Grenzziehung gegenüber einer "outgroup" auf der Basis praktisch unveränderlicher kultureller Merkmale. Ethnisierung bedeutet die kulturell legitimierte Ungleichbehandlung, die Privilegierung der "ingroup" und die Diskriminierung der "outgroup".

Daß der revisionistische Diskurs eine Grenzziehung impliziert, ist offenkundig. In den revisionistischen Texten geht es schließlich um die Stärkung oder Wiederbelebung der USA als Nation in Abgrenzung gegen Japan. Die USA und Japan werden dabei nicht territorial, sondern kulturell-

¹⁵⁸ Johnson/ Tyson/ Zysman (1989), Tyson (1992)

¹⁵⁹ Choate (1990)

¹⁶⁰ vgl. Campbell (1991). Gegen diesen Vorwurf verwahrten sich die Autoren der Viererbande ausdrücklich in ihrem Aufsatz vom Juli 1990 in der US News & World Report.

¹⁶¹ Judis (1990, 1992), vgl. auch Johnsons Hinweis auf die Aufdeckung der "mutual understanding industry" durch Hall und Judis (Johnson 1995: 85, 334/FN 43).

¹⁶² Bhagwati (1996: 269, FN 8)

¹⁶³ Hummel/Wehrhöfer (1996)

national bestimmt. Tochterunternehmen japanischer Firmen in den USA gehören zu "Japan", nicht zu den "USA", entsprechend US-Firmen in Japan zu den USA und nicht zu Japan.

Die revisionistischen Autoren befürworten grundsätzlich eine merkantilistische, auf das eigene nationale (Wirtschafts)Interesse ausgerichtete Politik. Sie lehnen liberale Vorstellungen einer abstrakten, von Nationen unabhängigen oder einer entgrenzten, globalisierten Ökonomie mit gleichen Spielregeln¹⁶⁴ für alle ab. Entsprechend seiner merkantilistischen Prämissen fordert der Revisionismus eine diskriminierende Wirtschaftspolitik: die US-Unternehmen sollen gefördert, die japanische Konkurrenz durch Strafzölle, Wirtschaftssanktionen oder Quoten benachteiligt oder zumindest eingedämmt werden.

Der Wirtschaftsnationalismus im revisionistischen Diskurs äußert sich auch darin, daß eine patriotische Gesinnung der Politiker, Unternehmer und Intellektuellen eingefordert wird. Bezahlte Lobbytätigkeit für japanische Geldgeber erscheint als zwar legales, aber ethisch verwerfliches, da unpatriotisches Verhalten.¹⁶⁵ Der pluralistische Einwand, Lobbying von Interessengruppen sei in der US-Politik allgemein weit verbreitet und nicht japanspezifisch, verkennt das revisionistische Argument. Das Lobbying für Japan steht in der Logik des Revisionismus nämlich nicht auf derselben Stufe wie das inneramerikanische Lobbying von US-Lobbyisten für US-Interessengruppen. Auch hier zeigt sich die Diskriminierung nach "ingroup" und "outgroup" als Bestandteil des revisionistischen Diskurses.

Die Abgrenzung der "Ingroup" USA und der "Outgroup" Japan bezieht sich im revisionistischen Diskurs durchaus auf objektiv feststellbare Merkmale. Wie bereits an anderer Stelle ausgeführt wurde, begründen allerdings nicht diese Merkmale an sich die "Ingroup", sondern die Revisionisten definieren diese Charakteristika als Ausdruck des Wesens der USA, geben diesen Merkmalen erst ihre Bedeutung.¹⁶⁶ Die Grenzziehung und Gruppenformation im Japan-Revisionismus erfolgt auf der Basis praktisch unveränderlicher Merkmale, indem Japan als vom Westen grundsätzlich und nicht nur partiell, oberflächlich oder zeitweilig verschieden dargestellt wird. Japan sei keine westliche Demokratie und keine Marktwirtschaft im westlichen Sinn. Es wird von seinem Wesen her als nicht-westlich angesehen, sei es in der Variante der Japan-AG, des bürokratischen Entwicklungsstaats à la Chalmers Johnson mit konsensualen politischen Entscheidungsprozessen innerhalb eng vernetzter politischer, bürokratischer und ökonomischer Eliten, oder sei es als im Grunde immer noch feudalistisch strukturiertes System ohne klares Zentrum, wie van Wolferen meint. Ein grundsätzlicher Wandel der japanischen Gesellschaft bzw. eine allmähliche Konvergenz der japanischen und der US-Gesellschaftsentwicklung etwa im modernisierungstheoretischen Sinne wird von den Revisionisten praktisch ausgeschlossen.

Miyoshi verweist auf den essentialistischen Charakter des Japan Bashing-Diskurses und deutet ihn damit ebenfalls ethnisch in der hier verwendeten Bedeutung:

"In fact, one remarkable feature of the current bashing, on both sides, is a surprisingly tenacious essentialist current. A society, and a culture are all identified and defined as a pure abstract that is sterilized from any interaction with other elements and forces in history. No

¹⁶⁴ Im US-Diskurs wird dafür häufig der Ausdruck "level playing field", ebenes Spielfeld, das heißt gleiche Spielchancen für alle Spielparteien, verwendet.

¹⁶⁵ vgl. besonders Choate (1990)

¹⁶⁶ vgl. Hummel/Wehrhöfer (1996:20)

speculation on how the idea of a nation or culture has been constructed ever bothers the mind of a combatant. Japan is; the Japanese are."¹⁶⁷

Wichtig ist allerdings, daß sich der revisionistische Diskurs nicht in erster Linie an den kulturellen Merkmalen der japanischen Gesellschaft abarbeitet. Die in Japan und unter Japanologen verbreitete Debatte über das Wesen der japanischen Kultur und Gesellschaft, das sogenannte Nihonjinron, steht bei den Revisionisten nicht im Vordergrund. Vielmehr bezieht sich der revisionistische Diskurs in erster Linie auf das politisch-ökonomische System. Japan gilt als grundsätzlich anderer politisch-ökonomischer Systemtyp, ähnlich wie die Sowjetunion während des Kalten Krieges; der Handelskonflikt zwischen den USA und Japan wird als Systemkonflikt gedeutet. Diese Argumentation ist Teil eines allgemeineren Diskurses über verschiedene, konflikthaft aufeinandertreffende Kapitalismus-Typen.¹⁶⁸

Der Japan-Revisionismus in den USA weist außerdem Parallelen zu Huntingtons These vom "Clash of Civilizations" auf.¹⁶⁹ Darauf deutet insbesondere die Neigung revisionistischer Autoren hin, den "Westen" und "Japan" bzw. "Ostasien" gegenüberzustellen, ähnlich wie es Huntington mit seinen "civilizations" tut. Alternative geopolitische Identitäten wie der Rekurs auf die alten "Achsenmächte" Japan und Deutschland, die den Alliierten gegenüberstehen, oder die Dichotomie zwischen angloamerikanischem Liberalismus und kontinentaleuropäisch-japanischem Merkantilismus konnten sich dagegen nicht durchsetzen.¹⁷⁰ An der Konstruktion geopolitischer, großkultureller Identitäten sind führende Revisionisten jedenfalls aktiv beteiligt. Den Westen als Zusammenführung von Westeuropa und Nordamerika strebt Clyde Prestowitz an, wenn er für die Gründung einer "Trans Atlantic Free Trade Area" plädiert.¹⁷¹ An der Konstruktion Ostasiens als Gegenpart des Westens versucht sich James Fallows in seinem Buch "Looking at the Sun. The Rise of the New East Asian Economic and Political System".¹⁷²

3.4 Öffentlichkeit und Japan-Revisionismus in den USA

Welcher Einfluß dem Japan-Revisionismus auf den politischen Diskurs der Eliten und der politischen Öffentlichkeit in den USA zukommt, soll nun anhand unterschiedlicher Indizien untersucht werden. Herangezogen werden dazu Meinungsumfragen, Analysen zur Presseberichterstattung, die Erfahrungen mit Wahlkämpfen und die Einbindung in meinungsbildende think tanks.

¹⁶⁷ Miyoshi (1991:72)

¹⁶⁸ vgl. zum Beispiel: Albert (1992), Thurow (1992), Hodges/ Woolcock (1993), Peterson (1994).

¹⁶⁹ Huntington (1993)

¹⁷⁰ Für die Achsen-Konstellation vgl. Garten (1989, 1992), Bergner (1991), Buruma (1991); eine friedfertige Variante dieser Konstellation entwickelte Maull (1990). Für die Gegenüberstellung von Anglo- vs. Rheinkapitalismus vgl. Albert (1992) und Hodges/Woolcock (1993). Dieses Denken ist durchaus auch in Industriekreisen anzutreffen. Otte/Grimes (1990:132) berichten beispielsweise, daß der Geschäftsführer der U.S. Semiconductor Industry Association, W. Corrigan, das White Paper des MITI zur Technologie "in Gegenwart der beiden Verfasser als das japanische Äquivalent von 'Mein Kampf'" bezeichnet habe.

¹⁷¹ Prestowitz/Chimerine/Szamoszegi (1996)

¹⁷² Fallows (1994); im Gegensatz zu ihm unterscheidet aber Huntington (1993, 1996b) die japanische und die sinisch-konfuzianische "civilization".

Meinungsumfragen zufolge schätzte die US-amerikanische Öffentlichkeit Japan noch bis Mitte der 1980er Jahre sehr positiv ein. Das belegt eine Untersuchung der Soziologen Verna, Alston und Vedlitz anhand von Umfragedaten in den USA zur Einschätzung Japans aus den Jahren 1974 bis 1985.¹⁷³ Die Daten zeigen eine relativ stabile positive Bewertung Japans in der US-amerikanischen Öffentlichkeit. Die statistische Auswertung der Daten mit Hilfe der Regressionsanalyse belege nach Ansicht der Autoren, daß die Einstellung zu Japan umso negativer ausfalle, je höher das Alter, je geringer der Bildungsstand und je niedriger das Familieneinkommen sei.

Der Meinungsumschwung in den USA setzte bereits kurz nach dem Auftauchen des revisionistischen Diskurses ein. 1987 bezeichneten in einer in den USA durchgeführten Gallup-Umfrage 67% der Befragten die japanischen Handelspraktiken als unfair und nur 25 % nannten sie fair. In entsprechenden Umfragen in Europa betrug das Verhältnis dagegen 30% zu 47% und in Kanada 11% zu 72%.¹⁷⁴ Höhere Handelsschranken befürworteten im Mai 1987 in einer Washington Post/ABC-Umfrage 65% der Befragten; im Jahr 1985 waren erst 49% dafür. Immerhin nannten im selben Monat noch 77% der Befragten die Beziehungen zu Japan insgesamt "freundlich".¹⁷⁵

Ende der 1980er Jahre scheint sich die anti-japanische Stimmung stabilisiert zu haben. Hodges schreibt:

"Protectionist and anti-Japanese sentiment in Congress has receded slightly from its peak four years ago, but remains a potent factor which the Democratic majority may seek to exploit in the 1990 mid-term elections. Certainly the Japanese have cause to be concerned by the trends indicated by recent opinion polls, such as the Washington Post-ABC News poll in which 54 per cent of the US sample said that Japan was now the world's strongest economic power and eight out of ten favoured limits on Japanese investments in American companies."¹⁷⁶

Mit dem Verblässen des Ost-West-Konflikts zeigt sich Japan in Meinungsumfragen zunehmend als Bedrohung für die USA. So berichtete Business Week am 7.8.89 im Artikel "Rethinking Japan", daß 68% der befragten US-Amerikaner die wirtschaftliche Bedrohung durch Japan für eine größere Gefahr für die USA hielten als die militärische Bedrohung durch die Sowjetunion.¹⁷⁷ Business Week berichtet im April 1991 in einem Artikel zum Golfkrieg, 72% der befragten US-Amerikaner betrachteten Japan als Bedrohung für die USA.¹⁷⁸

Auch das Argument, der japanische Handel sei unfair, hat Eingang in die öffentliche Meinung gefunden. Eine Anfang 1992 für Time und CNN durchgeführte Meinungsumfrage ergab, daß nur 35 % der US-Amerikaner glaubten, Japan fühle sich dem "fair play" verpflichtet.¹⁷⁹ 1993 äußerten in einer von der New York Times, CBS News und Tokyo Broadcasting gemeinsam in Auftrag gegebenen Umfrage zur "Fairness" in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und Japan 45 % der befragten US-Amerikaner, japanische Firmen konkurrierten auf unfaire Weise mit

173 Verna/Alston/ Vedlitz (1988)

174 The Gallup Poll 1987. Wilmington/Del: Scholarly Resources, 1988, zitiert nach Otte/Grimes (1993).

175 zitiert nach Packard (1987:353)

176 Hodges (1990: 67), Verweis auf The Economist (1989)25 Feb., 42

177 Hodges (1990: 47 und FN 5)

178 Business Week (1991) 1 Apr.

179 Time (1992)10 Feb., 31; zitiert nach Benjamin/Yager (1993)

US-amerikanischen Unternehmen. Dies war der höchste derartige Wert seit Beginn dieser Umfragen im Jahr 1985.¹⁸⁰

Ó Tuathail schränkt allerdings die Aussagekraft dieser Umfrageergebnisse ein:

"Polls such as these can be misleading. Most USA-Japan attitude surveys also show that substantial majorities in both states express 'friendly feelings' towards each other. American fears about a perceived inability to compete with Japan and Japanese perceptions of America as a declining power, however, are becoming more evident."¹⁸¹

Eine Inhaltsanalyse der größeren Zeitungen in den USA und Japan in einer RAND-Studie von Benjamin et al (1991) ergab folgendes: "The frequency with which the terms fairness and unfairness have been used in articles citing the other nation and economic issues has grown rapidly over the recent decade. Numerous commentators have suggested that the bilateral deficit is the primary problem, and the frequency of the fairness references increases and decreases according to the size of this deficit."¹⁸²

Zwei andere Studien widersprechen diesem Befund der RAND-Untersuchung. Portier¹⁸³ meint, in ihrer Studie der Japan-Berichterstattung der großen US-Tageszeitungen für den Zeitraum Dezember 1991 bis April 1992 zeigen zu können, daß zwar das Japan Bashing Eingang in die US-Presse gefunden habe, aber weitgehend losgelöst von der realen Regierungspolitik und der realen Entwicklung des bilateralen Handelsdefizits hauptsächlich der Profilierung von Politikern und Intellektuellen sowie der symbolischen Politik der Regierung diene.¹⁸⁴ Die Presse selbst bleibe pluralistisch und vermeide einen einseitigen Revisionismus. Sie halte sich weiter an die Grundlinien der US-Außenpolitik, nämlich das Bekenntnis zum Freihandel und zu einem partnerschaftlichen Verhältnis mit Japan.¹⁸⁵ Eine weitere Untersuchung der US-Presseberichterstattung im Zeitraum 1989/1990 zum Handelskonflikt mit Japan wurde von Budner/Krauss (1995) vorgelegt.¹⁸⁶ Sie kommt zum gleichen Schluß, daß die großen US Tageszeitungen jedenfalls nicht dem Japan Bashing verfallen sind, sondern eine im großen und ganzen pluralistische und faire Berichterstattung über Japan pflegen. Die beiden zitierten Studien relativieren den Befund der RAND-Studie erheblich und lassen Zweifel am unterstellten großen Einfluß revisionistischen Denkens in den US-Tageszeitungen aufkommen.

Einen weiteren Indikator geben nationale Wahlkämpfe ab. Im Zusammenhang mit den anstehenden Präsidentschafts- und Kongreßwahlen wurden revisionistische Argumente gegenüber Japan erst Mitte der 1980er Jahre relevant. Die protektionistischen Forderungen im Kongreß wurden 1984 noch durch die Reagan-Administration entschärft. 1987 profilierte sich der Bewerber um die demokratische Präsidentschaftskandidatur, der demokratische Senator Richard Gephardt, vor allem durch protektionistische Forderungen gegenüber Japan. Er mußte aber nach schlechten Vorwahlergebnissen 1988 seine Kandidatur wieder aufgeben.

¹⁸⁰ New York Times, 6 July 1993: A1, zitiert nach Benjamin/Yager (1993)

¹⁸¹ Ó Tuathail (1993, 204: endnote 1), Weisman (1991)

¹⁸² Benjamin/Yager (1993:2), Benjamin et al (1991:18-23)

¹⁸³ Portier (1993)

¹⁸⁴ Portier (1993:366f)

¹⁸⁵ Portier (1993:367ff)

¹⁸⁶ Budner/ Krauss (1995)

Bei den Präsidentschaftswahlen 1992 konnte sich Bill Clinton gegen Senator Bob Kerry und seinen protektionistisch geprägten Wahlkampf durchsetzen. Auch der rechtskonservative unabhängige Kandidat Ross Perot erzielte mit seinem protektionistisch orientierten Wahlkampf lediglich einen Achtungserfolg.¹⁸⁷ Otte/Grimes führen die bis dahin ungewohnte demonstrative Vertretung US-amerikanischer Konzerninteressen durch US Präsident Bush beim Staatsbesuch in Japan im Jahr 1992 auf schlechte Umfrageergebnisse im Präsidentschaftswahlkampf zurück.¹⁸⁸ Aber auch dieser Schwenk konnte bezeichnenderweise Bushs Niederlage nicht verhindern. Otte/Grimes halten es insgesamt für erstaunlich, daß "angesichts der angespannten Atmosphäre ... bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen protektionistische Kandidaten und Argumente keine größere Rolle spielten." Sowohl George Bush als auch Bill Clinton hätten sich sehr vorsichtig zu Japan geäußert.¹⁸⁹

Immerhin berief Präsident Clinton einige bekannte Revisionisten auf führende Positionen seiner Administration. Clyde Prestowitz diente der Clinton-Regierung in der Frühphase als außenwirtschaftspolitischer Berater.¹⁹⁰ Der neue stellvertretende Finanzminister, der Ökonom Lawrence Summer, war durch seine revisionistischen Ansichten gegenüber Japan aufgefallen. Die bereits erwähnte Laura D'Andrea Tyson erhielt den Vorsitz des Council on Economic Advisors, einer Art Nationalem Sicherheitsrat für die Konzeption und Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Regierung.¹⁹¹

1966 ließ sich Pat Choate vom abermals kandidierenden unabhängigen Präsidentschaftskandidaten Ross Perot als Vizepräsidentenskandidat aufstellen. Perot blieb aber erneut chancenlos. Bei den republikanischen Präsidentschaftsvorwahlen 1996 schließlich erregte der als Japan-Basher bekannte Pat Buchanan kurzfristig Aufsehen, als er sich in einigen Bundesstaaten gegen Bob Dole durchsetzen konnte. Aber letztlich besiegte Dole Buchanan deutlich. Walker meint dazu:

"Internally, the threat from the new coalition against free trade appears to be manageable. The important feature of the Buchanan primary campaign was that it failed. It was stopped in its tracks in South Carolina, where the anti-free traders of the textile mills were swamped by the voters who work for foreigners in the new BMW, Michelin, and Fuji plants."¹⁹²

Die Bedeutung des revisionistischen Denkens für den außenpolitischen Meinungsbildungsprozeß in den USA läßt sich auch am Einfluß der Revisionisten auf die meinungsbildenden außenpolitischen think tanks in den USA erkennen. Eine ausführliche inhaltliche Auswertung der Publikationen dieser think tanks bezüglich revisionistischer Einflüsse ist im Rahmen dieser Untersuchung nicht zu leisten. Als Indikator für den Einfluß des Revisionismus könnte aber dienen, inwiefern prominente revisionistische Autoren selbst im Rahmen dieser think tanks¹⁹³ publiziert haben. Solche publizistischen Vernetzungen zwischen identifizierten Japan-Bashern und zentralen think tanks existieren. Sie können - ohne Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen - in folgenden Fällen

187 Walker (1996)

188 Otte/Grimes (1993:121)

189 Otte/Grimes (1993:122)

190 Bhagwati (1996)

191 Bhagwati (1996: 263); vgl. auch Johnson (1995:51ff)

192 Walker (1996:18)

193 Zur Identifikation der meinungsbildenden think tanks vergleiche Moore/ Whitt (1992), darin insbesondere die Studie von Burris.

nachgewiesen werden: Pat Choate publizierte 1993 für die Heritage Foundation,¹⁹⁴ Chalmers Johnson bereits 1978 für das American Enterprise Institute¹⁹⁵. Edward Lincoln, ein Schüler Chalmers Johnsons, veröffentlicht laufend für die Brookings Institution.¹⁹⁶ Laura D'Andrea Tyson war 1986 an einem MIT-Sammelband¹⁹⁷ beteiligt und veröffentlichte ihr Buch "Who's Bashing Whom" 1992 im Institute for International Economics. In der vom Carnegie Endowment for International Peace herausgegebene Zeitschrift Foreign Policy schrieben 1987 Tyson sowie 1990 und 1992 Prestowitz.¹⁹⁸ Clyde Prestowitz publizierte 1990 ebenfalls für das American Enterprise Institute. Er leitet außerdem selbst einen think tank, das von einer Reihe von US-Firmen und US-Gewerkschaften u.a. aus der US-Automobilindustrie mitfinanzierte Economic Strategy Institute.¹⁹⁹ Darüber hinaus veröffentlichte "Foreign Affairs", die Hauszeitschrift des Council on Foreign Relations, mehrere Artikel von Chalmers Johnson und Karel van Wolferen.²⁰⁰

Bereits diese Hinweise belegen, daß die Japan-Basher Eingang in die publizistische Tätigkeit etablierter think tanks gefunden haben. Dies ist ein weiteres Indiz für die Vermutung ihres Einflusses auf die politische Meinungsbildung. Welche Rolle das aber für die Frage ihrer möglichen Hegemonie im politischen Diskurs spielt, hängt von der Stellung der think tanks selbst ab. Ó Tuathail macht in seiner Untersuchung des "Japan Bashing" generell darauf aufmerksam, daß in der politischen Praxis die Unterschiede zwischen geoökonomischem und liberalem Diskurs verschwimmen. Diese Interpretation wird für die think tanks empirisch eindrucksvoll bestätigt durch verschiedene Beiträge im von Moore/Whitt (1992) herausgegebenen Sammelband. Burris faßt dort seine empirische Untersuchung folgendermaßen zusammen:

"Ultraconservative groups like the American Enterprise Institute, the Heritage Foundation, and the Hoover Institution, form an identifiable clique within the policy-planning network, but they do not constitute a completely separate and competing elite. Neither can the ascendancy of these ultraconservative groups be viewed as the displacement of one elite by another. On the contrary, the peak of their political influence correspond to the high point of their integration with the traditional policy-planning establishment."²⁰¹

Bemerkenswert und ein Beleg für die eben zitierte These ist der zu Beginn der Clinton-Administration durchgeführte Versuch des Aspen-Instituts, zu einem Ausgleich zwischen Japan-Bashern und Revisionismuskritikern zu kommen. Eine überparteiliche "Aspen Strategy Group" mit 29 Personen aus Wissenschaft, Regierung und Wirtschaft²⁰² veröffentlichte 1993 einen Sammelband mit dem Titel "Harness the Rising Sun: An American Strategy for Managing Japan's Rise as a Global Power."²⁰³ Die Projektgruppe brachte sowohl führende Japan-Basher wie Clyde Prestowitz, als auch führende Revisionismuskritiker wie C. Fred Bergsten zusammen und bezog auch japanische Autoren wie z.B. Seizaburô Satô ein.

194 Amsden et al. (1993)

195 Johnson (1978)

196 z.B. Lincoln (1988, 1990, 1992, 1993)

197 Borrus/Tyson/Zysman (1986)

198 Thurow/Tyson (1987), Harrison/Prestowitz (1990), Prestowitz (1992)

199 vgl. dazu Otte/ Grimes (1993:133), Dryden (1995:366)

200 Näheres im nächsten Kapitel.

201 Burris (1992:131)

202 Dam et al (1993:29)

203 Nye/Rowe (1993)

Die Aspen-Studie²⁰⁴ betont, daß die Beziehungen zwischen den USA und Japan derzeit zwar nicht grundsätzlich gefährdet, aber angesichts des Endes des Kalten Kriegs, des gewachsenen Einflusses Japans und des mit verschärfter wirtschaftlicher Konkurrenz verbundenen Strukturwandels auf eine neue Basis gestellt werden müßten. "Politische und psychologische Anpassungen" seien erforderlich, um zu verhindern, daß die andere Seite in der öffentlichen Meinung nicht jeweils zum "Sündenbock" für Anpassungsprobleme gemacht würde. Solche Anpassungsprobleme rührten vom verschärften wirtschaftlichen Wettbewerb her, nachdem die sowjetische Bedrohung als Begründung gemeinsamer strategischer Interessen weggefallen sei. Gefährlich sei zudem die "gaiatsu"-Praxis japanischer Eliten, politische Maßnahmen durch auswärtigen Druck zu rechtfertigen, denn dies könnte dem japanischen Nationalismus Auftrieb geben und damit kontraproduktiv werden. Verhindert werden müßten sowohl Handelskriege oder abgeschottete Handelsblöcke, die die bilateralen Gesamtbeziehungen gefährdeten, als auch die sicherheitsgefährdende Destabilisierung Ostasiens durch einen militärischen Rückzug der USA oder ein regionales Wettrüsten. Die Aspen-Studie empfiehlt zur Lösung dieser Probleme, institutionelle Mechanismen zum Management der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu suchen, weiteren Protektionismus zu verhindern, den regionalen Sicherheitsmechanismus durch eine Aufwertung von ASEAN zu unterstützen und Japan eine größere Rolle in internationalen und regionalen Organisationen zu geben.

Auch die zitierte Aspen-Studie zeigt, daß die politische Wirkung revisionistischen Denkens an Kompromißbildung gekoppelt ist. Die Einbindung der Revisionisten in die think tanks kann also unter diesen Bedingungen eine Hegemonie im politischen Diskurs nicht belegen.

Somit ist zwar der Einfluß des Japan-Revisionismus auf die öffentliche Meinung belegbar. Unklar bleibt aber die relative Bedeutung des revisionistischen Diskurses für die Meinungsbildung der politischen Elite in den USA. Auch Chalmers Johnson ist sich in dieser Frage unschlüssig:

"In retrospect, I believe that the work of the revisionists - the books and articles by Karel van Wolferen, Glenn Fukushima, James Fallows, Pat Choate, Marie Anchorduguy, Michael Crichton, Clyde Prestowitz, and me, among others - was important in accelerating a shift in U.S. attention to the Pacific. But the long-range success of this effort, particularly at the American official level, remains in doubt."²⁰⁵

Die anschließende Untersuchung soll anhand der Veröffentlichungen in der Zeitschrift "Foreign Affairs" dieser Frage weiter nachgehen.

204 Dam et al. (1993)

205 Johnson (1995:102)

4. "Foreign Affairs" - Fallstudie zum Einfluß des revisionistischen Diskurses auf die Meinungsbildung der politischen Eliten

Die Zeitschrift "Foreign Affairs" eignet sich sehr gut, um einen Einblick in die Meinungsbildung der politischen Elite der USA zu erhalten. Sie wird seit 1922 vom traditionsreichen Council on Foreign Relations, einem in New York beheimateten Think Tank herausgegeben und gilt als eine der auflagenstärksten und einflußreichsten politischen Zeitschriften der USA. "Foreign Affairs" versteht sich als überparteilich und bemüht sich, die Meinungsbildung der politischen Elite in den USA in ihrer ganzen Breite zu erfassen. In Foreign Affairs schreiben nicht nur Wissenschaftler, sondern auch führende Politiker, Diplomaten, Geschäftsleute und Journalisten aus den USA und dem Ausland. Foreign Affairs publizierte so bahnbrechende Beiträge wie George Kennans Forderung, die Sowjetunion einzudämmen, das Plädoyer von US-Präsident Richard Nixon für freundschaftliche Beziehungen zur Volksrepublik China oder den Artikel von Samuel Huntington über den bevorstehenden "Clash of Civilizations" nach dem Ende des Kalten Kriegs.²⁰⁶

Die Fallstudie zum Einfluß des revisionistischen Diskurses auf die außenpolitische Meinungsbildung der politischen Eliten in den USA bezieht sich auf die zwischen 1980 und 1996 erschienenen Ausgaben der Zeitschrift Foreign Affairs. Der Zeitraum wurde auf der Grundlage der historischen Rekonstruktion des Handelskonflikts und des Japan-Revisionismus in den beiden vorigen Kapiteln festgelegt. Er erscheint hinreichend lang, um die Anfänge, die Entwicklung und die aktuelle Relevanz des revisionistischen Diskurses berücksichtigen zu können. Foreign Affairs erschien 1980 bis 1993 mit fünf und 1994 bis 1996 mit sechs Heften pro Jahr. Daß die Heftzahl pro Jahr und der Seitenumfang erweitert wurden, weist auf eine Belebung der außenpolitischen Debatte in den USA hin. Wegen der schwankenden Heftzahl wurden für die nachfolgende quantitative Auswertung der Artikel nach bestimmten Rubriken prozentuale Anteile statt absoluter Zahlen verwendet. Auch die Art der Numerierung und der Beginn der Jahrgänge wechselten innerhalb des Untersuchungszeitraums mehrfach, weshalb sich die Auswertung auf Kalenderjahre und nicht auf die Jahrgangsnummern stützt. Berücksichtigt wurden alle zwischen 1980 und 1996 in Foreign Affairs erschienenen Artikel und Essays außer Leserbriefen, kurzen Buchrezensionen und Kurzkommentaren. Es handelt sich für den Untersuchungszeitraum um insgesamt 936 Texte.

In einem ersten Schritt soll der Diskussionsverlauf in Foreign Affairs bezüglich des Handelskonflikts der USA mit Japan rekonstruiert werden. In einem zweiten Schritt werden querschnittsartig einzelne inhaltliche Punkte auf der Basis des gesamten einschlägigen Textbestandes analysiert.

Ein erster grober Eindruck über die Bedeutung des Handelskonflikts mit Japan für den in der Foreign Affairs abgebildeten außenpolitischen Elitendiskurs in den USA läßt sich gewinnen, wenn die Artikel nach ihren inhaltlichen und regionalen Schwerpunkten katalogisiert werden. Die Artikel wurden dazu jeweils einer von vier thematischen Kategorien zugeordnet: Wirtschaft, Sicherheit, Kultur (einschließlich Ethnizität), Politik/Zeitgeschichte (v.a. Länderstudien, allgemeine außenpolitische Fragen, Internationale Organisationen). Erhoben wurden in einem zusätzlichen Schritt alle Artikel mit dem regionalen Schwerpunkt "Asien", das heißt Ostasien und Südostasien sowie alle japanbezogenen Artikel innerhalb dieses Regionalschwerpunkts.

²⁰⁶ Aus der Selbstdarstellung der "Foreign Affairs" im World Wide Web unter <http://www.foreignaffairs.org> .

Die Abbildungen 4 bis 6 dokumentieren das Ergebnis dieser Auswertung. Fast in jedem Jahr fällt wenigstens die Hälfte der Artikel in die Kategorien Politik und Zeitgeschichte. Durchschnittlich ein Fünftel der Artikel behandelt sicherheitspolitische Themen, ein weiteres Fünftel wirtschaftliche Themen. Der Anteil der Artikel aus der Kategorie Politik/Zeitgeschichte nimmt über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg tendenziell ab, der Anteil der Kategorie Wirtschaft tendenziell zu.

Der Anteil der sicherheitspolitischen Artikel schwankt zwar recht deutlich von Jahr zu Jahr, weist aber über den gesamten Untersuchungszeitraum betrachtet eine gleichbleibende Tendenz auf. Das Ende des Kalten Krieges und damit der Bedeutungsverlust der nuklearen Abschreckung, der Rüstungskontrollpolitik und der Ost-West-Stellvertreterkriege ließe eigentlich eine abnehmende Relevanz sicherheitspolitischer Fragen in der außenpolitischen Diskussion der Eliten erwarten. Bei näherer Betrachtung der behandelten Themen zeigt sich jedoch, daß dafür nun Regionalkonflikte und die Interventionsproblematik die sicherheitspolitische Debatte beleben.

Beiträge aus der Kategorie "Kultur" machen in allen Jahren außer 1993 deutlich weniger als 10 % der Beiträge aus. Eine Ausnahme ist das Jahr 1993, als Samuel Huntingtons Aufsatz "Clash of Civilizations" eine lebhafte Debatte auslöste, die zu dem ungewöhnlich hohen Anteil der Kategorie "Kultur" führte.

Hauptsächlich mit Japan haben sich im Untersuchungszeitraum nur 30 Artikel befaßt, im Jahresdurchschnitt also weniger als 5 % aller Artikel. Allerdings zeigt sich sowohl beim Anteil der Japanartikel als auch noch deutlicher bei dem aller Asienartikel eine deutlich steigende Tendenz. Einen einmaligen, ungewöhnlich hohen Wert erreichte der Anteil der Asien- bzw. Japanartikel im Jahr 1991. Hintergrund dafür war die Debatte über eine Neuordnung der Beziehungen der USA zu Asien angesichts des Endes des Kalten Krieges, eine Debatte, die durch den 50.Gedenktag an den japanischen Überfall auf Pearl Harbor und den Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg besonders stimuliert wurde.

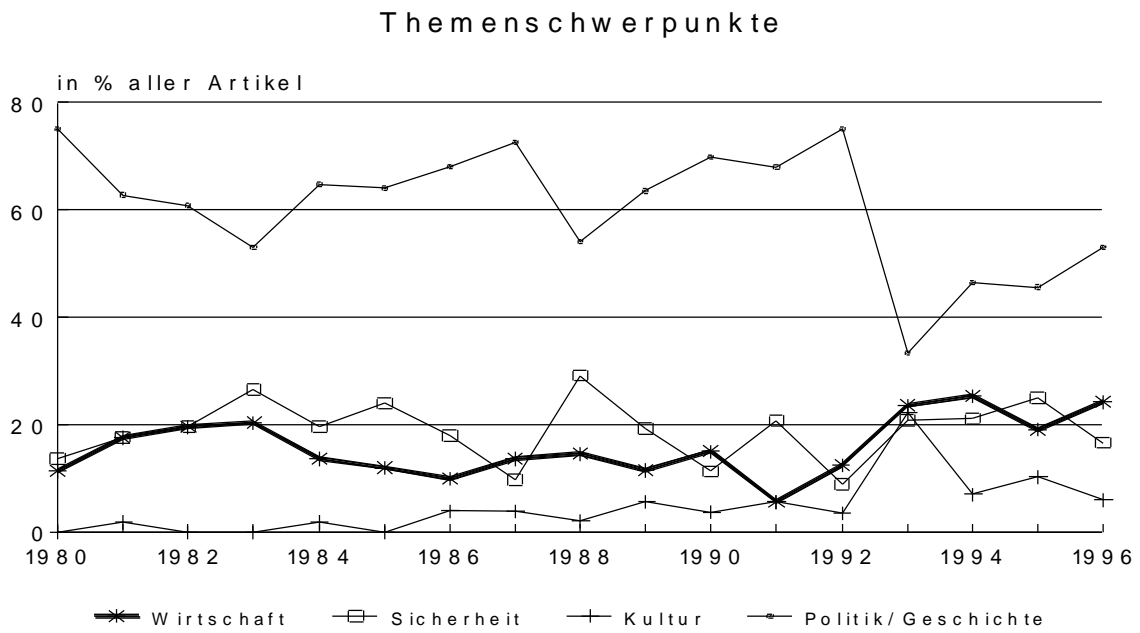
Die geringe Zahl der Artikel mit Schwerpunkt Japan deutet zunächst nicht auf eine besonders große, lediglich zeitweise bedeutsame potentielle Relevanz des Japan-Revisionismus für die außenpolitische Debatte in den USA hin. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß nur eine sehr grobe Klassifizierung der Beiträge vorgenommen wurde. Die nachfolgende inhaltliche Analyse der Beiträge in Foreign Affairs zeigt, daß eine Auseinandersetzung mit dem Japan-Revisionismus nicht nur in japanspezifischen Artikeln, sondern durchaus auch im Rahmen allgemeiner wirtschaftspolitischer, kultureller oder auf die gesamte Region Asien-Pazifik bezogener Artikel stattfindet.

Abbildung 4: Inhaltliche und regionale Schwerpunkte der in "Foreign Affairs" von 1980 bis 1996 erschienenen Artikel

Jahr	Zahl der Artikel	Wirtschaft	Sicherheit	Kultur	Politik, Zeitgeschichte	Japan	sonstige Region "Asien"
1980	44	5	6	-	33	-	4
1981	51	9	9	1	32	1	4
1982	51	10	10	-	31	2	2
1983	49	10	13	-	26	1	3
1984	51	7	10	1	33	-	3
1985	50	6	12	-	32	-	5
1986	50	5	9	2	34	2	5
1987	51	7	5	2	37	2	5
1988	48	7	14	1	26	-	3
1989	52	6	10	3	33	2	2
1990	53	8	6	2	37	3	4
1991	53	3	11	3	36	6	8
1992	56	7	5	2	42	1	3
1993	72	17	15	16	24	2	6
1994	71	18	18	5	33	2	9
1995	68	13	13	7	31	5	6
1996	66	16	11	4	35	1	5
alle	936	153	178	49	556	30	77

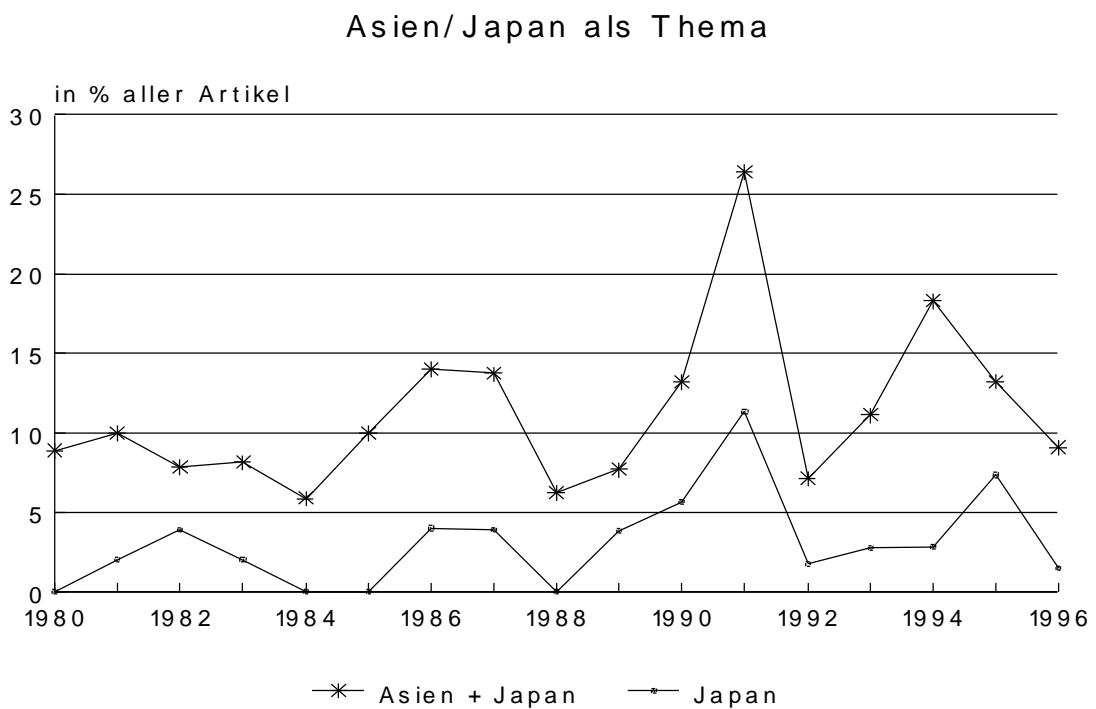
Quelle: eigene Erhebung

Abbildung 5: Themenschwerpunkte in "Foreign Affairs" 1980-1996



0

Abbildung 6: Länderschwerpunkte in "Foreign Affairs" 1980-1996



In den ersten beiden Jahren des Untersuchungszeitraums wird Japan in Foreign Affairs kaum thematisiert. Die Diskussion wird vielmehr bestimmt durch die zunehmenden Spannungen im Ost-West- sowie im Nord-Süd-Verhältnis (zweite Ölkrise). Gerald Curtis diskutiert das Verhältnis USA-Japan in einem Beitrag über "Japanese Security Policies and the United States" in diesem Rahmen. Zwar existiere in Japan ein neues Selbstbewußtsein, nicht nur wegen der wirtschaftlichen Stärke, sondern auch wegen der Stärke der ökonomischen, sozialen und politischen Institutionen in Japan. Dieses neue Selbstbewußtsein werde aber nicht zu einer Abkehr Japans vom Bündnis mit den USA führen. Das Bündnis werde von der japanischen politischen Elite wie auch von der japanischen Öffentlichkeit klar unterstützt. Gefahren für das bilaterale Verhältnis sieht Curtis vielmehr in den USA lauern: "Public hectoring and heavy-handed pressure tactics cannot form the basis for a strong alliance."²⁰⁷

An diesem Punkt setzt C. Fred Bergsten mit seinem Artikel "What to Do About the U.S.-Japanese Economic Conflict" ein. Die amerikanische oder europäische Kritik an Japan mit "rassistischen Obertönen" gefährde bereits die Sicherheitspartnerschaft. Die Ursache des Wirtschaftskonflikts zwischen den USA und Japan sieht Bergsten entgegen anderslautender Begründungen in der Hochzins- und Währungspolitik der Reagan-Regierung. Japan erweise sich jedenfalls in einer differenzierten Betrachtung seiner spezifischen ökonomischen und sozialen Bedingungen als normaler Handelspartner und habe sich in früheren Verhandlungen immer kooperativ gezeigt.²⁰⁸

Zwei Ausgaben später schlägt der Präsident der Japan Society and frühere Vizepräsident des Council on Foreign Relations, David MacEachron, aber schon andere Töne an. In "The United States and Japan: The Bilateral Potential" betont er die kulturellen Unterschiede zwischen Japan und den USA, - "these two nations, so drastically different"²⁰⁹ - als wesentlichen Grund des bilateralen Wirtschaftskonflikts: "The obstacles to Japanese-American cooperation are deeply embedded in the history and social structure of each nation."²¹⁰ Er verweist dabei auch auf die Rolle der japanischen Bürokratie zur Stützung der japanischen Unternehmen. Dieses Argument rezipiert er allerdings nicht direkt von der im selben Jahr erschienenen MITI-Studie von Chalmers Johnson, sondern bezieht sich auf Klagen von US Firmen über die Stärkung ihrer japanischen Konkurrenten durch MITI und japanisches Finanzministerium.²¹¹ Aber schließlich meint auch MacEachron, daß die gemeinsamen Sicherheitsinteressen nicht vernachlässigt werden dürften und fordert daher von US-Regierung und US-Eliten, sich u.a. durch die Schaffung eines Pools von Japan-Experten um mehr Verständnis für Japan zu bemühen.

Die Verschärfung des bilateralen Handelskonflikts 1982/83, als die protektionistischen Stimmen im Kongreß lauter wurden und sich die Reagan-Administration in immer mehr Branchen um VER für japanische Exporte in die USA bemühte, hinterließ auch in der Diskussion in Foreign Affairs ihre Spuren. Auf einer allgemeinen Ebene meldet beispielsweise Robert Reich mit "Beyond Free Trade"²¹² Zweifel an der offiziellen Freihandelsrhetorik an und fordert die Berücksichtigung der Interessen der Beschäftigten in betroffenen Branchen. Zysman/Cohen machen sich über "Open

207 Curtis (1981:873)

208 Bergsten (1982:1060)

209 MacEachron (1982:400)

210 MacEachron (1982:408)

211 MacEachron (1982:409)

212 Reich (1983)

Trade and Competitive Industry"²¹³ Sorgen. Die Grundregeln der Weltwirtschaft werden wieder zur Debatte gestellt.²¹⁴ Edson W. Spencer warnt in "Japan: Stimulus or Scapegoat?"²¹⁵ anlässlich des High-Tech-Wettbewerbs zwischen US-amerikanischen, westeuropäischen und japanischen Firmen davor, Japan als Erfolgsmodell zu verherrlichen oder zum Feind zu stempeln. Vielmehr solle sich die aufgeregte Diskussion in den USA beruhigen. Zwar besitze Japan durchaus Wettbewerbsstärken; er nennt neben anderen Faktoren hier auch kulturelle Merkmale und die Unterstützung durch Finanzministerium und MITI. Doch im Grunde entspanne sich die Krise für die US-amerikanischen Unternehmen durch Aufwertung und Liberalisierung des Yen sowie den gesellschaftlichen Wandel in Japan hin zu mehr Konsum bereits. Das institutionelle Netz zur Lösung bilateraler Konflikte und die Möglichkeiten der US-Handelsgesetzgebung seien jedenfalls ausreichend, um mit den bilateralen Konflikten umzugehen. Ein protektionistischer Wettlauf wie in den 1930er Jahren müsse auf jeden Fall gebannt werden. Interessant an diesem Aufsatz ist, daß der Verfasser den Handelskonflikt nicht mehr mit der Sicherheitsallianz zwischen den USA und Japan verknüpft.

Die Diskussion in Foreign Affairs beruhigt sich in den nächsten beiden Jahren wieder, jedenfalls was Japan betrifft. Protektionistische Forderungen werden überwiegend kritisiert.²¹⁶ Die sicherheitspolitische Komponente tritt wieder mehr in den Vordergrund, wenn auch nicht direkt auf Japan, sondern allgemein auf Ostasien bezogen.²¹⁷ An dieser Diskussion beteiligt sich mit Chalmers Johnson erstmals einer der zentralen Revisionisten.²¹⁸ Ab 1986 steht die Diskussion in Foreign Affairs jedoch wieder unter dem Eindruck des sich verschärfenden Handelskonflikts.

Alan D. Romberg beschäftigt sich in einem Kapitel seines Aufsatzes "New Stirrings in Asia"²¹⁹ ausführlich mit den Friktionen zwischen Japan und den USA. Die Ursache für den Handelskonflikt scheint ihm weniger in den - vergleichsweise niedrigen - Handelsbarrieren Japans oder der Einseitigkeit und mangelnden Fairness der japanischen Wirtschaftspolitik zu liegen, sondern in erster Linie im Haushaltsdefizit der US-Regierung. Romberg stellt den Handelskonflikt als primär inneramerikanisches Problem dar, das die allgemeinen außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen beiden Ländern kaum beeinträchtigt. Er konstatiert die Emotionalisierung des Konflikts in den USA, die Verhärtung der Ansichten in der öffentlichen Meinung und die Instrumentalisierung des Konflikts zu Wahlkampfzwecken bei den anstehenden Kongreßwahlen. Dabei kritisiert Romberg die "Pearl Harbor-Rhetorik"²²⁰, womit er offensichtlich auf den Aufsatz von White: "The Danger from Japan" von 1985 anspielt. In Kapitel 2 wurde bereits darauf hingewiesen, daß dieser Aufsatz von Theodore White allgemein als Startschuß für das Japan Bashing gilt. Richard Holbrooke hält in "East Asia: The Next Challenge"²²¹ den Protektionismus in den USA ebenfalls für innenpolitisch motiviert, warnt aber anders als Romberg davor, daß er den

213 Zysman/Cohen (1983)

214 Muldoon (1983), Diebold (1983)

215 Spencer (1983)

216 Burns (1984), Brock (1984), Garten (1985), Feldstein (1985)

217 Zagoria (1984), Oka (1985)

218 Johnson (1984)

219 Romberg (1986)

220 Romberg (1986:520)

221 Holbrooke (1986)

Demokratisierungsprozeß in Ostasien und die US-Orientierung der ostasiatischen Länder gefährden könne.

Der Japan-Revisionismus deutet sich bereits im Aufsatz des Harvard-Professors Ezra Vogel unter dem Titel "Pax Nipponica"²²² an. Er verweist dort auf die grundsätzliche Andersartigkeit der japanischen politischen Ökonomie im Vergleich zu den USA. Japan könne eher mit früheren Handelsstaaten wie Venedig oder den Niederlanden verglichen werden. Die Ursachen des japanischen Wirtschaftserfolgs lägen tief in der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur Japans begründet und seien daher nicht kurzfristig durch makroökonomische Maßnahmen zu beheben. Die japanische Regierung sei zudem fest einer neomerkantilistischen Politik verpflichtet, die er nicht als unfair,²²³ sondern als rational und erfolgreich bezeichnet. Vogel unterscheidet sich von den Japan-Revisionisten nicht durch diese Analyse, sondern eigentlich nur durch seine positive Bewertung Japans. Wie die Revisionisten wendet er sich gegen einen dogmatischen Liberalismus, der staatliche Eingriffe in Wirtschaft und Außenhandel ablehnt. Freihandel und Merkantilismus existierten seiner Ansicht nach nie in Reinform, sondern immer in einem Mischungsverhältnis.²²⁴ Da die USA gegenwärtig an Konkurrenzfähigkeit verloren hätten und diese erst durch aktive Bildungs-, Forschungs- und Industriepolitik wiedergewinnen müßten, komme es in der Zwischenzeit zu einer japanischen wirtschaftlichen Vorherrschaft, einer "Pax Nipponica". Als Welthandelsregime schlägt er für diese (Übergangs-)Zeit ein umfassendes System von Kartellen und VER vor.²²⁵

Zwei Ausgaben später, ebenfalls 1986, publiziert *Foreign Affairs* den bereits ausführlich vorgestellten Aufsatz von Karel van Wolferen über "The Japan Problem",²²⁶ einen der meistzitierten revisionistischen Texte. Van Wolferen betont drastischer als Vogel die strukturellen Unterschiede zwischen der japanischen und der US-amerikanischen politischen Ökonomie und stellt Japan vor allem als unheimlich und bedrohlich dar. In seinen Schlußfolgerungen unterscheidet sich van Wolferen aber nicht so sehr von Vogel: er fordert mit starken Worten eine handelspolitische Sonderbehandlung Japans²²⁷, meint damit aber wie Vogel ein System international vereinbarter Kartelle und Exportregulierungen.²²⁸

Der Einfluß revisionistischen Denkens hält in den folgenden Ausgaben an, obwohl auch Beiträge liberaler Ökonomen erscheinen, die weiter auf die inneramerikanischen Ursachen der US-Wirtschaftskrise hinweisen.²²⁹ Peter F. Drucker bezeichnet in seinem Aufsatz "Japan's Choices" den Handel Japans mit den USA als "gegnerisch" und als Hauptursache des Handelskonflikts: "The export surplus [of Japan, HH] is created by adversarial trade."²³⁰ Druckers Begriff des "adversarial trade" wurde von den Revisionisten gerne aufgegriffen. Der Aufsatz selbst enthält ansonsten nicht viel Spannendes. Drucker beschreibt die Rationalität und den Erfolg der merkantilistischen

222 Vogel (1986)

223 Vogel (1986:761)

224 Vogel (1986:766)

225 Vogel (1986:767)

226 van Wolferen (1986)

227 Van Wolferen (1986:302)

228 Van Wolferen spricht von "cartelization" (van Wolferen 1986:303)

229 Bergsten (1987), Feldstein (1987)

230 Drucker (1987:928)

Wirtschaftsstrategie Japans, die weitere Nachahmer unter den Schwellenländern gefunden habe. Diese Strategie sei aber durch ihren eigenen Erfolg bedroht, denn sie basiere auf dem Aufholen eines Nachzüglers, das mit dem Anschluß Japans an die ökonomische Weltspitze beendet sei. Der anstehende ökonomische Wandel bedrohe nun die auf Wirtschaftsnationalismus gegründete kulturelle Identität Japans. Die japanische Wirtschaft reagiere auf diese Herausforderung aber im Grunde nur defensiv und provoziere die Gefahr eines Rückfalls in den Ultrationalismus der 1930er Jahre.

Der Ende 1987 veröffentlichte Beitrag von George R. Packard: "The Coming U.S.-Japan Crisis" weist das revisionistische Denken heftig zurück und beendet für eine Weile das Liebäugeln von Foreign Affairs mit den Revisionisten. Packard nimmt den Toshiba-Skandal zum Anlaß, mit dem Japan-Revisionismus abzurechnen. Die Aussonderung Japans für die Kritik, die kollektive Schuldzuweisung an Japan und die Überreaktion des US-Parlaments einschließlich der Hammer schläge auf den Toshiba-Radiorekorder, hätten Japan traumatisiert und gegen die USA aufgebracht. Die Ignoranz der US-Eliten, ihr latenter Rassismus gegenüber Japan und die Instrumentalisierung des Handelskonflikts zu Wahlkampfzwecken hätten das Japan Bashing ermutigt. Die US-Medien hätten diese kritischere und emotionalere Sichtweise der US-Eliten gegenüber Japan in der US-amerikanischen Öffentlichkeit popularisiert und dem Japan Bashing eine völlig neue Respektabilität verschafft: "'Japan bashing' took on a new kind of respectability."²³¹ Packard verweist hier ausdrücklich auf den Aufsatz von Theodore White in der New York Times (1985) und den Beitrag von Karel van Wolferen in Foreign Affairs (1986). Angesichts der wirtschaftlichen Interdependenz zwischen den USA und Japan sei die Japan Bashing-Rhetorik unsinnig²³² und schwäche die Position internationalistisch orientierter und reformwilliger Politiker in Japan wie Nakasone und Maekawa.²³³ Damit widerspricht Packard insbesondere van Wolferen, der Japan eine reformfähige politische Spitze abspricht. Packard erwähnt auch, daß die US Elite gerade nach der Krise um den Bau des Kampfflugzeugs FSX das Militärbündnis zwischen den USA und Japan größtenteils aus dem Handelskonflikt ausklammere. Auch mit seinen politischen Forderungen stellt sich Packard gegen den revisionistischen Diskurs. Er fordert nicht die Distanzierung von Japan, sondern eine Wiederannäherung durch die Einrichtung einer ständigen bilateralen Kommission prominenter Berater und die Entwicklung eines Plans für eine Freihandelszone zwischen den USA und Japan.

Nach dem Aufsatz von Packard erscheint mehr als ein Jahr lang kein spezieller Beitrag zu Japan mehr in der Foreign Affairs. Der langjährige US-Botschafter in Tokyo, Mike Mansfield, setzt erst 1989 die Diskussion mit dem Aufsatz "The U.S. and Japan: Sharing Our Destinies"²³⁴ fort. Mit einer später häufig zitierten Formulierung nennt er das Bündnis zwischen den USA und Japan die wichtigste Beziehung weltweit: "the U.S.-Japanese partnership - the most important relationship in the world, bar none".²³⁵ Die überragende Bedeutung der bilateralen Beziehung beruhe auf beiderseitigem Nutzen, der großen Interdependenz und der Tatsache, daß es sich um zwei große Demokratien handle. Der fundamentale Wert des Bündnisses werde aber überschattet vom Handelskonflikt, einer "seemingly endless series of disputes over market access and unfair trade

231 Packard (1987:352)

232 Packard (1987:353)

233 Packard (1987:359)

234 Mansfield (1989)

235 Mansfield (1989:15)

practices" in Medien und bilateralen Verhandlungen.²³⁶ Wie Packard erwähnt Mansfield das Zertrümmern des Toshiba-Radiorekorders vor dem Kapitol als besonders schädliche symbolische Handlung für die bilateralen Beziehungen. Mansfield setzt jedoch auf das dichte Netz von Austauschbeziehungen zwischen beiden Ländern und den bereits in Gang befindlichen wirtschaftlichen Wandel in Japan und den USA.

Mit dem sich abzeichnenden Ende des Ost-West-Konflikts kurze Zeit später schlägt Jeffrey Garten aber wieder andere Töne an. In "Japan and Germany: American Concerns"²³⁷ setzt er sich mit den wiedererwachenden Ängsten vor einer neuen Achse Deutschland-Japan gegen die USA auseinander. Er sieht Japan und Deutschland als Bedrohung für den Lebensstandard in den USA an und verweist auf soziokulturell bedingte Handelsbarrieren in beiden Ländern, wobei ihm auffällt, daß nur Japan dafür kritisiert wird, nicht jedoch Deutschland.²³⁸ Letztlich hält er ein deutsch-japanisches Bündnis gegen die USA aber für unwahrscheinlich²³⁹ und fordert vor allem wirtschaftspolitische Reformen in den USA, um der Bedrohung des Lebensstandards zu begegnen.

Der Kampf um die Vorherrschaft in der Weltwirtschaft bestimmt auch nach Ansicht von Shafiqul Islam, Wissenschaftler am Council on Foreign Relations, die internationalen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges und führt zu einem Gefühl der Unsicherheit unter den US Eliten. In seinem Aufsatz "Capitalism in Conflict" setzt er die Auseinandersetzung in Foreign Affairs mit dem revisionistischen Denken wieder fort. Er bezieht sich auf den kurz vorher erschienenen Beitrag "Containing Japan" von James Fallows und den bereits vorher in Foreign Affairs veröffentlichten Aufsatz "The Japan Problem" von Karel van Wolferen.²⁴⁰ Islam weist die revisionistischen Argumente inhaltlich zurück. Die Kräfte des Weltmarkts und die Interdependenz machten national-ökonomisches Denken obsolet. Die behauptete Unwirksamkeit makroökonomischer Politik durch die Revisionisten stimme nicht. Die Furcht vor einem Ausverkauf der USA durch japanische Investoren sei unbegründet, da völlig übertrieben. Islam geht es aber weniger um eine wirtschaftspolitische, sondern mehr um eine ideologiekritische Analyse. Islam warnt davor, daß die sichtbar werdende Fremdenfeindlichkeit und der übersteigerte Nationalismus²⁴¹ bereits politikrelevant würden; Islam nennt die Behandlung des Außenhandels, der ausländischen Investitionen, des militärischen "burden sharing" und des internationalen Schulden- und Finanzmanagements. Dieser schärfer werdende Konflikt zwischen den USA und Japan beruhe aber hauptsächlich auf dem Versagen der politischen Elite in den USA. Ein unilateraler Merkantilismus - "aggressive reciprocity" und "managed trade" - gewänne an intellektuellem Einfluß in den USA:

"These policies are gaining ground in the United States among academic economists, liberal think tank analysts and prominent statesmen, thus giving Congress the intellectual ammunition it needs to push the administration further down the pernicious path of protectionism."²⁴²

Islam begreift den Revisionismus damit implizit als gefährliches Abweichen der politischen Eliten der USA vom bisherigen Internationalismus und Liberalismus.

236 Mansfield (1989:3)

237 Garten (1989)

238 Garten (1989:89)

239 Garten (1989:96)

240 Islam (1990:172, 177, 182)

241 Islam (1990:172, 173) verwendet die Ausdrücke "xenophobia" und "jingoism".

242 Islam (1990:177)

Im selben Heft der Foreign Affairs argumentiert Robert Scalapino mit "Asia and the United States: The Challenges Ahead" im Grunde ähnlich wie Islam, wenn auch weniger alarmistisch. Er bedauert zwar die Emotionalisierung des Handelskonflikts zwischen den USA und Japan auf beiden Seiten²⁴³ und die Einbeziehung der Sicherheitspolitik in den Handelskonflikt durch Halbleiterabkommen und FSX-Kontroverse. Kulturelle Argumente würden von beiden Seiten auch gerne als Rechtfertigung für protektionistische Forderungen herangezogen. Für die Emotionalisierung des Handelskonflikts auf japanischer Seite nennt er hier als Beispiel das Buch von Shintaro Ishihara: "The Japan that Can Say No". Dennoch relativiert Scalapino diese Tendenzen. In Demokratien sei ein gewisses Maß an protektionistischen Forderungen unvermeidlich. Etwas Nationalismus belebe sowohl in Asien als auch in den USA die ökonomische Vitalität. Auch in Asien zeige die Krise des Sozialismus, daß es eine tragfähige Alternative zur Marktwirtschaft nicht gebe. Und die hohe Interdependenz zwischen den USA und Japan werde dazu führen, daß sich der Protektionismus letztlich nicht durchsetze.

Scalapino betont in seinem Aufsatz auch, daß Japan nicht zu einer unabhängigen Militärmacht werde.²⁴⁴ Iklé und Nakanishi halten in ihrem Beitrag die Sicherheitsallianz zwischen Japan und den USA auch unter den veränderten internationalen Bedingungen für unverzichtbar, wenn auch eine neue Strategie und Legitimation gefunden werden müsse.²⁴⁵ Sicherheitspolitisch hält auch Hanns Maull Japan für ungefährlich. Die Befürchtungen in den USA gegenüber Japan und Deutschland gründeten auf altem geopolitischem Denken, das in Zeiten komplexer Interdependenz obsolet geworden sei. Japan und Deutschland seien bereits in den "Club" des Westens²⁴⁶ integriert.

Der führende liberale Ökonomieprofessor C. Fred Bergsten fürchtet in "The World Economy after the Cold War" allerdings, daß nach dem Ende des Kalten Krieges mit dem Wegfall der gemeinsamen Sicherheitsinteressen, "the removal of the 'security blanket'",²⁴⁷ eine Eskalation von Handelskriegen drohe. Ähnlich wie Islam konstatiert er den Einfluß revisionistischen Denkens:

"In America, many who consider themselves internationalists - including many mainstream economists - have come to agree that Japan is 'different' and should be treated differently."²⁴⁸

Dem setzt Bergsten entgegen, daß sich ein innerer Wandel in Japan bereits vollziehe und in Wirklichkeit nicht Länder einander gegenüberständen, sondern jeweils innerhalb der Länder liberale und protektionistische Kräfte.²⁴⁹ Bergsten warnt vor einer trilateralen Gleichgewichtspolitik zwischen den drei großen Wirtschaftsregionen und vor einem Ausbrechen eines protektionistischen Wettrüstens:

"In the United States, there is a widespread view that conflict among the Big Three would evolve into an alliance between America and Europe against Japan. Japan would be viewed as an outlier on both trade and investment issues, and thus a target for the other industrial,

243 Scalapino (1990)

244 Scalapino (1990:106)

245 Iklé/Nakanishi (1990)

246 Maull (1990:104)

247 Bergsten (1990:98)

248 Bergsten (1990:99)

249 Bergsten (1990:100, 103)

and perhaps many developing countries. Racial overtones would be widely perceived even if unintended."²⁵⁰

Die Lösung könne nur eine gemeinsame, trilaterale Führerschaft der USA, Japans und Europas sein. Es gehe daher vor allem darum, den institutionellen Rahmen dafür aufzubauen.

Daß das revisionistische Denken wieder an Bedeutung gewonnen hat, belegt auch der Aufsatz von Miles Kahler. In "The International Political Economy" beschreibt er den wirtschaftlichen Aufstieg Japans als eine von vier grundsätzlichen Veränderungen der Weltwirtschaft. Dieser Aufstieg werde begleitet von der Infragestellung liberaler Ordnungsvorstellungen und Konvergenzerwartungen durch revisionistisches Denken.²⁵¹ Er nennt dabei ausdrücklich die "Gang of Four" und ihren "Godfather" Chalmers Johnson.²⁵²

In Foreign Affairs wird nun nicht nur die wachsende Rezeption revisionistischen Denkens festgestellt, sondern mit Karel van Wolferen kommt wieder ein führender Revisionist selbst zu Wort. In "The Japan Problem Revisited"²⁵³ fordert er erneut, die Andersartigkeit Japans zur Kenntnis zu nehmen. Auf einen Wandel Japans zu hoffen oder ihn gar durch Maßnahmen wie SII stimulieren zu wollen, sei verkehrt. Es habe auch keinen Sinn, sich auf einen Propagandakrieg mit Japan einzulassen. Dies führe nur zu "America bashing" in Japan, wie das Buch von Ishihara "The Japan that Can Say No" zeige. Vielmehr solle die US-Regierung eine konsistente eigene Politik gegenüber Japan jenseits der Marktmechanismen entwickeln und gleichzeitig durch symbolische Maßnahmen wie einen ständigen Sitz für Japan in der UNO den japanischen Nationalismus eindämmen. Van Wolferen entwirft am Schluß seines Beitrags das Szenario einer neuen Weltordnung aus drei teilweise exklusiven Handelsblöcken - "three partially exclusive trading blocs"²⁵⁴. Strategisch müsse sich dabei die USA um eine Bündnis mit der EU gegen Japan bemühen. In diesem Argument taucht wieder die Idee der Einheit des Westens -Nordamerikas und Westeuropas - gegen das nichtwestliche Japan auf.

Das Jahr 1990 erscheint als Höhepunkt des revisionistischen Einflusses auf den Diskurs der US-Elite, soweit er sich in Foreign Affairs abbildet. In den Folgejahren veröffentlicht die Zeitschrift nur noch Aufsätze, in denen der Handelskonflikt am Rande abgehandelt wird und durchweg revisionismuskritische Autoren zu Wort kommen. So fordert Gordon, die USA solle den positiven Trend in ganz Asien ermuntern und das durch den Handelskonflikt beschädigte Bündnis zu Japan, den Eckpfeiler für die Stabilität in Asien, durch Freihandelsabkommen "heilen".²⁵⁵

Der 50. Jahrestag des japanischen Angriffs auf Pearl Harbor führte zu einer lebhaften Debatte in der US-amerikanischen Öffentlichkeit und schlägt sich auch in der Foreign Affairs nieder, die ihre Winterausgabe 1991 schwerpunktmäßig Japan widmet. Mit dem Abdruck historischer Dokumente bemüht sich die Zeitschrift aber ganz offensichtlich, die Diskussion zu versachlichen. Pearl Harbor wird nicht als heimtückische Attacke der Japaner, sondern als machtpolitische Auseinandersetzung im Pazifik dargestellt. Das Gedenken an den Krieg wird ergänzt durch mehrere Artikel, die sich mit der Konsolidierung der zukünftigen Beziehungen zwischen Japan und den USA beschäftigen.

250 Bergsten (1990:103)

251 Kahler (1990:140f, 149)

252 Kahler (1990:141, Fußnote 4)

253 van Wolferen (1990b)

254 van Wolferen (1990b:54)

255 Gordon (1991:157f)

James Baker, US-Außenminister in der Bush-Administration, entwirft beispielsweise eine neue Architektur" für die "pazifische Gemeinschaft", die er auf die APEC und die Sicherheitsallianz zwischen den USA und Japan gründet. Sowohl die USA als auch Japan seien Demokratien und Marktwirtschaften, und beide sollten eine globale Partnerschaft schließen, wofür allerdings der Handelskonflikt eingedämmt werden müsse.²⁵⁶ Auch Scalapino bezeichnet die Beziehung zwischen den USA und Japan als grundsätzlich gesund und von überragender Bedeutung. Allerdings müßten sich beide um eine ökonomische und kulturelle Annäherung bemühen.²⁵⁷ Richard Holbrooke beklagt die atmosphärische Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und Japan; er nennt dabei Karel van Wolferen und Shintaro Ishihara. Diese Mißstimmung dürfe die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern aber nicht beeinträchtigen. Er schlägt eine arbeitsteilige weltpolitische Führung der USA und Japans vor, in der die USA für politische und militärische, Japan für wirtschaftliche Aspekte hauptverantwortlich sein sollen. Durch diese Koppelung will er auch ein einseitiges japanisches Vormachtstreben in der Wirtschaft verhindern.²⁵⁸

Schließlich kommt mit Yoichi Funabashi auch ein angesehener japanischer Journalist zu Wort. Er schreibt in "Japan and the New World Order",²⁵⁹ daß spätestens der Golfkrieg gezeigt habe, daß eine Reform der japanischen Außenpolitik unumgänglich geworden sei. Zur Disposition ständen die bisherigen Kernelemente des bilateralen Verhältnisses, nämlich das gegen die sowjetische Bedrohung gerichtete Bündnis, die merkantilistische Wirtschaftspolitik Japans und der außenpolitische Druck der USA auf Japan ("gaiatsu"), vor allem in Form einer aggressiven Handelspolitik. Funabashi betrachtet einen exklusiven asiatischen Regionalismus als falsch. Für Japan angemessener sei die Rolle einer "global civilian power"²⁶⁰ und ein "supportive leadership" mit den USA.²⁶¹ Generell plädiert Funabashi für eine ökonomische Liberalisierung auf allen Ebenen, in Japan, zwischen Japan und den USA, in der APEC und zwischen allen Industrieländern. Foreign Affairs präsentiert mit dieser quasi authentischen Stimme Japan nicht als Bedrohung, sondern als positive Zukunftschance für die USA.

Der Staatsbesuch von Präsident Bush in Japan im Januar 1992 wird in zwei Beiträgen angesprochen. Stephen Bosworth nennt Bushs Einsatz für die Partikularinteressen von US-Automobilkonzernen falsch und schädlich für die bilateralen Beziehungen. Zwar sei die Ansicht weit verbreitet, daß Japan eine geschlossene Gesellschaft sei und sich kulturell wesentlich vom US-amerikanischen Wirtschaftssystem unterscheide.²⁶² Für die USA sei aber das Bündnis mit Japan von entscheidender Bedeutung für die eigene zukünftige Position in Asien.²⁶³ Außerdem werde Japan zum Sündenbock für eigene Wirtschaftsprobleme gemacht. Notwendig sei ein offener bilateraler Dialog und eine weitsichtige politische Führung in beiden Ländern. Bosworth sieht das Problem im Grunde im unfähigen Politikmanagement auf beiden Seiten.

256 Baker (1991)

257 Scalapino (1991)

258 Holbrooke (1991)

259 Funabashi (1991)

260 Funabashi (1991:65)

261 Funabashi (1991:67)

262 Bosworth (1992:125)

263 Bosworth (1992:123)

Howard Baker und Ellen Frost schreiben in "Rescuing the U.S.-Japan Alliance", daß die im Bush-Besuch deutlich gewordene Verschlechterung des bilateralen Verhältnisses sich schon lange vorher aufgebaut habe. Trotz realer kultureller Unterschiede zwischen beiden Ländern gebe es keine vernünftige Alternative zum bilateralen Bündnis, zumal andernfalls ein Aufschaukeln des Protektionismus, eine regionalistische Abschottung und eine Wiederbelebung des Nationalismus drohe. Der kulturelle Konflikt drücke außerdem eher die jeweiligen internen Probleme der beiden Gesellschaften aus, nämlich die Rückbesinnung auf die gesellschaftlichen Werte in den USA und die Kritik an einer schwachen politischen Führung in Japan. Die beiden Autoren plädieren für eine trilaterale Kooperation zwischen den USA, Japan und Europa und für Koalitionen zwischen internationalistischen Kräften in den USA und in Japan.

Mit dem Wechsel zur demokratischen Clinton-Administration ändert sich der handelspolitische Diskurs in der Foreign Affairs kaum. Robert Oxnam entwirft in "Asia/Pacific Challenges" eine Asienpolitik für die neue Administration: die US Militärpräsenz solle erhalten bleiben, eine aktive multilaterale Handelspolitik protektionistisches Lobbying eindämmen und die persönliche Diplomatie Präsident Clintons das Japan Bashing überwinden.²⁶⁴ Peter Cowhey und Jonathan Aronson setzen sich für "A New Trade Order" ein.²⁶⁵ Die beiden Autoren fordern eine aktive Staatsintervention zur Durchsetzung fairer Marktbedingungen und ein weltweites "market access regime", begründen dies aber nicht mehr mit der Andersartigkeit Japans, sondern mit dem Strukturwandel der Weltwirtschaft, insbesondere mit der Bedeutung transnationaler Konzerne. John Ikenberry möchte die G-7 aufgewertet sehen²⁶⁶ und Jagdish Bhagwati warnt die Clinton-Regierung vor einer protektionistischen Regionalisierung.²⁶⁷

Ein Disput entwickelt sich über die Frage nach einem Wandel der japanischen Gesellschaft. Peter Drucker konstatiert das Ende der Japan AG in "The End of Japan, Inc.?"²⁶⁸ Die Grundlagen der merkantilistischen Wirtschaftsstrategie Japans seien weggefallen und Japan in wirtschaftlichem Wandel begriffen. Die politische Führungskrise in Japan sei nur ein Symptom dieses Wandels, denn die Politik habe es noch nicht geschafft, auf die Veränderungen angemessen zu reagieren. Die USA sollten daher ihr Japan Bashing aufgeben. Karel van Wolferen beharrt dagegen in "Japan's Non-Revolution"²⁶⁹ trotz des sich abzeichnenden Regierungswechsels in Japan auf seiner These, daß Japan von der Bürokratie beherrscht werde. Die Bürokratie könne als Institution einen Wandel in Japan nicht bewerkstelligen, selbst wenn einzelne Politiker oder Bürokraten durchaus von der Notwendigkeit von Reformen überzeugt seien. Van Wolferen warnt vor einer fehllaufenden Anhäufung von Produktionskapazitäten in Japan ohne Rücksicht auf die Profitabilität, was irgendwann zu einer Weltwirtschaftskrise führen müsse. Nur unkonventioneller Druck von außen könne diesen ökonomischen Amoklauf stoppen und Japan zur Reform zwingen.

In dieser Zeit wird in Foreign Affairs die Kritik an protektionistischen Politikkonzepten immer lauter, z.B. in Paul Krugmans Abrechnung mit dem Konzept der nationalen Wettbewerbsfähig-

264 Oxnam (1993)

265 Cowhey/Aronson (1993)

266 Ikenberry (1993)

267 Bhagwati (1993)

268 Drucker (1993)

269 van Wolferen (1993)

keit.²⁷⁰ In diesem Beitrag listet Krugman als Vertreter von "managed trade" und "geoeconomics" unter anderem Clyde Prestowitz mit seinem Buch "Trading Places" und Laura Tyson mit ihrer Arbeit "Who's Bashing Whom" auf, also zwei zentrale Vertreter des Japan-Revisionismus.²⁷¹ Weitere Beiträge in Foreign Affairs betonen die Notwendigkeit der transpazifischen und weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit.²⁷² Die Unterstützung von Roger Altman für eine aggressive Marktöffnungspolitik der Clinton-Regierung gegenüber Japan²⁷³ wird noch im selben Heft von Jagdish Bhagwati zurückgewiesen: Japan bestehe nicht mehr aus fremdartigen, den USA feindlich gesonnenen Samurai-Soldaten.²⁷⁴

Samuel Huntingtons Aufsatz "The Clash of Civilizations?"²⁷⁵ löst in Foreign Affairs zur gleichen Zeit eine nachhaltige Debatte über das konflikthafte Aufeinandertreffen von Kulturkreisen aus. Japan wird dabei von Huntington als eigener Kulturkreis begriffen, der weder Teil des Westens, noch Teil der chinesischen Großkultur sei. Damit läßt er immerhin die Möglichkeit offen, Japan als Brücke zwischen dem Westen und Asien zu definieren.²⁷⁶ Diese Differenzierung zwischen Japan und "Asien" geht in einigen Folgebeiträgen allerdings wieder verloren.²⁷⁷ In zwei Beiträgen japanischer Autoren wird die These Huntingtons unter Hinweis auf den Wandel in Asien in Frage gestellt²⁷⁸. Andere Autoren betonen die transpazifische Gemeinschaft.²⁷⁹ Huntingtons These führt aber auch zu einer stärkeren Beschäftigung mit dem Konzept des "Westens", den Kupchan als zukünftigen transatlantischen Binnenmarkt und transatlantische Sicherheitsgemeinschaft verstanden wissen will.²⁸⁰ Huntington selbst fühlt sich in seinem Artikel "The West: Unique, Not Universal"²⁸¹ selbst bemüßigt, den Westen zu definieren. Er geht von einem kulturellen Kern Europas wie auch anderer Großkulturen aus, der durch die überall stattfindenden Modernisierungsprozesse nicht angetastet werde. Bezogen auf Japan impliziert dieses Argument, daß es müßig ist, nach einem Wandel der japanischen Gesellschaft zu fragen, denn trotz Modernisierung bleibt der kulturelle Kern "Japans" ja nach Huntington unberührt.

1995/96 wiederholt sich das bekannte Schema, revisionistische Argumente im Zusammenhang mit aktuellen Handelskonflikten zu beleben. Im zeitlichen Zusammenhang mit dem Automobilkonflikt

²⁷⁰ Krugman (1994), vgl. auch Gartens Plädoyer für multilaterale Handelspolitik (Garten 1995) und Bergstens Warnung vor verstärktem handelspolitischem Regionalismus (Bergsten 1996).

²⁷¹ Krugman (1994:29, Fußnote 1)

²⁷² vgl. Gibney (1993), Drucker (1994), Hormats (1994), Bergsten (1994)

²⁷³ Altman (1994)

²⁷⁴ Bhagwati (1994)

²⁷⁵ Huntington (1993)

²⁷⁶ In einer als ganzseitige Anzeige in der Nikkei Weekly (3.7.1995:11) veröffentlichten Diskussion mit dem Vorstandsvorsitzenden des japanischen Konzerns Olympus betont Huntington ausdrücklich, daß er Japan sowohl als vom Westen als auch vom chinesisch-konfuzianischen Raum verschiedene "civilization" verstehe. Während er China im Verbund mit den Auslandschinesen in Südostasien als Zentrum eines asiatischen Blocks erwartet, könnte Japan als Brücke - oder als Pufferzone - zwischen dem Westen und Asien fungieren.

²⁷⁷ zum Beispiel in dem Beitrag eines prominenten Vertreters des "Asianismus" in Japan, Eisuke Sakakibara (1995)

²⁷⁸ vgl. Funabashi (1993), Yamazaki (1996)

²⁷⁹ Manning/Stern (1994), Mahbubani (1995)

²⁸⁰ Kupchan (1996)

²⁸¹ Huntington (1996a)

im Frühjahr 1995 bezeichnet Eamonn Fingleton in "Japan's Invisible Leviathan"²⁸² das japanische Finanzministerium als Zentrum des japanischen Merkantilismus und modifiziert dabei die von Chalmers Johnson am MITI entwickelte revisionistische These. Dem entgegen steht die Hoffnung auf die Reformer in Japan, die Edward Desmond in seinem Aufsatz "Ichiro Ozawa: Reformer at Bay" ausdrückt.²⁸³ Nach dem Abklingen des aktuellen Konflikts kommen wieder Autoren zu Wort, die merkantilistische und protektionistische Tendenzen der USA gegenüber Japan ablehnen.²⁸⁴ Interessanterweise findet eine Auseinandersetzung mit dem fünfzigsten Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki nur beiläufig statt, ganz im Gegensatz zur lebhaften Debatte anlässlich des vier Jahre vorher begangenen fünfzigsten Jahrestags von Pearl Harbor. Der einzige Artikel dazu von Barton Bernstein unter dem Titel "The Atomic Bombings Reconsidered"²⁸⁵ stellt kürzlich freigegebene Dokumente vor, die eine Kapitulationsbereitschaft Japans bereits vor dem Abwurf der beiden Atombomben nahelegen. Mit der Wahl dieses Artikels unterstützen die Herausgeber der Foreign Affairs erneut eine eher japanfreundliche Geschichtsschreibung. Auch die Debatte über die sicherheitspolitische Bedeutung Japans für die USA wiederholt sich. Chalmers Johnson und E.B. Keehn fordern den Rückzug der US-Truppen aus Ostasien²⁸⁶, während sich der im US-Außenministerium für die Sicherheitspolitik im Pazifik federführende Joseph S. Nye vehement für eine fortdauernde Militärpräsenz der USA einsetzt,²⁸⁷ und gleichzeitig der prominente Außen- und Sicherheitspolitiker James Schlesinger den wachsenden Isolationismus im US Kongreß beklagt.²⁸⁸

Die Analyse des Diskurses in Foreign Affairs belegt, daß revisionistisches Denken im außenpolitischen Diskurs der US-Eliten relevant wurde. Die Kenntnis der Haupttexte und Hauptautoren des Revisionismus ermöglicht auch die Entdeckung weniger offensichtlicher revisionistischer Argumente. Bemerkenswert ist, daß alle identifizierten zentralen Texte des revisionistischen Diskurses in der Foreign Affairs explizit oder implizit rezipiert wurden. Besondere Prominenz erhielt der Japan-Revisionismus in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre und Anfang der 1990er Jahre, jeweils in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit einer aktuellen Zuspitzung des Handelskonflikts. Mit Karel van Wolferen und - wenn auch nur mit sicherheitspolitischen Artikeln - mit Chalmers Johnson kamen zwei führende Revisionisten in Foreign Affairs selbst zu Wort. Daß sich die Zeitschrift Foreign Affairs mit revisionistischen Argumenten und Autoren auseinandersetzt, trägt dazu bei, dem Japan-Revisionismus Aufmerksamkeit und Anerkennung innerhalb der politischen Eliten in den USA zu verschaffen.

Der revisionistische Diskurs bleibt allerdings nicht unwidersprochen. Die Auseinandersetzung mit revisionistischen Argumenten wird in der Regel begleitet von Warnungen vor einem zu großen politischen Einfluß des Revisionismus. Die revisionistischen Beiträge bleiben somit eingebettet in einen Diskurskontext, in dem die Hegemonie des internationalistischen und liberalen Paradigmas innerhalb der außenpolitischen Elite der USA deutlich wird. Revisionistische Beiträge stammen außerdem überwiegend von Journalisten, teilweise von Wissenschaftlern, nie jedoch von prominenten Politikern. Die Präsenz des Japan-Revisionismus in der Foreign Affairs steht zudem in allen

282 Fingleton (1995)

283 Desmond (1995)

284 Schweizer (1995), Levinson (1996)

285 Bernstein (1995)

286 Johnson/Keehn (1995)

287 Nye (1995)

288 Schlesinger (1995)

Fällen in einem engen zeitlichen Zusammenhang mit konkreten Handelskonflikten. Dies läßt vermuten, daß der Japan-Revisionismus zwar nicht zu einem hegemonialen Paradigma wird, sich jedoch punktuell für die Legitimierung von Wirtschaftspolitik in der Öffentlichkeit eignet. Für die Wirtschaftspolitik besitzt der Japan-Revisionismus offenbar eine ähnliche Funktion wie für die Sicherheitspolitik der Nationalismus und Patriotismus samt der Entwicklung von militärischen Feindbildern. Revisionismus wie Nationalismus heben die Debatte auf eine grundsätzliche Ebene und lenken daher von der Auseinandersetzung mit konkreten (Partikular)Interessen ab.

Über den gesamten Untersuchungszeitraum betrachtet wird eine bemerkenswerte Ausweitung des revisionistischen Diskurses sichtbar. Die zunächst auf das bilaterale Verhältnis zwischen den beiden Nationen Japan und USA konzentrierte Debatte scheint sich immer mehr zu einer Asien- bzw. Großkulturdebatte auszuweiten. Ihr Ausgang ist derzeit nicht absehbar. Japan wird manchmal als Teil des Westens im Sinne der westlichen Industrieländer verstanden, manchmal als Teil einer entstehenden transpazifischen Gemeinschaft, manchmal als Teil (Ost)Asiens und manchmal als isolierte Kultur. Diese geopolitische Identifizierung Japans ist durchaus nicht belanglos, denn sie impliziert eine jeweils unterschiedliche politische Behandlung Japans: entweder als Juniorpartner bei der "global governance" in der Neuen Weltordnung bzw. Verbündeter in der asiatisch-pazifischen Integration oder als einzudämmender Gegner und Konkurrent in der drohenden Auseinandersetzung der Kulturen.

5. "Who is US?" - Die Bedeutung des Japan Bashing für die USA

Robert Reich, der spätere Arbeitsminister in der Clinton-Regierung, fragte 1990 in einem weit beachteten Aufsatz für die Harvard Business Review nach der Identität der USA: "Who is US?" Er kontrastierte darin die Interessen der transnationalen Konzerne der USA mit den seiner Meinung nach eigentlichen USA, den Beschäftigten und Bürgern der Vereinigten Staaten. Nicht die Profitinteressen der im Zweifelsfall vaterlandslosen Unternehmen, sondern das Wohlergehen der Gesellschaft müsse im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik stehen.

Auch dem Japan-Revisionismus geht es letztlich weniger um Japan, als vielmehr um die Frage nach der Identität der USA. Er bemühte sich in der Umbruchsituation am Ende der alten Weltordnung unter der Hegemonie der USA um eine Neuorientierung des bisherigen Denkens über Standort und Rolle der USA in der Weltpolitik. Im Vordergrund steht beim Revisionismus allerdings anders als bei Reich weiter das Wohlergehen der US-amerikanischen bzw. westlichen Unternehmen gegenüber der japanischen Konkurrenz und erst abgeleitet davon die Wohlfahrt der US-Bürger.

Der Japan-Revisionismus kann nicht als spontanes und emotionales Japan Bashing abgetan werden. Es handelt sich vielmehr um eine regelrechte Denkschule, deren Kern die sogenannte Viererbande aus Chalmers Johnson, Karel van Wolferen, James Fallows und Clyde Prestowitz ausmacht und deren Argumentation spätestens mit dem gemeinsamen Beitrag in US News & World Report regelrecht kodifiziert wurde.

Der Japan-Revisionismus kann als Ethnisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen interpretiert werden, da er die Vorstellung einer Konvergenz der beiden Ökonomien, ja im Falle Japan schon die Vorstellung eines grundsätzlichen Wandels zurückweist. In diesem Diskurs ist eine feste, quasi primordial begründete Grenzziehung zwischen "Japan" und den "USA" bzw. dem "Westen" impliziert. Allerdings bezieht sich der Japan-Revisionismus nicht in erster Linie auf die kulturelle Besonderheit der japanischen Gesellschaft und bedeutet insofern auch keine Rezeption des japanischen Nihonjinron-Diskurses. Es geht vielmehr um einen neuen Systemkonflikt, einen Konflikt zwischen unterschiedlichen politökonomischen Einheiten. Die USA gelten als Demokratie und Marktwirtschaft, während Japan als bürokratisch beherrscht und merkantilistisch orientiert gilt.

Wie verschiedene Indikatoren zeigen, veränderte der Revisionismus bis spätestens zum Golfkrieg die öffentliche Meinung in den USA, so daß nun Japan die Sowjetunion als Hauptbedrohung für die USA ersetzt zu haben scheint. Die aufgeführten Belege sind allerdings hinsichtlich der Elitenmeinung nicht eindeutig. Die ausführliche Analyse der Meinungsbildung der außenpolitischen Eliten in den USA anhand der Zeitschrift Foreign Affairs zeigt, daß revisionistische Argumente auch hier Eingang gefunden haben und breit rezipiert werden. Sie konnten aber nie eine hegemoniale Stellung im politischen Diskurs erringen. Vielmehr scheinen revisionistische Argumente zunächst als willkommene Argumentationshilfe bei konkreten handelspolitischen Auseinandersetzungen gedient zu haben. Dies kann damit belegt werden, daß revisionistische Beiträge zwar meist eine Reform der eigenen, US-amerikanischen Wirtschaft und Gesellschaft fordern und insbesondere für eine aktivere Industriepolitik eintreten, praktisch jedoch fast nur für die Legitimation der Handelspolitik herangezogen werden.

Schnell wurde innerhalb der US-Elite aber klar, daß der Japan Revisionismus schwer zu steuern ist und leicht eine Eigendynamik entwickeln kann, die übergeordnete Interessen, wie z.B. die sicherheitspolitische Zusammenarbeit oder das gemeinsame Management globaler Probleme,

ernsthaft gefährden könnte. Chalmers Johnson trat ja bereits vehement für eine Beendigung des Militärbündnisses mit Japan und einen Rückzug der US-Truppen aus Ostasien ein. Mit der Zeit wurden daher Bemühungen unternommen, den Revisionismus einzudämmen und zu begrenzen. Die zitierte Aspen-Studie "Harness the Rising Sun" zeugt ebenso davon wie die Relativierung revisionistischer Beiträge in Foreign Affairs durch Gegenbeiträge, in denen die revisionistischen Argumente kritisiert werden. Ein weiterer Beleg dafür ist auch die heftige Kritik an der CIA-Studie "Japan 2000".²⁸⁹

In der Zeit einer neuen geopolitischen Identitätsbildung stellt der Japan-Revisionismus aber mehr als nur einen Ausdruck des Wirtschaftsnationalismus der USA dar. Es geht ihm um die Gegenüberstellung Japans und des "Westens". Damit bereitet der Japan-Revisionismus den geistigen Boden für die Huntingtonsche These vom zukünftigen Kampf der Großkulturen. Die revisionistische Argumentation führt nämlich konsequenterweise zur Forderung nach einer Integration des Westens, das heißt Nordamerikas und (West)Europas, und zur Ablehnung der Idee einer asiatisch-pazifischen Gemeinschaft.

²⁸⁹ Das Rochester Institute of Technology unternahm 1990/91 in einer Auftragsarbeit für die CIA mit dem Titel "Japan 2000" den Versuch, die Argumente des Japan-Revisionismus zusammenzufassen. In einem vorbereitenden Seminar für diese Studie wurde "in Anwesenheit führender Revisionisten das Feindbild Japan offen erörtert" (Otte/Grimes 1993:121, vgl. auch Cummings 1991). Mitte 1991 gelangte eine Entwurfsfassung des Berichts über eine Lokalzeitung in Rochester an die Öffentlichkeit und löste großes Aufsehen aus; zu den öffentlichen Reaktionen vgl. die Berichte in der International Herald Tribune 8./9.6.91, 12.6.91 und 15./16.6.1991. Die CIA mußte sich daraufhin von dieser Studie zurückziehen.

Literatur:

- Albert, Michel: *Kapitalismus Contra Kapitalismus*. Frankfurt/M., New York: Campus, 1992
- Altman, Roger C.: Why Pressure Tokyo?, in: *Foreign Affairs* 73(1994)3, May-Jun., 2-6.
- Amsden, A.H./Angel, R./Borrus, M./Choate, P. et. al: Japan. No Industrial Kamikaze, in: *Policy Review* 65(1993)Summer: 85-88.
- Bailey, David/Harte, George/Sugden, Roger: *Transnationals and Governments. Recent Policies in Japan, France, Germany, the United States and Britain*. London, New York, 1994.
- Baker Jr., Howard H./Frost, Ellen L.: Rescuing the U.S.-Japan Alliance, in: *Foreign Affairs* 71(1992)2, spring.
- Baker III, James A.: America in Asia: Emerging Architecture for a Pacific Community, in: *Foreign Affairs* 70(1991)5, winter.
- Bayard, Thomas O./Elliott, Kimberley Ann: "Aggressive Unilateralism" and Section 301: Market Opening or Market Closing?, in: *World Economy* 15(1992)6, 685-706.
- Bayard, Thomas O./Elliott, Kimberley Ann: *Reciprocity and Retaliation in U.S. Trade Policy*. Washington: Institute for International Economics, 1994
- Benjamin, Roger/Yager, Loren: *Fairness: The Scylla and Charybdis of U.S.-Japan Relations*. Santa Monica: RAND, 1993.
- Benjamin, Roger/Yager, Loren/Shires, Michael/Peterson, Mark: *The Fairness Debate in U.S.-Japan Economic Relations*. Santa Monica, CA: RAND, Center for U.S.-Japan Relations, 1991.
- Bergner, Jeffrey T.: *The New World Order. Germany. Japan and the United States in the 21st Century*. New York: St. Martin's, 1991
- Bergsten, C. Fred: What to Do About the U.S.-Japanese Economic Conflict?, in: *Foreign Affairs* 60(1982)5, summer.
- Bergsten, C. Fred: The World Economy after the Cold War, in: *Foreign Affairs* 69(1990)3, summer.
- Bergsten, C. Fred: APEC and World Trade, in: *Foreign Affairs* 73(1994)3, May-Jun.
- Bergsten, C. Fred: Globalizing Free Trade, in: *Foreign Affairs* 75(1996)3, May-Jun.
- Bernstein, Barton J.: The Atomic Bombings Reconsidered, in: *Foreign Affairs* 74(1995)1, Jan-Feb.
- Bhagwati, Jagdish: The Diminished Giant Syndrome, in: *Foreign Affairs* 72(1993)2, spring.
- Bhagwati, Jagdish: Samurais No More, in: *Foreign Affairs* 73(1994)3, MayJun.
- Bhagwati, Jagdish: The US-Japan car dispute: a monumental mistake, in: *International Affairs*, 72(1996)2, 261-279
- Bhagwati, Jagdish/Patrick, Hugh (eds.): *Aggressive Unilateralism: America's 301 Trade Policy and the World Trading System*. Ann Arbor: University of Michigan Press, 1990.
- Borrus, Michael/Tyson, Laura D'Andrea/Zysman, John: *Creating Advantage. How Government Policies Shape International Trade in the Semiconductor Industry*, in: Krugman, Paul R. (ed.): *Strategic Trade Policy and the New International Economics*. Cambridge, MA: MIT Press, 1986, 91-113.
- Bosworth, Stephen W.: The United States and Asia, in: *Foreign Affairs* 71(1992)1.
- Brock, William E.: Trade and Debt: The Vital Linkage, in: *Foreign Affairs* 62(1984)5, summer.
- Budner, Stanley/Krauss, Ellis S.: Newspaper Coverage of U.S.-Japan Frictions. Balance and Objectivity, in: *Asian Survey* 35(1995)4, 336-356.
- Burns, Arthur F.: The American Trade Deficit in Perspective, in: *Foreign Affairs* 62(1984)5, summer.
- Burris, Val: Elite Policy-Planning Networks in the United States, in: Moore, Gwen/Whitt, J. Allen (eds.): *Research in Politics and Society, Vol. 4: The Political Consequences of Social Networks*. Greenwich/CT, London: JAI Press, 1992, 111-134.

- Burstein, Daniel: *Yen! Japan's New Financial Empire and its Threat to America*. New York: Simon and Schuster, 1988 (deutsch: *Yen! Die japanische Herausforderung*. München: Heyne, 1992).
- Buruma, Ian: *The Pax Axis*, in: *New York Review of Books* 38(1991)8, April 25, 25-28, 38-39.
- Campbell, David: *Foreign Policy and Identity: Japanese "Other"/American "Self"*, in: Rosow, Stephen J./Inayatullah, Naeem/Rupert, Mark (eds.): *The Global Economy as Political Space*. Boulder, London: Lynne Rienner, 1994, 147-169.
- Campbell, John Creighton: *Japan Bashing: A New McCarthyism?*, in: *Japan Foundation Newsletter*(1991)March.
- Choate, Pat: *Agents of Influence: How Japan's Lobbyists Manipulate America's Political and Economic System*. New York; London: Knopf; Business Books, 1990
- Choate, Pat: *Political Advantage: Japan's Campaign for America*, in: *Harvard Business Review*(1990)5, Sep-Oct: 87-103
- Cohen, Stephen D.: *United States International Economic Policy*. New York: Praeger, 1988
- Comptroller General of the United States: *United States-Japan Trade: Issues and Problems*. Washington, D.C.: US GAO, 1979
- Cowhey, Peter F./Aronson, Jonathan D.: *A New Trade Order*, in: *Foreign Affairs* 72(1993)1.
- Crichton, Michael: *The Rising Sun*. New York: Ballantine Books, 1992.
- Cummings, Bruce: *CIA's Japan 2000 Caper*, in: *Nation* (1991)Sep 30
- Curtis, Gerald L.: *Japanese Security Policies and the United States*, in: *Foreign Affairs* 59(1981)4, spring.
- Dam, Kenneth/Deutch, John/Nye, Joseph S./Rowe, David M: *Harnessing Japan: A U.S. Strategy for Managing Japan's Rise as a Global Power*, in: *Washington Quarterly*, 16(1993)2, 29-42.
- Desmond, Edward W.: *Ichiro Ozawa: Reformer at Bay*, in: *Foreign Affairs* 74(1995)5, Sep-Oct.
- Destler, I.M.: *American Trade Politics*. Washington/DC: Institute for International Economics, 1992, 2nd ed.
- Diebold Jr., William: *The United States in the World Economy: A Fifty Year Perspective*, in: *Foreign Affairs* 62(1983)1, fall.
- Drifte, Reinhard: *Die Reaktion der Weltgesellschaft auf die Japanisierung: "Japan Bashing" und die Revisionismusdebatte*, in: [Hummel, Hartwig/Drifte, Reinhard (Hrsg.):] *Pax Nipponica? Die Japanisierung der Welt 50 Jahre nach dem Untergang des japanischen Reiches*. Bad Boll: Evangelische Akademie, 1995, 100-106.
- Drucker, Peter F.: *Japan's Choices*, in: *Foreign Affairs* 65(1987)5, summer.
- Drucker, Peter F.: *The End of Japan, Inc.?*, in: *Foreign Affairs* 72(1993)2, spring.
- Drucker, Peter F.: *Trade Lessons from the World Economy*, in: *Foreign Affairs* 73(1994)1, Jan-Feb.
- Dryden, Steve: *Trade Warriors. USTR and the American Crusade for Free Trade*. New York, Oxford: Oxford University Press, 1995.
- Ernst, Angelika/Hilpert, Hanns Günther/Laumer, Helmut: *Japans Wirtschaft im strukturellen Wandel: Wettbewerbsposition, Ungleichgewichte, Reformbedarf*, in: Maull, Hanns W. (Hrsg.): *Japan und Europa: Getrennte Welten?* Frankfurt/M, New York, 1993, 51-84
- Fallows, James (1989a): *Containing Japan*, in: *The Atlantic* (1989)May: 40-54.
- Fallows, James (1989b): *Getting along with Japan*, in: *Atlantic Monthly* (1989) December, No. 264: 53-64.
- Fallows, James (1989c): *More Like Us. Making America Great Again*. Boston: Houghton Mifflin, 1989.
- Fallows, James: *Looking at the Sun: The Rise of the New East Asian Economic and Political System*. New York: Pantheon, 1995 (paperback edition; original: 1994).

- Fallows, James/ Johnson, Chalmers/ Prestowitz, Clyde/van Wolferen, Karel: Beyond Japan-Bashing. The 'Gang of Four' Defends the Revisionist Line", in: US News & World Report (1990)7 May, 54-55.
- Feldstein, Martin: American Economic Policy and the World Economy, in: Foreign Affairs 63(1985)5, summer.
- Feldstein, Martin: Correcting the Trade Deficit, in: Foreign Affairs 65(1987)4, spring.
- Fingleton, Eamonn: Japan's Invisible Leviathan, in: Foreign Affairs 74(1995)2, Mar-Apr.
- Freedman, George/Lebard, Meredith: The Coming War with Japan, New York, 1991
- Frost, Ellen L.: For Richer, For Poorer. The New U.S.-Japan Relationship. Tokyo: Tuttle, 1988 (original: New York: Council on Foreign Relations, 1987).
- Fujiwara, Sadao: Foreign Trade, Investment, and Industrial Imperialism in Postwar Japan, in: Morris-Suzuki, Tessa/Seiyama, Takurô (eds.): Japanese Capitalism Since 1945. Critical Perspectives. Armonk, NY, London: M.E.Sharpe, 1989, 166-206.
- Funabashi, Yoichi: Managing the Dollar. From the Plaza to the Louvre. Washington/DC: Institute for International Economics, 1988.
- Funabashi, Yoichi: Japan and the New World Order, in: Foreign Affairs 70(1991)5, winter.
- Funabashi, Yoichi: The Asianization of Asia, in: Foreign Affairs 72(1993)5, Nov-Dec.
- Garten, Jeffrey E.: Gunboat Economics, in: Foreign Affairs 63(1985)3.
- Garten, Jeffrey E.: Japan and Germany. American Concerns, in: Foreign Affairs 68(1989)5, winter, 84-101.
- Garten, Jeffrey E.: A Cold Peace: The Struggle for Supremacy in the Post-Cold War World. New York: Random House, 1992
- Garten, Jeffrey E.: Is America Abandoning Multilateral Trade?, in: Foreign Affairs 74(1995)6, Nov-Dec.
- Gibney, Frank B.: Creating a Pacific Community, in: Foreign Affairs 72(1993)5, Nov-Dec.
- Gordon, Bernard K.: The Asian-Pacific Rim: Success at a Price, in: Foreign Affairs 70(1991)1.
- Hall, John Whitney: Das Japanische Kaiserreich. Frankfurt/M.: Fischer, 1968.
- Harrison, Selig/Prestowitz, Clyde: Pacific Agenda: Defense or Economics?, in: Foreign Policy (1990)79, 56-76.
- Herrmann, René: Technologietransfer als Sanktion: Technologische Kooperation zwischen Japan und den USA, in: Menzel, Ulrich (Hrsg.): Im Schatten des Siegers: Japan. Band 4: Weltwirtschaft und Weltpolitik. Frankfurt/M., 1989, 217-277
- Hodges, Michael: The Japanese Industrial Presence in America: Same Bed, Different Dreams, in: Newland, Kathleen (ed.): The International Relations of Japan. London: Macmillan, 1990, 45-70.
- Hodges, Michael/Woolcock, S.: Atlantic Capitalism Versus Rhine Capitalism in the European Community, in: West European Politics 16(1993), 329-344
- Holbrooke, Richard: East Asia: The Next Challenge, in: Foreign Affairs 64(1986)4, spring.
- Holbrooke, Richard: Japan and the United States: Ending the Unequal Partnership, in: Foreign Affairs 70(1991)5, winter.
- Homma, Nagayo: The Peril of Revisionism, in: Japan Review of International Affairs 4(1990)1: 3-19.
- Hormats, Robert D.: Making Regionalism Safe, in: Foreign Affairs 73(1994)2, Mar-Apr.
- Hummel, Hartwig/Wehrhöfer, Birgit: Geopolitische Identitäten. Kritik der Ethnisierung einer sich regionalisierenden Welt als paradigmatische Erweiterung der Friedensforschung, in: Welt-Trends (1996)12, Herbst, 7-34.
- Huntington, Samuel P.: The Clash of Civilizations?, in: Foreign Affairs 72(1993)3, summer.

- Huntington, Samuel P. (1996a): The West: Unique, Not Universal, in: *Foreign Affairs* 75(1996)6, Nov-Dec: 28-46.
- Huntington, Samuel P. (1996b): *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York: Simon & Schuster, 1996.
- Ikenberry, G. John: Salvaging the G-7, in: *Foreign Affairs* 72(1993)2, spring.
- Ikle, Fred Charles/Nakanishi, Terumasa: Japan's Grand Strategy, in: *Foreign Affairs* 69(1990)3, summer.
- Ishihara, Shintaro: *The Japan that Can Say No. Why Japan Will Be First among Equals*. New York: Simon and Schuster Trade, 1991.
- Islam, Shafiqul: Capitalism in Conflict, in: *Foreign Affairs* 69(1990)1, 172-182
- Johnson, Chalmers: East Asia: Another Year of Living Dangerously, in: *Foreign Affairs* 62(1984)3.
- Johnson, Chalmers: *Japan's Public Policy Companies*. Washington/DC: American Enterprise Institute, 1978.
- Johnson, Chalmers: *MITI and the Japanese Miracle. The Growth of Industrial Policy, 1925-1975*. Tokyo: Tuttle, 1986 (paperback edition) (original: Stanford/CA: Stanford University Press, 1982).
- Johnson, Chalmers: Rethinking Japanese Politics. A Godfather Reports, in: *Freedom at Issue*(1989)Nov-Dec, 5-11
- Johnson, Chalmers: *Japan: Who Governs? The Rise of the Developmental State*. New York, London: W.W. Norton, 1995.
- Johnson, Chalmers: Wie der Korken in der Flasche. Die US-Militärbasen auf Okinawa sind ein überflüssiges Relikt aus der Zeit des Kalten Krieges, in: *Der Überblick* 32(1996)3, 18-21.
- Johnson, Chalmers/Keehn, E. B.: The Pentagon's Ossified Strategy, in: *Foreign Affairs* 74(1995)4, Jul-Aug.
- Johnson, Chalmers/Tyson, Laura D'Andrea/Zysman, John (ed.): *Politics and Productivity: The Real Story of Why Japan Works*. Cambridge/MA: Ballinger, 1989
- Judis, John B.: A Yen for Approval. How the Japanese Are 'Helping' the U.S. Media Understand Japan, in: *Columbia Journalism Review* 28(1990)5.
- Judis, John B.: Trade. The Press' Misuse of the Terms 'Protectionist' and 'Japan-Bashing', in: *Columbia Journalism Review* 31(1992)4, Nov-Dec.
- Kahler, Miles: The International Political Economy, in: *Foreign Affairs* 69(1990)4, fall, 139-151.
- Kataoka, Tetsuya: The truth about the Japanese "threat": misperceptions of the Samuel Huntington thesis, in: *Hoover Essays*, Stanford University, Hoover Institute on War, Revolution and Peace (1995)9.
- Keeling, D.B./Wolf, M.: *Textile Quotas against Developing Countries*. London: Trade Policy Research Center, 1980
- Krugman, Paul: The Myth of Asia's Miracle, in: *Foreign Affairs* 73(1994)6, Nov-Dec.
- Kuhn, Thomas: *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1988.
- Kupchan, Charles A.: Reviving the West, in: *Foreign Affairs* 75(1996)3, May-Jun.
- Levinson, Marc: Kantor's Cant, in: *Foreign Affairs* 75(1996)2, Mar-Apr.
- Lincoln, Edward J.: *Japan: Facing Economic Maturity*. Washington/DC: The Brookings Institute, 1988.
- Lincoln, Edward J.: *Japan's Unequal Trade*. Washington/DC: Brookings, 1990.
- Lincoln, Edward J.: Japan in the 1990s: A New Kind of World Power, in: *Brookings Review*, Washington 10(1992)Spring: 12-17.
- Lincoln, Edward J.: *Japan's New Global Role*. Washington/DC: Brookings Institution, 1993.
- Little, J.S.: Foreign Investment in the United States: A Cause for Concern?, in: *New England Economic Review*,(1988)Jul-Aug, 53-59.

- Low, Patrick: *Trading Free: The GATT and U.S. Trade Policy*. New York: 20th Century Fund, 1993.
- MacEachron, David: *The United States and Japan: The Bilateral Potential*, in: *Foreign Affairs* 61(1982)2, winter.
- Mahbubani, Kishore: *The Pacific Way*, in: *Foreign Affairs* 74(1995)1, Jan-Feb.
- Manning, Robert A./Stern, Paula: *The Myth of the Pacific Community*, in: *Foreign Affairs* 73(1994)6, Nov-Dec.
- Mansfield, Mike: *The U.S. and Japan: Sharing Our Destinies*, in: *Foreign Affairs* 68(1989)2, spring.
- Mastanduno, Michael: *Setting Market Access Priorities: The Use of Super 301 in US Trade with Japan*, in: *World Economy*, 15(1992)6, 729-753.
- Maull, Hanns W.: *Germany and Japan. The New Civilian Powers*, in: *Foreign Affairs* 69(1990)5, winter, 91-106.
- Meltzer, Allan H./Prestowitz, Clyde V.: *Trade Policy: What Next?*, in: *American Enterprise*, Washington/DC 1(1990)May-June: 88-91.
- Miyoshi, Masao: *Off Center. Power and Culture Relations Between Japan and the United States*. Cambridge/MA: Harvard University Press, 1991.
- Muldoon, Robert D.: *Rethinking the Ground Rules for an Open World Economy*, in: *Foreign Affairs* 61(1983)5, summer.
- Nihon keizai no kiso chishiki. Tokyo: Japan Center for Economic Research/Nihon Keizai Kenkyu Sentâ, 1992.
- Nye Jr., Joseph S.: *The Case for Deep Engagement*, in: *Foreign Affairs* 74(1995)4, Jul-Aug.
- Nye Jr., Joseph S./Rowe, David M. (eds.): *Harness the Rising Sun: An American Strategy for Managing Japan's Rise as a Global Power*. Lanham/MD: University Press of America, 1993.
- Ó Tuathail, Gearóid (Toal, Gerard), 1993: *Japan as threat: geo-economic discourses on the USA-Japan relationship in US civil society, 1987-91*, in: Williams, Collin H (ed.): *The Political Geography of the New World Order*, London, New York: Belhaven Press, 181-209.
- Oka, Takashi: *Stability in Asia*, in: *Foreign Affairs* 63(1985)3.
- Otte, Max/Grimes, William W.: *"Die wichtigste Beziehung der Welt". Japans Beziehungen zu den Vereinigten Staaten*, in: Maull, Hanns W. (Hrsg.): *Japan und Europa: Getrennte Welten?*. Frankfurt/M, New York: Campus, 1993, 110-139.
- Oxnam, Robert B.: *Asia/Pacific Challenges*, in: *Foreign Affairs* 72(1993)1.
- Packard, George R. : *The Coming U.S.- Japan Crisis*, in: *Foreign Affairs* 66(1987)2, winter, 348-367.
- Pearson, Charles S./Riedel, James: *United States Trade Policy: From Multilateralism to Bilateralism?*, in: Grilli, Enzo/Sassoon, Enrico (eds.): *The New Protectionist Wave*. Houndmills, London, 1990, 100-119.
- Peterson, Erik R.: *Looming Collision of Capitalisms?*, in: *Washington Quarterly* 17(1994)2, 65-75.
- Portier, Anne: *American Mass Media and Japan: Exotic Travelling from Pluralism to Imaginary Alternatives*, in: *Current World Leaders* 36(1993)2, Apr: 363-386.
- Prestowitz, Clyde: *Trading Places. How We Are Giving Our Future to Japan and How to Reclaim It*. New York: Basic Books, 1989 (paperback edition) (original 1988).
- Prestowitz, Clyde V.: *Beyond Laissez Faire*, *Foreign Policy* (1992), 67-87.
- Prestowitz, Clyde V./Chimerine, Lawrence/Szamosszegi, Andrew: *The Case for a Transatlantic Free Trade Area*, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*(1996)2: 183-188.
- Pugel, Thomas A.: *Limits of Trade Policy Toward High Technology Industries: The Case of Semiconductors*, in: Sato, Ryuzo/Wachtel, Paul (eds.): *Trade Friction and Economic Policy*. Cambridge: Cambridge University Press, 1987, 184-223.

- Reich, Robert B.: Beyond Free Trade, in: *Foreign Affairs* 61(1983)4, spring.
- Reich, Robert B.: Who is Us?, in: *Harvard Business Review* 68(1990)1, Jan.-Feb., 53-64.
- Romberg, Alan D.: New Stirrings in Asia, in: *Foreign Affairs* 64(1986)3.
- Sakakibara, Eisuke: The End of Progressivism, in: *Foreign Affairs* 74(1995)5, Sep-Oct., 8-14.
- Scalapino, Robert A.: Asia and the United States: The Challenges Ahead, in: *Foreign Affairs* 69(1990)1.
- Scalapino, Robert A.: The United States and Asia: Future Prospects, in: *Foreign Affairs* 70(1991)5, winter.
- Schlesinger, James: Quest for a Post-Cold War Foreign Policy, in: *Foreign Affairs* 72(1993)1.
- Schoppa, Leonard J.: Two-level games and bargaining outcomes: why gaiatsu succeeds in Japan in some cases but not in others, in: *International Organization*, 47(1993)3, 353-386
- Schweizer, Peter: Growth of Economic Espionage, in: *Foreign Affairs* 75(1996)1, Jan-Feb.
- Spencer, Edson W.: Japan: Stimulus or Scapegoat?, in: *Foreign Affairs* 62(1983)1, fall.
- Stoeckel, Andrew/Pearce, David/Banks, Gary: *Western Trade Blocs. Game, Set or Match for Asia-Pacific and the World Economy.* Canberra: Center for International Economics, 1990
- Subcommittee on Trade, Committee on Ways and Means, U.S. House of Representatives: *Task Force Report on United States-Japan Trade with Additional Views.* Washington, 1979
- Subcommittee on Trade, Committee on Ways and Means, U.S. House of Representatives: *United States-Japan Trade Report.* Washington, 1980
- Thurow, Lester C.: Communitarian vs. Individualistic Capitalism, in: *Responsive Community* 2(1992)4, 24-30
- Thurow, Lester C./Tyson, Laura D'Andrea: The Economic Black Hole, in: *Foreign Policy* (1987)67: 3-21.
- Tsuru, Shigeto: *Japan's Capitalism: Creative Defeat and Beyond.* Cambridge: Cambridge University Press, 1993.
- Tumlir, J.: *Protectionism. Trade Policy in Democratic Societies.* Washington, DC: American Enterprise Institute, 1985.
- Turay, Abdul M: The Economic Dimension of US-Japan Trade and Trade Friction, in: Mason, T. David/Turay, Abdul M. (eds.): *US-Japan Trade Friction. Its Impact on Security Cooperation in the Pacific Basin.* London: Macmillan, 1991, 7-29.
- Tussie, Diana: Trading in Fear? U.S. Hegemony and the Open World Economy in Perspective, in: Murphy, Craig/Tooze, Roger (ed.): *The New International Political Economy.* Boulder/CO: Lynne Rienner, 1991, 79-95.
- Tyson, Laura D'Andrea: *Who's Bashing Whom? Trade Conflict in High-Technology Industries.* Washington/DC: Institute for International Economics, 1992.
- United States International Trade Commission (USITC): *Annual Report.* Washington/DC, 1975.
- Van Wolferen, Karel: The Japan Problem, in: *Foreign Affairs* 65(1986)2, winter, 288-303.
- Van Wolferen, Karel (1990a): *The Enigma of Japanese Power: People and Politics in a Stateless Nation.* London, New York: Macmillan, 1990 (paperback edition; original New York: Knopf, 1988).
- Van Wolferen, Karel (1990b): The Japan Problem Revisited, in: *Foreign Affairs* 69(1990)4, 42-55
- van Wolferen, Karel: Japan's Non-Revolution, in: *Foreign Affairs* 72(1993)4, Sep-Oct, 54-65.
- Verna, Keith/Alston, Jon-P./Vedlitz, Arnold: Who Are the Japan Bashers? Evidence from National Surveys, 1974-1985, in: *Sociological Spectrum* 8(1988)4: 407-416.
- Vogel, Ezra F.: Pax Nipponica?, in: *Foreign Affairs* 64(1986)4, spring.
- Walker, Martin: The New American Hegemony, in: *World Policy Journal* 13(1996)2, 13-21.
- Weisman, Steven R.: A Deep Split in Attitudes Is Developing, in: *New York Times* (1991)3 Dec, 16.

- White, Theodore H.: The Danger from Japan, in: New York Times (Sunday) Magazine July 28, 1985.
- Yamazaki, Masakazu: Asia, A Civilization in the Making, in: Foreign Affairs 75(1996)4, Jul-Aug: 106-119.
- Zagoria, Donald S.: China's Quiet Revolution, in: Foreign Affairs 62(1984)4, spring.
- Zysman, John/Cohen, Stephen S.: Double or Nothing: Open Trade and Competitive Industry, in: Foreign Affairs 61(1983)5, summer.